H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 155
Juli | August 2015
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

FührerEx



Unser Titelbild zeigt Bernd Lucke bei seinem letzten Auftritt für die AfD im Juli 2015 in Essen – Foto: Felix Huesmann

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

im aktuellen Heft beschäftigen wir uns unter anderem mit Rassismus und der extremen Rechten im europäischen Kontext. Häufig schüren rechte Parteien mit ihrer Propaganda rassistische Stimmungen; die konservative Politik zieht in eine ähnliche Richtung nach.
Auch ein Blick über den Atlantik offenbart eine beunruhigende Situation: Neun Menschen tötete der US-Amerikaner Dylann Roof (21) am 17. Juni 2015 in der Emanuel African Methodist Episcopal Church in Charleston, South Carolina. Mit einer halbautomatischen Waffe schoss er die afroamerikanischen KirchgängerInnen nieder. Roofs Motiv: Rassismus. Darauf deuten Aussagen von Bekannten hin; nach der Tat tauchten Fotos auf, auf denen Roof mit Waffe und Konföderiertenflagge, die bei Rechten als »Südstaatenfahne« beliebt ist, posierte. In einer von Roof erstellten Website legte er seine rassistische und antisemitische Weltanschauung dar.
Die Tat fällt zeitlich in die aufgeheizten Debatten über rassistische (Polizei-)Gewalt gegen AfroamerikanerInnen in den USA. Roof selbst gab an, durch den Fall des Nachbarschaftswachmanns George Zimmermann, der im Februar 2012 in Florida einen schwarzen Teenager erschoss, radikalisiert worden zu sein. Auch Rufe nach härteren Waffengesetzen werden laut. Ein weiterer Zusammenhang bleibt jedoch im Hintergrund: Rassistischer »domestic terrorism« (inländischer Terrorismus) ist kein neues Phänomen in den USA. So ermordeten 1963 Mitglieder des »Ku-Klux-Klan« (KKK), der in der Vergangenheit mit brutalen Gewalttaten in Erscheinung trat, in einer Kirche in Birmingham, Alabama, vier schwarze Mädchen. Ein Jahr später brachten KKK-Mitglieder im Bundesstaat Mississippi drei Bürgerrechtsaktivisten um.
1995 tötete Timothy McVeigh bei einem Bombenanschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma 168 Menschen. Als McVeigh verhaftet wurde, trug er Fotokopien der »Turner Diaries« mit sich, ein unter RassistInnen und Neonazis verbreiteter Roman, der die Idee eines »Rassenkriegs« propagiert.
Auch wenn nicht bekannt ist, ob Dylann Roof solche Pamphlete las, bediente er sich des Konzeptes, extrem rechte Ideologien mit rassistischer Gewalt in die Tat umzusetzen – ein banal wirkendes Vorhaben mit furchtbaren Auswirkungen. Auf seiner Website schrieb er: »Wir haben keine Skinheads, keinen richtigen KKK, niemanden, der etwas anderes tut außer im Internet zu reden. Nun, irgendeiner muss den Mut zeigen, es in die wirkliche Welt zu tragen, und ich glaube, das muss ich sein.«
Der Bundesstaat South Carolina hat inzwischen die Konföderierten-Flagge von seinem Kapitol eingeholt. Die rassistische Gewalt hat das Land noch lange nicht im Griff.

Rechter Durchmarsch

Auf dem Bundesparteitag der AfD gelang es den rechten Netzwerken in der Partei, den Bundesvorstand zu erobern. Ex-Parteichef Bernd Lucke hat die neue Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch" (Alfa) gegründet.

von Andreas Speit



> *letzter AfD-Parteitag mit Bernd Lucke*

Dieser Schritt dürfte kein leichter gewesen sein. Nach dem außerordentlichen Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) hatte nicht nur der neue Bundesvorstand um Frauke Petry den Austritt des ehemaligen Bundessprechers Bernd Lucke erwartet. Drei Tage nach seiner Abwahl erklärte dieser dann, dass die AfD für ihn keine Alternative mehr sei, und ist daher am 10. Juli 2015 ausgetreten. Er fürchte, »als bürgerliches Aushängeschild für politische Vorstellungen missbraucht zu werden«, erklärte er.

Zu tief dürften die persönlichen Verletzungen des Parteigründers nach dem Parteitag am 4. und 5. Juni 2015 in Essen sein. Bei seiner Rede am Samstag buhten ihn viele der rund 3.500 anwesenden Parteimitglieder in der Halle lautstark aus. In diesem Moment wird der Professor für Makroökonomie geahnt haben, wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen. Nach über einem halben Jahr des personalisierten Richtungsstreits darüber, wie weit rechts sich die Partei positionieren wolle, fiel die Entscheidung überdeutlich aus: 60 Prozent der Mitglieder bestimmten Frauke Petry zur neuen Sprecherin, Lucke erreichte nur 38 Prozent. »Bernd, Du bleibst die Galionsfigur der Gründerzeit«, sagte Petry nach der Wahl. War das ein Versöhnungsangebot oder eine Demütigung? Nicht er, sondern sie, die Chefin der sächsischen AfD-Landtagsfraktion erreichte die Mitglieder, als sie nach einem »mitunter verletzendem Streit« nun einen »respektvollen Umgang« forderte. Sie kritisierte, Meinungen würden schnell als »ausländerfeindlich und rechts« diffamiert, die Partei müsse aber inhaltlich mutig bleiben. »Heute geht es gerade nicht ums Ich, sondern ums Wir«, schloss sie. Ein Satz zum Siegen. Ein Satz, der – hätte Lucke ihn gesagt – hohl geklungen hätte.

In der politischen Auseinandersetzung stand dem Parteigründer von Anbeginn an das persönliche Ego im Weg: Der Professor blieb der Professor. Statt zu diskutieren, mochte er das Dozieren. Sich mit den »einfachen Mitgliedern« gleichberechtigt austauschen lag ihm wenig. Der neu gewählte stellvertretende Sprecher Alexander Gauland hielt Lucke vor, »schwere Fehler« gemacht zu haben. Wer wie Lucke nun einen neuen Verein – den »Weckruf« – gründe, dürfe sich über sinkenden Zuspruch in der Partei nicht wundern. »Ich habe sicherlich Fehler gemacht«, räumte Lucke ein. »Und zu den größten gehört zweifellos, dass ich zu spät erkannt habe, in welchem Umfang Mitglieder in die Partei drängten, die die AfD zu einer Protest- und Wutbürgerpartei umgestalten wollen.« Auf dem Parteitag in Essen sei in »erschreckender Weise« sichtbar geworden, wie »sehr letztere inzwischen in der Mehrheit sind«, meinte Lucke. Ganz so, als hätte er nicht auch anfänglich Mitglieder aus dem »Bund freier Bürger« oder den Parteien »Die Freiheit« und »Die Republikaner«, »Pro Deutschland« oder der »Schill Partei« und den neu-rechten Netzwerken begrüßt. Nach seiner Abwahl beklagte Lucke, dass »insbesondere islamfeindliche und ausländerfeindliche Ansichten« vorherrschen würden. Studien bestätigten allerdings schon lange, was Lucke bisher abstritt: Dass die Mitglieder der AfD weit rechts stehen. Schon vor Lucke warnte sein enger Mitstreiter Hans-Olaf Henkel mit Blick auf die Parteiströmung »Der Flügel« um den Thüringer Partei- und Fraktionschef Björn Höcke vor »völkischem Gedankengut«. Die Wahl von Petry reiche ihm, um auszutreten und zu erklären, dass die AfD jetzt eine »NPD im Schafspelz« sei. Vorwürfe, die Petry und Gauland unisono vehement zurückwiesen. Von einem Rechtsruck könne nicht gesprochen werden, erklärte Petry.

Auf dem Parteitag gelang es den weit rechts stehenden Netzwerken in der AfD – die »Patriotische Plattform« (PP) und »Der Flügel« – ihre WunschkandidatInnen in den Bundesvorstand zu bringen. Von den dreizehn Vorstandsmitgliedern standen elf auf einer Liste der PP, die eng mit dem »Flügel« verbunden ist. Zwei Tage vor dem Parteitag stellte die Gruppe um ihren Sprecher Hans-Thomas Tillschneider ihre KandidatInnen im Internet vor. In Rücksprache mit »anderen Vertretern der Parteibasis« sei dieser Personalvorschlag aufgestellt, verrät die PP. Auf Platz eins und zwei: Petry und Gauland. Mit dabei auch der als »liberal« geltende Jörg Meuthen, der sich weder Petry noch Lucke offen zuordnete, aber auch André Poggenburg, einer der Initiatoren der »Erfurter Resolution«. Im Vorfeld scheint das rechte Netzwerk in der Partei genau verhandelt zu haben, wie weit es gehen sollte. Vielleicht beim Treffen der Strömung »Der Flügel« am 6. Juni 2015 im »Burghof Kyffhäuser Denkmal Wirtschaft«, ein Treffen unter Ausschluss der Medien. Zwei der Redner vor rund 350 Gästen waren Tillschneider und Poggenburg. Andreas Kalbitz, der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, übermittelte die Grüße von Gauland. Doch trotz dieses Siegs des rechten Flügels bei der Vorstandswahl behauptete Petry, dass der Parteitag »keine Ausrichtungsänderung« bedeute. Dass die Streitereien mit »einer klaren Entscheidung« endeten, sei ein »politischer Erfolg«. Ein Erfolg, den bis zum 8. Juli 2015 rund 600 Mitglieder mit ihrem Austritt quittierten. Glaubt man Lucke, werden weitere folgen.

Am 9. Juli 2015 stand fest: Die Mitglieder des »Wecksrufs« stimmten zu 75 Prozent einer Parteineugründung zu. Von den 4.000 Mitgliedern der Strömung beteiligten sich knapp 2.600. 60 Prozent gaben an, die AfD schon verlassen zu haben oder verlassen zu wollen. Die Auswirkungen des Parteitags sind für die AfD derzeit nicht absehbar.

Chronik des NSU – XII
(2. Januar 2015 bis 10. Juli 2015)

von Annelies Senf

12. Januar – 4. Februar 2015: Der NSU-Prozess in München beschäftigt sich mit dem Nagelbomben-Anschlag in der Keupstraße am 9. Juni 2004, bei dem mehr als 20 Menschen, zum Teil schwer, verletzt wurden. Opfer kommen zu Wort. Beate Zschäpes VerteidigerInnen beantragen, einer Nebenklägerin aus der Keupstraße und ihrem Anwalt die Zulassung zum Verfahren zu entziehen. Der Antrag wird abgelehnt.

28. Januar: Ein Arbeitskollege bestätigt vor dem Münchner Oberlandesgericht die Distanzierung Carsten Schultzes von der Neonaziszene. Schultze zog 2003 von Jena ins Rheinland, wo er in Düsseldorf bis zu seiner Verhaftung 2012 in der AIDS-Hilfe tätig war. Er ist einer der fünf Angeklagten, da er die Waffe, mit der Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt neun Menschen erschossen, besorgt haben soll. Heute steht er unter dem Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA).

2. Februar: In einer Sondersitzung beschäftigt sich der Innenausschuss des Bundestages in einer nicht öffentlichen Sondersitzung mit den Ermittlungen zum Tod des V-Mannes Thomas Richter alias »Corelli«.
Der Justizminister Nordrhein-Westfalens, Thomas Kutschaty (SPD), verweigert dem Innenausschuss die Freigabe der medizinischen Gutachten. Der Sonderermittler des Bundestages, Jerzy Montag, erhielt die Akten und soll den Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums einen Bericht vorlegen.

3. Februar: Zwei weitere Neonazis der »88er«, die verbunden sind mit dem Netzwerk »Blood & Honour« in Chemnitz, sagen im NSU-Prozess aus. Die Verteidigung Ralf Wohllebens lud sie vor. Ihre Aussagen sollen zeigen, dass es in den 1990er Jahren ein Leichtes war, sich mit Waffen zu versorgen. Mit dieser Beweisführung wollen die VerteidigerInnen Wohlleben entlasten. Infolgedessen werden weitere (ehemalige) Neonazis befragt.

9. Februar: Innenstaatssekretär Günter Krings bestätigt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion, dass durch zielgerichtete Suche in den Aktenbeständen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) die Originale von 171 Deckblattmeldungen des V-Mannes »Tarif« gefunden wurden. Diese Akten galten bisher als vernichtet. Sie gehörten wohl nicht zu den Führungsakten, die wenig später nach dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im BfV vernichtet wurden. In den Unterlagen sind Informationen aus der Zeit zwischen Januar 1995 und April 2001 über die rechte Szene und möglicherweise auch über den NSU und dessen UnterstützerInnen. Bisher verweigerte das BfV den Ermittlungsbehörden und dem NSU-Untersuchungsausschuss (UA) des Bundestages die Akten.

19. Februar: Der NSU-UA Hessen tagt das erste Mal öffentlich. Aufgabe des UA ist es, mögliche Pannen nach dem Mord an dem Kasseler Internetcafé-Betreiber Halit Yozgat im April 2006 aufzuarbeiten. Nach wie vor sind die Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme beim Mord und die Mitwisserschaft des Verfassungsschutzes unklar.
Der NSU-UA fordert Akten zu Florian Heilig an. Dieser verbrannte 2013 in seinem Auto.

23. Februar: Die »tageszeitung« veröffentlicht, dass den NebenklagevertreterInnen in ihrer Akteneinsicht aufgefallen war, dass die polizeilichen Protokolle der Telefonüberwachung Andreas Temmes unvollständig sind. In einem Gespräch vier Wochen nach dem Mord an Halit Yozgat informiert ein Kollege des Verfassungsschutzes Temme über eine vorgesehene Vernehmung durch die Polizei.

26. Februar: Die ehemaligen »Blood & Honour«- Aktivisten Gunter Fiedler und Jörg Winter sagen vor dem Oberlandesgericht München aus. Fiedler soll Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe 1998 beim Untertauchen geholfen haben. Gemeinsam mit seinem Bruder verschaffte er ihnen eine Unterkunft und lieh seine Identität für einen Reisepass.
Winter soll das TNT besorgt haben, das 1998 bei der Razzia in einer Garage in Jena gefunden wurde.

5. März: Hendrik Lasch, Betreiber des Streetwear-Geschäfts »Backstreet Noise« und Gründer des RechtsRock-Labels »PC Records« sagt im NSU-Prozess aus. Er hatte 1998/1999 Kontakt zu Uwe Mundlos. Seiner Aussage nach habe er Mundlos gebeten, einen T-Shirt-Aufdruck zu bearbeiten. Die Darstellung zeigt die Trickfilmfigur Bart Simpson mit Springerstiefeln unter einem Kapuzenumhang, mit der Aufschrift »Skinsons«. Lasch distanziert sich von dem »Döner-Killer«-Lied der RechtsRock-Band »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« im Jahr 2010. Zu dieser Zeit habe er keinen Kontakt mehr zum NSU gehabt und das Label habe seit 2003 in der Hand seines Geschäftspartners gelegen.

5. März: Der NSU-UA Hessen soll die Abhördateien der Telefonate Andreas Temmes mit einem Kollegen erhalten.

5. März: Die hr-Sendung »Hessenschau« deckt auf, dass Benjamin Gärtner – V-Mann »Gemüse« – Polizeischutz erhält. Die Rolle Gärtners, dessen Verbindungsmann beim Verfassungsschutz Temme war, ist bis heute unklar. Während des NSU-Mordes in Kassel hielt er sich am Tatort auf, ebenso soll er auch in Nürnberg und München gewesen sein als der NSU türkische Kleinhändler ermordete.

20. März: Die »Thüringer Allgemeine« berichtet, dass die thüringische Landesregierung die Mehrzahl ihrer V-Leute abschaltet.

24. März: Die Vorsitzende des NSU-UA NRW tritt zurück. Sie vertrat 1999 den Dortmunder Neonazi Michael Berger als Anwältin. Berger tötete am 14. Juni 2000 drei Polizisten und nahm sich anschließend das Leben.

22. April: Der zweite NSU-UA in Thüringen konstituiert sich. Untersuchen soll er die Ereignisse am 4. November 2011, dem Tag des Auffindens des Leichnams von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Außerdem will der NSU-UA der Rolle des Thüringer LKA und möglichen Verbindungen des NSU zu Neonazis und dem organisierten Verbrechen nachgehen.

22. April: Gordian Meyer-Plath, Chef des Verfassungsschutzes in Sachsen, sagt vor dem NSU-Prozess in München aus. 1994 tat er Carsten

Szczepanski als V-Mann »Piato« für das Landesamt Brandenburg auf. Er bestätigte, dass Szczepanski zwischen August und Oktober 1998 über drei untergetauchte »sächsische Skinheads« berichtet habe. Die Informationen des V-Mannes seien an den Verfassungsschutz Sachsen, Verfassungsschutz Thüringen und an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergegeben worden.

29. April: Das Oberlandesgericht München ordnet Ralf Wohlleben einen dritten Pflichtverteidiger bei. Es handelt sich um den Berliner Rechtsanwalt Wolfram Nahrath (NPD). Er vertrat in der Vergangenheit gelegentlich einen der beiden bisherigen Wohlleben-Anwälte.

12. Mai: Im NSU-Prozess wird der mutmaßliche erste Raubüberfall des NSU verhandelt. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt erbeuteten am 18. Dezember 1998 in einer Edeka-Filiale in Chemnitz 30.000 D-Mark. Es wird bekannt, dass die Akten zu dem Raub von den sächsischen Behörden geschreddert wurden.

13. Mai: Der zweite NSU-UA Sachsen konstituiert sich. Untersucht werden soll, ob sächsische Behörden eine Mitverantwortung an der Entstehung und Entwicklung des NSU tragen.

20. Mai: Wie die »Süddeutsche Zeitung« schreibt, liegt dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags nun der 300-seitige Bericht über den V-Mann »Corelli« vor. Sonderermittler Jerzy Montag vermerkt darin, dass die Auswertung der DVD mit Bezug zum NSU, die dem BfV seit Jahren vorlag »grob regelwidrig« gewesen sei und »(…) schlicht unterlassen worden (ist).«. Gefunden wurde der Datenträger letztlich von den Beamten des Bundeskriminalamts.
»Corelli«, alias Thomas Richter, war von 1994 bis 2014 mit einer zweijährigen Unterbrechung V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz und galt als eine der Top-Quellen.

22. Mai: Der NSU-UA Thüringen versucht die strittige Identität des V-Mannes »Hagel« zu klären. Teile der Akte zur Quelle »2100« liegen dem UA vor. Marcel Degner, Zeuge im Münchner NSU-Prozess, bestreitet vehement, dass er dieser V-Mann gewesen sei. Degner, der aus Gera stammt, war bis zum Verbot im Jahr 2000 Schatzmeister des Netzwerkes »Blood & Honour« und in der Szene als »Riese« bekannt. Der Verfassungsschutz soll 1999 Informationen von »Hagel« über »drei Flüchtige aus Jena« erhalten haben.

6. Juni: Der NSU-UA in Baden-Württemberg will sich in den kommenden zwei Monaten dem früheren »Ku-Klux-Klan« (KKK) in Schwäbisch Hall widmen. Vorgeladen sind ehemalige Mitglieder.
Der UA in Stuttgart möchte klären, ob es Zusammenhänge zwischen dem KKK Hall und dem NSU gab und wie viele Polizisten an ihm beteiligt waren. Auch der vormalige Gruppenführer der 2007 ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter war Mitglied.
Einzelne Mitglieder des Haller KKK sollen über »Corelli« Verbindungen zum NSU gehabt haben. Er war Anwerber des Haller KKK im Osten und hatte persönlich Kontakt zum NSU.

14. Juni: »Die Welt am Sonntag« veröffentlicht, dass es Hinweise auf eine weitere Verstrickung eines V-Mannes mit den NSU-Morden gäbe. In einer »Dienstlichen Erklärung« im Februar 2012 schrieb die damalige Leiterin des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Mathilde Koller, ein V-Mann des LfV weise Ähnlichkeiten mit einem Phantombild auf. In diesem Schreiben reagierte sie auf erneute Ermittlungen im Falle des Bombenanschlages auf einen Lebensmittelladen in der Probsteigasse in Köln 2001.
Als 2011 die Bekenner-DVD des NSU auftauchte, nahm das Bundeskriminalamt erneut die Ermittlungen zu den auf der DVD dargestellten Anschlägen auf, unter anderem den in Köln.
Koller schrieb, dass Johann Detlef Helfer – genannt »Helle« – von der »Kameradschaft Walter Spangenberg« aus Köln Ähnlichkeiten mit dem Mann auf dem Video aufweise. Dieser sei seit 1989 als V-Mann für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen tätig.

17. Juni: Die Ausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen« wird in den kommenden zwei Wochen an der Volkshochschule Chemnitz gezeigt. Nachdem die Universität Chemnitz die Ausstellung absagte, musste sie mit ihren 22 Schautafeln ausweichen. Als Begründung der Absage ließ die Universität verlauten, dass angeblich »keine umfängliche wissenschaftliche Herangehensweise« zu erkennen sei.

25. Juni: Die Partei »DIE LINKE« in Hamburg beantragte die Einsetzung eines eigenen NSU-Untersuchungsausschusses. Der NSU ermordete 2001 den Altonaer Gemüsehändler Süleyman Taşköprü. Der UA soll Fragen nach möglichen Ermittlungspannen klären.

26. Juni: Wie der »Spiegel« berichtet, belässt das Münchner Oberlandesgericht die Rechtsanwältin Anja Sturm als Pflichtverteidigerin der Hauptangeklagten im NSU-Prozess, Beate Zschäpe. Tage zuvor bat Zschäpe in Briefen das Gericht, Sturm von ihrer Pflichtverteidigung zu entbinden.

3. Juli: Der Bundestag verabschiedet das neue Verfassungsschutzgesetz. RechtsexpertInnen äußerten im Vorfeld Kritik, unter anderem an den Regeln für V-Leute, die sie als »sehr pauschal und wenig befriedigend« bezeichnen. Die Bundesregierung verabschiedete den Entwurf im März, mit dem Ziel einer Reform als Konsequenz aus dem NSU-Versagen. Künftig soll der Bundesverfassungsschutz als Zentralstelle fungieren und alle Informationen der Landesämter einsammeln und bündeln.

7. Juli: Der Angeklagten Beate Zschäpe wird durch das Oberlandesgericht München der Münchner Rechtsanwalt Mathias Grasel als vierter Pflichtverteidiger zugeordnet.

Detaillierte Protokolle der Verhandlungstage im NSU-Prozess unter: www.nsu-watch.info

Ein toter Zeuge und viele Fragen

Der Tod des Zeugen Florian Heilig bestimmte lange Zeit die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg zur Mordserie des NSU und sorgte immer wieder für Schlagzeilen. Noch immer bleiben viele Fragen offen.

von Alessandro Martens

Nachdem sich die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg lange gegen die Aufklärung der Kontakte und Umtriebe des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) im Südwesten gewehrt hatte, wurde Ende 2014 ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zum Thema eingesetzt. Grund dafür war allerdings nicht eine gesteigerte politische Motivation zur Aufklärung des NSU-Komplexes, sondern das peinliche Scheitern einer zuvor eingesetzten »Enquête-Kommission«.

Nur kurze Zeit nach der Aufnahme der öffentlichen Sitzungen, Anfang des Jahres 2015, sorgten die Vorkommnisse um den Tod des NSU-Zeugen Florian Heilig für teils bundesweite Schlagzeilen. Der junge Neonazi-Aussteiger verbrannte am 16. September 2013 am Cannstatter Wasen in Stuttgart in seinem PKW, nur wenige Stunden vor seiner weiteren Befragung durch das Landeskriminalamt. Bereits Stunden nach seinem Tod gingen Polizei und Staatsanwaltschaft von einem Selbstmord aus.

Ermittler mit engen Kontakten zum KKK

Brisant in diesem Zusammenhang ist die Rolle des Kriminaloberkommissars Jörg Bartsch, der im Fall Florian Heilig ermittelte. Bartsch inspizierte den Tatort und überbrachte den Eltern von Florian die Nachricht vom Tod ihres Sohnes. In der Befragung vor dem Ausschuss geriet der Kriminaloberkommissar unter Druck: Im Sommer 2001 stellte er den Kontakt von zwei Kollegen zum rassistischen »European White Knights of the Ku Klux Klan« (KKK) her, in dem auch sein Bruder Steffen Bartsch Mitglied war. Gegründet hatte den KKK-Ableger Anfang der 2000er Jahre Achim Schmid, ein V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz. Im Jahr 2007 war einer der beiden von Bartsch vermittelten Beamten, Timo Heß, Gruppenführer von Michèle Kiesewetter am Tag ihrer Ermordung.

Im Zuge der Arbeit des PUA offenbarte sich zudem eine derart schlampige Arbeit der ErmittlerInnen, dass gegen mehrere Beamte Disziplinarverfahren eingeleitet wurden. Ohne nennenswerte Ermittlungen angestellt zu haben, behaupteten sie, für ein »Fremdverschulden« lägen keine Hinweise vor und konstatierten, Florian Heilig habe sich vermutlich aus Liebeskummer umgebracht.

Selbstmord oder Mord?

Die Selbstmordthese wurde im PUA schließlich durch ArbeitskollegInnen von Florian Heilig genährt. Diese berichteten über auffälliges Verhalten von Florian in den Tagen vor seinem Tod. Gegenüber einem Kollegen soll er geäußert haben, die »Bilanz in der Familie« falle negativ aus. Auch ergaben sich im Laufe der Ausschussarbeit Hinweise auf psychische Probleme des jungen Mannes.

Die Familie des Toten widerspricht den Behörden vehement. Immer wieder brachte sie die Möglichkeit ins Spiel, Florian Heilig könnte ermordet worden sein. Heilig, der sich mit Hilfe des polizeilichen Aussteigerprogramms »BIG Rex« von der Neonaziszene lösen wollte, sei von der Szene massiv unter Druck gesetzt worden. Dabei sei er mit dem Tode bedroht und dazu erpresst worden, für die Neonaziszene Waffen und Drogen zu transportieren. Ein Anruf am Tag vor seinem Tod habe ihn verstört und verängstigt. Ob und von wem er unter Druck gesetzt oder bedroht wurde, blieb bisher jedoch ungeklärt.

Dass ihn das NSU-Umfeld bedrängte, erscheint unwahrscheinlich. Zwar soll Heilig bereits im Sommer 2011 zwei Mitschülerinnen einer Heilbronner Krankenpflegeschule berichtet haben, er wisse wer hinter dem Mord an Kiesewetter stecke. Auch seine Familie sprach im Untersuchungsausschuss von dem angeblichen Insider-Wissen ihres Sohnes und Bruders. Belege über Verbindungen zum NSU-Netzwerk gibt es aber nicht. Auch fehlen jegliche Bezüge zu den in Baden-Württemberg lebenden ehemaligen Führungspersonen von »Blood & Honour« oder zur Ludwigsburger Neonaziclique, bei der Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bis 2001 immer wieder zu Gast waren.

Kontakte in die gewalttätige Neonaziszene hatte Heilig vor allem über seine Bekanntschaften an einem rechten Szenetreffpunkt. Früh geriet er im Rahmen seiner Aktivitäten auch in Konflikt mit der Polizei: Bei einer Demonstration am 1. Mai 2011 in Heilbronn wurde er mit »Sandhandschuhen« aufgegriffen. Im selben Jahr durchsuchten Beamte Heiligs Zimmer im Wohnheim seiner Arbeitsstelle. Wenig später folgte wegen öffentlichen Zeigens des Hitlergrußes ein Gerichtsverfahren. Auch um die Aufnahme in die »Jungen Nationaldemokraten« soll sich Heilig zeitweilig bemüht haben. Trotz allem bleibt unklar, woher der im Jahr 2011 19-Jährige sein behauptetes Wissen hätte beziehen können.

Wissen oder Prahlerei?

Ebenso mysteriös bleibt die im Jahr 2012 von Heilig getätigte Aussage, wonach es neben dem NSU in Baden-Württemberg eine »zweite radikalste Gruppe« namens »Neoschutzstaffel« (NSS) gegeben habe, mit der sich der NSU Anfang des Jahres 2010 in einem Jugendhaus in Öhringen nahe Heilbronn getroffen habe. Zwar konnte mit dem jungen Neonazi Mathias Klabunde aus dem Raum Heilbronn ein Mitglied der NSS identifiziert werden, der Charakter der Gruppe blieb jedoch auch nach der Vernehmung von Klabunde im Landtag unklar. Dort behauptete er, er habe Florian als Mitglied des NSS angeworben. Dieser habe Klabunde erzählt, vier Menschen ermordet zu haben. An sonstige NSS-Mitglieder konnte sich Klabunde jedoch nicht erinnern, obwohl es sich um eine »bundesweite Organisation« gehandelt haben soll. Vieles deutet auf eine Prahlerei unter jungen Rechten hin.

Noch ist die Aufklärungsarbeit im Fall Florian Heilig nicht abgeschlossen. Auf Grund des Auftauchens neuer Beweismittel will sich auch der PUA noch einmal der Thematik widmen.

Informationen zur Beobachtung des NSU-Untersuchungsausschusses unter: http://bw.nsu-watch.info/

In aller Öffentlichkeit

Anfang Mai wurden vier mutmaßliche Mitglieder der Neonazigruppe »Oldschool Society« verhaftet. Behörden halten sie für eine terroristische Vereinigung und sich selbst bedeckt. Beginn einer Spurensuche.

von Peter Fischer



^ *Olaf Ogorek 2011 – »Presseverantwortlicher der OSS«*

Der Harthsee, früher ein Tagebauloch, liegt eine halbe Stunde Autofahrt südlich von Leipzig. 2010 zog es einen Neonazi hierher: Markus Wilms aus Düren. Nicht weit entfernt liegt die Gartensparte »Sommerfreude«, und die strahlte sie noch aus, als zwischen Gartenzaun und See eine neue Autobahn entstand. »Ich bekomme den Straßenlärm gar nicht mit«, freute sich Wilms, der vor Ort eine Parzelle hat, gegenüber einer Lokalzeitung. Das war im vergangenen Hochsommer. In dieser Zeit wurde das Laubenpieperidyll komplett, als der Vorstand des Kleingartenvereins den 39-Jährigen als »Fachberater« berief. Er war ab sofort Gerätewart.
Genau dann, ab August 2014, begann alles zu kippen – jedenfalls gehen Sicherheitsbehörden heute davon aus: Eine neue Neonazigruppierung mit dem ungewöhnlichen Namen »Oldschool Society«, kurz OSS, gründete sich damals – soweit man das sagen kann. Denn kommuniziert wurde vor allem über Facebook, seit September 2014 pflegte man eine öffentliche »Fanseite« mit zuletzt immerhin 3.000 Fans. Zu einem Treffen zwei Monate später, bei dem die Gründung im echten Leben gefeiert werden sollte, waren mindestens neun Personen Richtung Harthsee aufgebrochen. Bald wurden es mehr und sie akzeptierten Wilms als »Vizepräsident« der OSS und ihren »Sicherheitsverantwortlichen«.
Zuletzt soll Wilms darüber hinaus zu einem Rädelsführer in einem perfiden Terrorplot der OSS geworden sein, was dabei half, einen Haftbefehl zu begründen. Nach Überzeugung von ErmittlerInnen soll er sich mit zwei weiteren Männern und einer Frau Sprengmittel beschafft haben, um »innerhalb Deutschlands in kleineren Gruppierungen Anschläge auf namhafte Salafisten, Moscheen und Flüchtlingsunterkünfte zu begehen.« In diese Richtung muss bereits Anfang März diesen Jahres manches gedeutet haben, als die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe das Verfahren an sich zog.

Keine Neulinge

Für das zweite Maiwochenende war ein Treffpunkt ausgemacht, wieder ganz nah am Harthsee, nachts und in dunkler Kleidung. Die Polizei griff vorher zu, am 6. Mai, mit rund 250 BeamtInnen in mehreren Bundesländern. Neben Wilms wurde der »Präsident« der OSS verhaftet, der 56-jährige Andreas Hafemann aus Augsburg. Die Handschellen klickten ferner in Bochum beim »Presseverantwortlichen« der Gruppe, Olaf Ogorek (47) und bei der 22-jährigen Denise Vanessa Grüneberg, die genau wie Wilms in Borna wohnt. Alle vier sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Darüber hinaus gibt es fünf weitere Beschuldigte.
Wie inzwischen bekannt geworden ist, entfalteten einige schon länger einschlägige Aktivitäten. Bei »Präsident« Hafemann etwa war offen nachzulesen, wie er vor zwei Jahren versuchte, eine Waffensachkundeprüfung zu bestehen. Später begann er, mit Pistolen zu posieren, auch ein Sturmgewehr zeigte er vor. Im Februar dieses Jahres kam eine wüste Drohung gegen die augenscheinlich rivalisierende Kasseler Neonazigruppe »Sturm 18« um Bernd Tödter in Umlauf, illustriert mit einem Gewehr und Munition.
Kumpane Ogorek wiederum war in den vergangenen Jahren bei mehreren Neonazi-Veranstaltungen aufgefallen, zumindest einmal auch als Ordner. Der Wattenscheider ist auch auf OSS-Fotos zu sehen, die beim HOGESA-Marsch in Köln entstanden waren.
Der vielleicht »Profilierteste« im Bunde, Markus Wilms, war für die NPD aktiv, auch wenn das länger zurückliegt. In seiner Heimat Düren trat er 2009 für die Partei bei den Kommunalwahlen an. Beachtlich war sein damaliges Engagement für die mittlerweile verbotene »Kameradschaft Aachener Land« (KAL). Behörden rechneten ihn zum gefestigten Kern der Gruppe. Nach seinem Umzug an den Harthsee schloss er sich fast ohne Verzug einer neuen Gruppe an, statt der KAL war es nun die K.u.L., »Kameradschaft und Loyalität«. In Altenburg und Borna demonstrierte sie gegen »Kinderschänder«, dann hörte man nichts mehr von ihr.

Mehr Fragen als Antworten

Gefunden wurden bei den Razzien »pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft«, offenbar illegal eingeführte Feuerwerkskörper, die besonders viel Schwarzpulver enthalten. Wie konkret die Anschlagspläne waren, und darauf wird es bei den Ermittlungen ankommen, ist noch nicht öffentlich bekannt geworden. Die Sicherheitsbehörden halten sich im Falle OSS mit Stellungnahmen ohnehin auffällig zurück. Die entscheidenden Hinweise auf die Gruppe sollen von Verfassungsschutzbehörden gekommen sein.
Falsch liegt aber, wer – wie der sächsische Innenminister Markus Ulbig – die OSS nur nach ihrem Freakfaktor bewertet und demnach in der »subkulturellen Szene« verortet. Gegen die martialische, manchmal exzentrische Selbstdarstellung im Internet sind die eindeutigen politischen Statements zu halten: Da war die Rede von der (inzwischen inhaftierten) »Führungsebene«, der unbedingt gefolgt werden müsse. Von der Rückkehr in eine Zeit, »in der es unzählige Kameradschaften gab«. Das ist es, was man für oldschool hielt: Den »Kampf um die Straße«, den man wieder aufnehmen werde, und »kostenintensive Aktionen für unser Vaterland«, welche die OSS anführen wolle. Wer immer das beim Worte nahm, wurde aufgefordert, der OSS als »Supporter« beizutreten. Außenstehende dagegen hätten ihr bis zum Schluss nicht zugetraut, was sie gefordert und womöglich tatsächlich vorbereitet hat.

»Das hat es so noch nie gegeben«

Mit diesem Satz kommentierte Tatjana Festerling am 15. Juni in Dresden ihr Abschneiden bei der Wahl des Amtes der BürgermeisterIn. Eine Woche zuvor konnte die PEGIDA-Kandidatin 9,6 Prozent – das sind 21.300 Stimmen – auf sich vereinen und landete damit auf Platz vier.

von Alexa Anders



^ *Festerling in Dresden*

Das ist ein beachtliches Ergebnis für den nicht einmal ein Jahr alten Verein. Seit Oktober 2014 zieht PEGIDA nahezu jeden Montag durch die sächsische Landeshauptstadt und macht mit rassistischer und antimuslimischer Hetze Stimmung. Auf dem Höhepunkt im Januar mobilisierten die Spaziergänge um die 20.000 Teilnehmende. Ende Januar kam der Schnitt. PEGIDA spaltete sich – angeblich an der Person Lutz Bachmann. Von ihm waren ein Selfie mit Hitlerbärtchen und rassistische Facebook-Posts im Internet aufgetaucht. Ein Teil des PEGIDA-Vorstands distanzierte sich, sieben der bis dahin aktiven Köpfe traten aus: mit René Jahn und Kathrin Oertel zwei, die bis dahin PEGIDA nach außen repräsentierten. Sie gründeten die Initiative »Direkte Demokratie für Europa«, deren Mobilisierungen jedoch von Beginn an floppten. Zuletzt beteiligte sich Oertel an den Protesten im Tiroler Telfs gegen die Bilderberg-Konferenz. Dort hatten sich hochrangige VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft zu einem informellen Austausch eingefunden.

PEGIDA indes machte weiter mit Lutz Bachmann als Chef und Siegfried Däbritz als Stellvertreter des neu gegründeten Fördervereins. Neu hinzu kam Tatjana Festerling. Zuvor war sie in Hamburg für die »Alternative für Deutschland« (AfD) aktiv, kam aber mit ihrem Austritt einem Ausschluss zuvor (s. drr Nr. 154). Für sie hat es sich gelohnt; für Stefan Vogel, den Kandidaten der AfD bei der Wahl, stimmten am 7. Juni nur halb so viele Wahlberechtigte.

Festerling führt seither jede Woche in ihren Reden alle PEGIDA-Themen zusammen: gegen Medien und »Volksverräter«, gegen »Genderismus«, Homo- oder Transsexuelle, gegen Asylsuchende, Muslime und generell gegen alle Minderheiten und »Gutmenschen«, die das Volk mit Toleranzgeboten und Forderungen unterdrücken würden. Von »linksversifften« Gutmenschen, »Surensöhnen« und »verkrachten Gender-Tanten mit ihrem überzogenen Sexualscheiß« ist da die Rede. Als positives Gegenbild zum »grünen Reich der Gutmenschen und Moslems« beschwört sie die gewachsene Gemeinschaft des eigenen Volkes und die Familie als Kern. Auf den Punkt brachte sie dies in ihrer »Mauerrede« am 9. März. Hier zeichnete sie ihre Utopie einer neuen Mauer zwischen dem Westen als »linksgrünes Vollversorgungsparadies« und einem unabhängigen Staat im Osten, wo man noch verwurzelte Werte pflege.

Lutz Bachmann hielt sich derweil zurück. Dafür konnten regelmäßig Gastredner präsentiert werden. Neben Grußworten von diversen PEGIDA-Derivaten, sprach Silvio Rösler für Legida, aber auch Götz Kubitschek, Redakteur der Zeitschrift »Sezession«. Außerdem traten der Mitbegründer von PEGIDA Schweiz, Ignaz Bearth, und der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei »Die Freiheit« und jetzige Vorsitzende der »Bürgerbewegung Pax Europa«, René Stadtkewitz, auf. Zuletzt war der Münchner Autor des Blogs »Politically Incorrect – News«, Michael Stürzenberger, zu Gast.

Höhepunkt im Frühjahr sollte eine Großveranstaltung mit RednerInnen der europäischen Rechten werden. Nach den eingebrochenen TeilnehmerInnenzahlen Ende Januar war die Zahl der SpaziergängerInnen bis Anfang März zwar wieder auf bis zu 7.000 gestiegen, nahm danach aber wieder deutlich ab. Ziel des Events war es, die »Bewegung« wieder anzukurbeln und ihren behaupteten europäischen Charakter zu inszenieren. Immerhin mobilisierte die Veranstaltung am 13. April mit groß angekündigtem Programm circa 10.000 AnhängerInnen. Einziger Höhepunkt des Abends blieb aber der Auftritt Geert Wilders, der eigens nach Dresden gereist war, um 20 Minuten zu sprechen und dann genauso schnell zu verschwinden, wie er aufgetaucht war. Trotz langer Planung und mehrfacher Terminverschiebung blieb es bei dem »Highlight«. Weiterhin schleppen sich die Spaziergänge bis heute mit kaum noch 2.000 Teilnehmenden durch die Dresdner Innenstadt. Übrig geblieben sind vorwiegend alte verbitterte Männer, VerschwörungstheoretikerInnen, junge Neonazis und einige »Identitäre«.

Die politische Relevanz von PEGIDA lässt sich nicht auf die montäglichen TeilnehmerInnenzahlen reduzieren. Im Dresdner Umland findet nahezu an jedem Tag eine Demonstration gegen die »Islamisierung« und gegen die Unterbringung von Asylsuchenden statt. Viele sehen sich durch PEGIDA ermutigt, rassistischer Hetze unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit freien Lauf zu lassen. Ein »Politikstil« hat an Bedeutung gewonnen, der sich allein über ein Freund-Feind-Denken definiert. Die ProtagonistInnen sehen sich als die letzte Bastion gegen ein permanentes Bedrohungsszenario aus Islamisierung, Überfremdung oder »linkem Gesinnungsfaschismus«. Sie nehmen für sich in Anspruch, die einzige Wahrheit zu vertreten; wer dem widerspricht, lügt. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns – diese Haltung mündet in der konkreten politischen Auseinandersetzung in Beleidigungen und Gewalt. Dass mit der monatelangen Hetze auch die rassistisch motivierte Gewalt zugenommen hat, mag kaum überraschen. Opferberatungsstellen sprechen von einer deutlichen Zunahme, vor allem gegen Asylsuchende und deren Unterkünfte. Im ersten Halbjahr sind es bereits 27 Angriffe gewesen.

PEGIDA hingegen träumt weiter davon, eine Bewegung zu sein. Auch wenn die Zahl der Teilnehmenden stetig abnimmt, ist ein Aussetzen oder gar Beenden der Montagsspaziergänge derzeit nicht in Sicht.

»NO TDDZ« in Neuruppin

Es war der siebente sogenannte »Tag der deutschen Zukunft« und zugleich der erste dieser Aufmärsche, der durch antifaschistische Blockaden zum Abbruch gezwungen wurde. Doch trotz der Niederlage und weniger TeilnehmerInnen bleibt er einer der bundesweit bedeutendsten ‹Events› der Neonaziszene.

von Svenna Berger



^ *Blockierte Neonazis in Neuruppin*

Der Aufmarsch am 6. Juni diesen Jahres hätte ihr Erfolg werden können: Die Neonazis der »Freien Kräfte Neuruppin« waren ein Jahr lang durch die Bundesrepublik gereist, um für die Kampagne »Unser Signal gegen Überfremdung« zu werben, die im »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) gipfeln sollte. Als lokale AusrichterInnen der Kampagne, die offiziell von der Initiative »Zukunft statt Überfremdung« getragen wird, hatten sie den Staffelstab im Vorjahr von den Dresdner TddZ-OrganisatorInnen übernommen. Inhaltlich konnten sie nahtlos an die bisherigen rassistischen Proteste gegen Geflüchtete und MigrantInnen anschließen. Am eigentlichen Höhepunkt versammelten sich nun 500 Neonazis aus Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Sachsen-Anhalt sowie Dortmund, wo der TddZ 2016 stattfinden soll.

Beschworene Einigkeit

»Am TddZ kenne ich nur Deutsche und keine Parteien«, hatte Dieter Riefling 2013 in Wolfsburg verlautbaren lassen. Seine Idee war es, ein szeneübergreifendes Event von und für »Kameradschaften«, »Freie Kräfte« und Parteien zu schaffen. Die Selbstinszenierung als geschlossene radikale Bewegung sollte durch die Unterstützung bekannter Kader untermauert werden. Darunter Wolfram Nahrath, Christian Worch, Thomas Wulff, NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke oder Maik Eminger, der mittlerweile für die Partei »Der III. Weg« aktiv ist. Ebenso streben die VeranstalterInnen eine europaweite Vernetzung an. Doch an der vermeintlichen Geschlossenheit gab es in Neuruppin einige Zweifel: Die fehlende Einigkeit und Entschlossenheit, insbesondere des gewaltbereiten Teils, ließen Emingers Aufrufe, sich gegen das restriktive Polizeivorgehen durchzusetzen, in Verbalradikalismus verfallen. Übertritte zu anderen Parteien und Streitereien in der zersplitterten Szene haben an diesem Tag sicher einige AktivistInnen veranlasst, zu Hause zu bleiben. Hinter der fassadenhaften Geschlossenheit schwillt seit dem drohenden Verbot der NPD ein Kampf um die Führungspositionen im militanten Neonazispektrum. Für den ursprünglichen TddZ-Initiator Riefling, der zur Zeit in Haft sitzt, dürften die Karten allerdings schlecht stehen; zumindest wurde in Neuruppin kein Wort über ihn verloren.

‹Kleiner Großaufmarsch›

Der in Norddeutschland ausgerufene TddZ erweiterte seinen Aktionsradius mit der Demonstration in Dresden 2014 erstmals nach Ostdeutschland. Zwar kann dieser zahlenmäßig nicht mit den Dresdner Trauermärschen mithalten. Doch nach dem Wegfall und Bedeutungsverlust der Aufmärsche in Wunsiedel, Dresden und Magdeburg sowie dem Rückgang der TeilnehmerInnen und den starken Gegenprotesten in Bad Nenndorf, zählt er zu den überregionalen jährlichen Großaufmärschen der Szene. Derzeit kommen nur am 1. Mai mehr AnhängerInnen zusammen. Zuletzt waren in Saalfeld 700 Neonazis der Partei »Der III. Weg« auf die Straße gefolgt, Gewaltinszenierung und tatsächliche Gewaltausbrüche gehören hier dazu. Die klassische Aufmarschpolitik hat sich in den letzten Jahren verändert. Neue Phänomene wie HoGeSa, PEGIDA, die christlich-fundamentalistische »Demo für alle«-Kampagne und die Vielzahl rassistischer Proteste haben das Bild beeinflusst.

Der TddZ gewinnt seine Bedeutung für die Szene durch den Kampagnencharakter, die überregionale Mobilisierung und die überparteiliche Struktur. Denn misst man die Bedeutung allein an Zahlen, ist der TddZ mit 500 bis 700 TeilnehmerInnen ein eher ‚kleiner Großaufmarsch'. Nach dem Auftakt 2009 in Pinneberg mit knapp 200 Neonazis kamen im Jahr darauf 700 zusammen. Nachdem die Zahlen in den folgenden Jahren stabil um die 600er-Marke rangierten, folgte im letzten Jahr der Rückgang auf 400 bis 500 AnhängerInnen. Zudem wurde der TddZ in Dresden teilweise blockiert, woraufhin die Aufmarschroute verlegt werden musste. In Neuruppin nun die zweite und gänzliche Niederlage für die Neonazis: Das antifaschistische Bündnis »No TddZ 2015« hatte zu Blockaden aufgerufen. Mit Erfolg.

Brandenburger Besonderheit

In Brandenburg war der TddZ die größte Neonazidemonstration seit den Trauermärschen am Soldatenfriedhof in Halbe, die nach Änderungen des Versammlungsrechts mittlerweile nicht mehr stattfinden. Seit mehreren Jahren haben sich im Bundesland antifaschistische Blockaden etabliert und in diesem Zusammenhang ist Neuruppin kein unbeschriebenes Blatt: 2011 war das brutale Vorgehen der Polizei gegen Blockierende als »Neuruppiner Kessel« gerügt geworden. Eine Wiederholung, so der damalige Polizeichef, solle es nicht mehr geben. Dementsprechend hoch waren die Erwartungen, dass der jetzige Aufmarsch gestoppt werden würde.

Auch wenn der TddZ weiterhin Bedeutung für die Szene haben wird, am 6. Juni konnten nur noch die kruden Eröffnungsworte von Bea Koch (»Freie Kräfte Neuruppin«) die Neonazis trösten: »Auch wenn wir heute nicht das Regime stürzen, Adolf Hitler nicht wieder aufersteht und die Asylanten sich nicht in Luft auflösen, können wir ein Zeichen für die nationale Opposition setzen.«

In Niedersachsen stets bemüht

Die vor gut drei Jahren auf Initiative von Christian Worch angetretene Partei »Die Rechte« hat es nicht geschafft, in allen Bundesländern Landesverbände aufzubauen. Der auffälligste der sieben Landesverbände ist der nordrhein-westfälische, der etlichen AktivistInnen aus dem verbotenen »Nationalen Widerstand Dortmund« eine politische Heimat geworden ist. Derweil versucht die Partei in Niedersachsen wahrnehmbar zu werden.



^ *»Die Rechte« in Aktion*

von David Janzen

Organisatorische Mängel, interne Querelen, Austritte und zuletzt der Parteiausschluss der Landesschatzmeisterin Tatjana Berner sorgten in den letzten Monaten für schlechte Stimmung im niedersächsischen Landesverband der Partei »Die Rechte«. Nun erklärte auch noch das Bundes- und Landesvorstandsmitglied Michael Berner, gleichzeitig Vorsitzender des Kreisverbandes »Braunschweiger Land«, Ende Mai öffentlichkeitswirksam seinen Ausstieg aus der rechten Szene: »Ich habe nach einem langen inneren Prozess erkannt, dass ich mich jahrelang in eine surreale Ideologie verrannt habe. Diese tritt beharrlich und immer wiederkehrend in neuen Kostümen auf die Bühne: (…) letztendlich ist es aber nichts anderes, als eine moderne NS Verherrlichung.«

Gegründet wurde der niedersächsische Landesverband, der über circa 50 Mitglieder verfügt, im Februar 2013. Vorsitzender wurde das ehemalige NPD-Mitglied Robert Klug. Kreisverbände existieren in den Regionen Braunschweig, Hildesheim-Hannover, Emsland und ursprünglich auch im Heidekreis. Die beiden Letztgenannten sind nahezu inaktiv. Und auch auf Landesebene ist die Partei schwach aufgestellt: Schon wenige Monate nach Gründung führten Rücktritte zur Auflösung des Landesvorstands. Christian Worch erklärte darauf im November 2013 den innerparteilichen »Notstand« und setzte sich als kommissarischen Verwalter ein. Auf dem Landesparteitag im Januar 2014, an dem allerdings nur sechs Mitglieder teilnahmen, wurde Robert Klug erneut zum Landesvorsitzenden gewählt.

Erste wahrnehmbare Aktivitäten zeigte die Partei durch die Gründung des Kreisverbandes »Braunschweiger Land« im August 2013. Dessen Mitglieder sind aktionsorientierte Neonazis aus dem »Aktionsbündnis 38«, einem Zusammenschluss neonazistischer »Aktionsgruppen« aus der Region zwischen Harz und Heide mit personellen Überschneidungen zur NPD und zu »Jungen Nationaldemokraten«(JN) und Verbindungen zur RechtsRock-Szene. Unter dem Dach von »Die Rechte« wurde, um überhaupt aktionsfähig zu bleiben, die Strategie einer regionalen Bündelung der eher marginalen lokalen Kräfte fortgesetzt. Neben der Organisation von Liederabenden, Stammtischen, aber auch einem Kickerturnier, gehörte die gemeinsame Teilnahme an Aufmärschen zum Programm. Vor Ort wurde auf kleinere Aktionen gesetzt, wie versuchte Störungen von Veranstaltungen, die Durchführung von »Heldengedenken« oder das Verteilen von Flugblättern. Zuletzt beteiligte man sich auch an den HOGESA-Versammlungen und den »Abendspaziergängen« von BRAGIDA, dem Braunschweiger Ableger der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA). Die Gründung einer »Bürgerinitiative für Sicherheit«, die im Braunschweiger Stadtteil Kralenriede rassistische Stimmungen gegen die Flüchtlinge in der dortigen Landesaufnahmebehörde anheizen sollte, fand nur wenig Resonanz bei den AnwohnerInnen. Wohl auch deswegen, weil die Verbindung der »Bürgerinitiative« zur neonazistischen Partei durch ein gemeinsames Postfach und die Nennung von Michael Berner als presserechtlich Verantwortlichem auf ihren Flugblättern allzu offen war. Auch eine von Michael Berner angemeldete Kundgebung am 22. November 2014 in Hannover gegen »linke Gewalt« blieb mit rund 80 TeilnehmerInnen deutlich hinter den Erwartungen, obwohl auch Marcel Brunner aus dem Führungskreis der HOGESA Nord mit dazu aufgerufen hatte. Geschwächt durch interne Spannungen und Streitigkeiten sowie den Parteiausschluss von Tatjana Berner und den Ausstieg von Michael Berner, sind die Aktivitäten des Kreisverbandes inzwischen ganz zum Erliegen gekommen.

Dafür ist inzwischen der im November 2014 gegründete Kreisverband »Hildesheim-Hannover« äußerst umtriebig. In dessen Vorstand sitzen Johannes Welge, seine Verlobte Lisa Wagner sowie Martin Schüttpelz. Alle drei waren zuvor bereits als Mitglieder des Braunschweiger KVs in Erscheinung getreten. Statt größerer Kundgebungen und Aufmärsche setzt man zunehmend auf eine Vielzahl kleinerer Aktionen, eine von Christian Worch über viele Jahre hin praktizierte Aktionsform. Fast wöchentlich findet in der Region Hildesheim eine Mini-Kundgebung mit sehr wenigen TeilnehmerInnen statt. Die meisten dieser Aktionen entfalten vor allem durch die Verbreitung über soziale Netzwerke eine öffentliche Wahrnehmung. Doch auch in Hildesheim gelingt es weder über den engen Kreis von AktivistInnenen hinaus zu mobilisieren, noch überregionale Anziehungskraft zu entfalten: Nachdem ein erster Termin für einen Aufmarsch Anfang des Jahres in Hildesheim kommentarlos abgesagt wurde, wurde schließlich für den 31. März 2015 zu einer Demonstration gegen »Überfremdung« mobilisiert. Statt der erwarteten mehreren hundert TeilnehmerInnen kamen allerdings nur etwas über 100; nicht wenige waren aus anderen Bundesländern angereist. Auch ein vom Bundesvorstandsmitglied Mario Messerschmidt angemeldeter Aufmarsch durch das niedersächsische Örtchen Güntersen zum Gedenken an den von den Nazis zum »Märtyrer« stilisierten Horst Wessel wurde abgesagt, nachdem die Behörden ein Verbot ankündigt hatten.

Bislang hat sich die Hoffnung, »Die Rechte« in Niedersachsen als Kristallisationspunkt und Sammelbecken für aktionsorientierte Neonazis zu etablieren, nicht erfüllt. Die Lücke, die durch den Niedergang der niedersächsischen NPD, aber auch den der traditionellen Kameradschaftsszene hinterlassen wurde, konnte sie bislang nur regional und zeitlich begrenzt füllen.

Hausdurchsuchung bei Ursula Haverbeck

Vlotho. Am 1. Juni. 2015 wurden erneut die Räumlichkeiten von Ursula Haverbeck in Vlotho durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Verden ermittelt wegen Volksverhetzung in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Die Stimme des Reiches«. In Verden, Kerpen, Regensburg und Baden-Württemberg wurde bei Durchsuchungen Material beschlagnahmt, das nun ausgewertet wird. Die Staatsanwaltschaften in Bielefeld und Lüneburg ermitteln ebenfalls: wegen bereits vorangegangener Beiträge in dieser Zeitschrift.

Vertrieben und tot

Friedberg. Der Geschichtsrevisionist Heinz Nawratil ist am 15. Mai 2015 im Alter von 77 Jahren gestorben. Die von ihm publizierten Bücher und Schriften zur Vertreibung waren wichtiger Bezugspunkt der Vertriebenen in Deutschland. Nawratil bezifferte die Zahl der deutschen Vertriebenen auf 20 Millionen. Er war in der »Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt« aktiv und veröffentlichte unter anderem in der Zeitschriften »Zuerst!« und der Wochenzeitung »Junge Freiheit«. In Kreisen der Vertriebenen trat er häufig als Referent auf, so zum Beispiel beim »Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e. V.«, bei der »Schlesischen Jugend« in den Räumlichkeiten des »Vereins Gedächtnisstätte« oder bei der »Burschenschaft Danubia«.

Hooligans wieder im Zwist

Zum Jahrestag des HOGESA-Aufmarsches am 25. Juni 2015 hat »Pro-NRW«-Vize Dominik Roeseler in seiner Funktion als ehemaliger Pressesprecher der Hooligangruppe »Gemeinsam Stark Deutschland e. V.« (GSD) einen Aufmarsch unter dem Motto »Köln 2.0« angemeldet. Dies geschah offenbar ohne Absprache mit dem Verein. In einer gemeinsamen Presseerklärung stellten GSD, »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA), »Bündnis Deutscher Hooligans« und »Berserker Deutschland« klar, dass Roeseler im Alleingang gehandelt habe und sie an keinem von ihm angemeldeten Aufmarsch teilnehmen werden. Man arbeite jedoch »mit Hochdruck« an einer eigenen Veranstaltung in Köln. HOGESA-Führungskraft Kalle Grabowski bewirbt derzeit den »Tag der Patrioten« in Hamburg am 12. September 2015. Roeseler will trotz seines Rauswurfs bei GSD an dem Kölner Termin festhalten.

JN-»Pfingstlager« in Mittelhessen

Gießen. Nur etwa ein Dutzend TeilnehmerInnen versammelten sich vom 23. bis 25. Mai 2015 auf dem Gelände eines ehemaligen NPD-Aktivisten im mittelhessischen Gießen-Lützellinden. Das Lager war von JN-Strukturen aus Mittelhessen um Landesvorstandsmitglied Thassilo Hantusch organisiert worden. Die Schleusung am Bahnhof im nahegelegenen Dutenhofen übernahmen zwei Mitglieder der »Marburger Burschenschaft Rheinfranken«. Männliche Teilnehmer waren angehalten, weißes Hemd und schwarze Hose zu tragen, für Frauen gehörten ein langer Rock und Bluse zum Dresscode. Auf dem Programm standen Schulungsveranstaltungen, Wanderungen und gemeinsames Singen. Schon im vergangenen Jahr hatten die JN Hessen ein »Sommerlager« mit geringer TeilnehmerInnenzahl organisiert.

Rechte Hooligan-Demo in Frankfurt blockiert

Frankfurt. Für den 20. Juni 2015 rief das Hooligan-Bündnis »Widerstand Ost West« (WOW) zu einer »Großdemonstration« in Frankfurt/Main auf. Von den angekündigten 1.000 TeilnehmerInnen fanden sich nur 180 ein. Unter ihnen Mitglieder des »Bündnis deutscher Hools Berlin« und »Berserker« aus Wolfsburg und Pforzheim. Als Redner traten Michael Mannheimer, Silvio Rösler und Michael Stürzenberger auf. Obwohl der Aufmarsch, aufgrund von Blockaden durch etwa 2.000 AntifaschistInnen nur in einem eingezäunten Bereich am Kundgebungsort stattfand, sprach Anmelderin Ester Seitz (Neumarkt/Franken) von einem Erfolg und warb für weitere Aufmärsche von WOW in Leipzig und Hamburg im Herbst.

»Der III. Weg« im Stadtrat

Plauen/Frankfurt. Mit Thomas Lauter kann der »Der III. Weg« erstmals einen Vertreter der Partei als Stadtverordneten vorweisen. Lauter war im vergangenen Jahr parteilos für die NPD in den Stadtrat von Plauen eingezogen. Nun trat der Elektromonteur der Partei »Der III. Weg« bei. Die NPD habe sich nach Aussagen von Lauter zu wenig zu ihm als Kandidaten bei der Wahl eines neuen Landrats im Vogtlandkreis bekannt. Ganz anders handhabte dies offenbar »Der III. Weg«. Lauter habe bereits mehrfach an den monatlichen Schulungen und Rednerveranstaltungen der Kleinstpartei teilgenommen. Das Angebot der Partei hat Lauter schließlich überzeugt: »Diese noch kleine Partei stellt die Aktivitäten eines Kreisverbands Vogtland, wenn nicht sogar der gesamten sächsischen NPD nebst JN in den Schatten.« Mit Jörg Krebs könnte bald ein weiteres Mandat der Partei »Der III. Weg« zukommen. Der ehemalige Landesvorsitzende der hessischen NPD, Jörg Krebs, hat seinen Mitgliedsausweis abgegeben. Krebs sitzt in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt/Main. Bis auf Weiteres wolle er als »freier Nationalist« sein Mandat weiterführen, jedoch künftig »Der III. Weg« unterstützen.

»Zwischentag« verliert an Zuspruch

Erlangen. Am 4. Juli fand in den Räumen der »Erlanger Burschenschaft Frankonia« der vierte »Zwischentag« unter dem Motto »Geopolitik und Einwanderung« statt. An der als »Messe« für rechte »Verlage, Autoren, Journalisten, Burschenschaftler, Künstler, Vordenker und Aktivisten« deklarierten Veranstaltung nahmen laut Organisator Felix Menzel 13 AusstellerInnen teil. Neben der Zeitschrift »Blaue Narzisse« präsentierten sich Götz Kubitschecks »Sezession« und das ebenfalls von Kubitschek mitgegründete »Institut für Staatspolitik« (IfS) sowie das extrem rechte Monatsmagazin »Zuerst!«. VertreterInnen der »Identitären Bewegung« und der »Bürgerbewegung Pax Europa« waren mit einem Stand vertreten und referierten im Rahmen der Tagung. Laut Menzel sei die Veranstaltung auf 200 Personen beschränkt gewesen. Die tatsächliche TeinehmerInnenzahl lag schließlich bei gut 120. Damit scheint der »Zwischentag« weiter an Bedeutung zu verlieren. Bei den ersten beiden Veranstaltungen 2012 und 2013 kamen noch mehrere Hundert BesucherInnen und 40 AusstellerInnen. Vor dem Haus der Burschenschaft demonstrierten 300 AntifaschistInnen gegen die Veranstaltung.

In der Sackgasse



In Brüssel nutzen Marine Le Pen vom »Front National« und Udo Voigt von der NPD alle parlamentarischen Mittel gegen das Europaparlament. Derzeit entstehen dort neue Bündnisse am rechten Rand.

von Andreas Speit

Raum F154 im zweiten Stock. Hier hinter der Tür in einem der Trakte des Brüsseler Europaparlaments hat Udo Voigt sein Büro. Die Tür ist immer verschlossen. »Ich vergesse sie immer abzuschließen«, erklärt der einzige Abgeordnete der NPD in dem Raum, dessen Fenster in einen Innenhof gehen. Seine »Mannschaft« habe ihm daher auferlegt, sein Arbeitszimmer nur über das Mitarbeiterbüro zu betreten. Seit der Europawahl am 25. Mai 2014 versucht der frühere langjährige NPD-Parteivorsitzende im Europaparlament (EP), die »vielen Möglichkeiten« zu nutzen, um auf sich und die Politik der NPD aufmerksam zu machen. »Ich bin in die Höhle des Löwen gewählt worden, ich kämpfe jetzt für die nationalen Positionen von einem Europa der Völker gegen die multikulturelle Gesellschaft«, sagt er.

Rechtes Bündnis

Am 16. Juni 2015 zeigten dem Europaabgeordneten der ältesten Partei der extremen Rechten Deutschlands allerdings Abgeordnete anderer rechter und rechtspopulistischer Parteien im EP seine Grenzen auf. In Brüssel trat Marine Le Pen mit Geert Wilders vor die Presse. Große Zufriedenheit strahlte die Vorsitzende des »Front National« (FN) Le Pen aus. Hoch erfreut schaute auch der Vorsitzende der »Partij Voor de Vrijheid« (PVV) Wilders von der Bühne die versammelten JournalistInnen an. Konnten sie doch endlich die Gründung einer neuen Rechtsfraktion verkünden. Schon vor der Europawahl hatten sie erklärt, eine Fraktion gegen das Europaparlament gründen zu wollen. Nach Monaten der Gespräche stellten sie jetzt die 36-köpfige Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« vor – ohne den NPD-Mandatsträger Voigt. Seine Partei, so Le Pen früher, sei zu weit rechts.
In der Fraktion sind bekennende Feinde der Europäischen Union (EU) aus Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Italien, Belgien, Polen und England vereint. Der Fraktionsstatus bringt mehr Redezeit und mehr Rechte im Parlament. Ihnen stehen nun drei Millionen Euro pro Jahr aus dem EU-Haushalt und rund 30 MitarbeiterInnen zu. Bis zum Ende der Legislaturperiode kann die von Le Pen geführte Fraktion so mit 17,5 Millionen Euro rechnen. »Jeden Tag erleben wir, dass die EU eine Sackgasse ist«, sagte Le Pen vor den JournalistInnen. »Wir sind die Stimme des Widerstandes«, schob Wilders nach.

Störkraft im Parlament

In Brüssel reagierte Paul Nemitz auf die Gründung bemüht gelassen: »Diese Fraktion kann die Arbeit des Parlaments nicht beeinflussen«, sagte der Direktor der »Generaldirektion Grundrechte und Unionsbürgerschaft der Europäischen Kommission«. Die Verantwortung für diese Abgeordneten mit »extrem populistischen Positionen« liege in den Ländern, wo sie Wahlzuspruch erzielten, meinte der Sozialdemokrat. Nicht ganz so gelassen sieht dagegen Jan Phillip Albrecht die Sache: »Mit der Fraktion hat Marine Le Pen die Störkraft im Parlament erhöht«. Die neuen Möglichkeiten in den parlamentarischen Ablauf stärker eingreifen zu können werde sie nicht ungenutzt lassen, schätzt der Europaabgeordnete von »Bündnis 90/Die Grünen«. Im vergangenen EU-Parlament beobachtete er schon, dass das Agieren der extrem Rechten und RechtspopulistInnen die Diskussionen um Einwanderungs-, Flüchtlings- und Asylpolitik beeinflussten. Ein jetzt noch stärkeres parlamentarisches Operieren, befürchtet Albrecht, könnte erneut nicht-rechte Europa-Abgeordnete weiter bestärken, auch rechte Ressentiments bei der Gleichberechtigungs- und Genderpolitik aufzugreifen. Gabi Zimmer von der Fraktion »DIE LINKE« warnt: »Besonders die konservative EVP muss unter Beweis stellen, mit wem sie in Zukunft Politik machen will«. Bei der Einwanderungspolitik sei die »Europäische Volkspartei«, zu der auch die deutschen Parteien CDU und CSU gehören, zuletzt nach rechts gerückt. Allzu oft spielten viele Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten selbst die nationale Karte und brächten so immer mehr Menschen in und zwischen den Mitgliedsländern gegeneinander auf, meint Zimmer.

Gegen »Masseneinwanderung«

Auf ihrer Pressekonferenz befeuerten Le Pen und Wilders die Debatten um die Flüchtlingsbewegungen nach Europa. »Ein Katastrophe drohe«, sagte Wilders und meinte damit nicht die Katastrophe für die Menschen auf der Flucht vor Krieg, Not und Verfolgung. Eine Masseneinwanderung und Islamisierung Europas sei durch eine Million Menschen auf dem Weg nach Europa zu erwarten, glaubt er und fordert, dagegen vorzugehen. »Jedes Volk«, sagte Le Pen, müsse seine Zuwanderung selbst bestimmen können. Sie will den »australischen Weg« für Europa, der Flüchtlingen signalisiert, dass das »Nicht-Kommen« das »Beste« sei.
Nach der Europawahl konnten Le Pen und Wilders die Hürde von mindestens 25 Abgeordneten für eine Fraktionsgründung durch die Wahlerfolge der radikalen Rechten leicht überwinden. Allein die Hürde, dass die MandatsträgerInnen aus sieben Mitgliedsstaaten kommen müssen, schafften sie nicht. Nun gelang es Le Pen, die Britin Janice Atkinson, die im März von der EU-feindlichen »UK Independence Party« (UKIP) ausgeschlossen wurde, sowie die Abgeordneten des polnischen »Kongres Nowej Prawicy« (KNP, Kongress der Neuen Rechten) Michal Marusik und Stanislaw Zoltek zu gewinnen. Außer vom FN und PVV kommen die Fraktionsangehörigen von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), der »Lega Nord« und dem »Vlaams Belang«. Durch die Gründung bestehen künftig mit der »Europa der Freiheit und der direkten Demokratie«, ange-



^ *Udo Voigt*

führt von UKIP, zwei rechte Fraktionen im EU-Parlament. Ein gemeinsames Grundsatzprogramm, das mehr als ein Nein zur EU, Masseneinwanderung, pluralen Gesellschaft und vermeintlichen Islamisierung Europas beinhaltet, präsentierten Le Pen und Wilders auf ihrer Pressekonferenz jedoch nicht. »Pardon, wir haben uns gerade erst gegründet«, konterte die neue Fraktionsvorsitzende auf Nachfragen von JournalistInnen.

Nicht von Dauer?

In seinem Büro greift Udo Voigt diese Antwort gleich auf – um anzugreifen. Schon früher hätten die FPÖ und FN versucht, eine Fraktion zu gründen – allein um den Fraktionsstatus zu erhalten. Nun sei erneut nicht der »richtigen Ansatz« gewählt worden. »Wenn man sich nicht auf ein Minimum weltanschaulich ideologisches in einer Fraktion einigt«, so Voigt, und »nur eine technische Fraktion macht, dann ist diese nicht von besonderer Dauer«. Die Worte eines Verbitterten? »Nein«, antwortet er. Er sei gar nicht enttäuscht, nicht zu der neuen Rechtsfraktion dazu gehören zu dürfen. »Ich habe das schon vorher gemerkt an der Eiseskälte, die mir von ihrer Person entgegen gebracht wurde.« Entlarvend findet er, dass Le Pen im EP formell der Aufhebung seiner Immunität zugestimmt hat, damit ein Strafverfahren gegen ihn wegen Volksverhetzung weiter geführt werden könne. Die neue Fraktion setze »offenbar auf Systemtreue«, meint der NPD-Funktionär.

»Nation in Europa«

Im Nebenraum arbeiten Karl Richter, Florian Stein, Uwe Meenen, Frank Rohleder und Bettina Bieder für Voigt. Dank des Geldes des EP, räumt er ein, habe er diese »gute Mannschaft« zusammenstellen können. Mit den Mitteln der EU gegen die EU – für den bekennenden Anhänger eines Europas der Vaterländer kein Widerspruch. Auf der Fensterbank des Büros liegen mehrere Ausgaben von »Nation in Europa«. Schon 2014 erschien die erste Ausgabe des »Informationsbulletin des Fraktionslosen Europaabgeordneten Udo Voigt«. In der zweiten Nummer aus dem Jahr 2015 wird unter anderem über die Teilnahme am Kongress des »Konservativen Forums« in Sankt Petersburg berichtet. Unter dem Titel »Gemeinsam für Europa« führt Mitarbeiter Karl Richter aus, dass Voigt als »unabhängiger Kopf« regelmäßig »gegen die üblichen Resolutionen und Verdammungsurteile in Richtung Moskau« stimme und den »brandgefährlichen Eskalationskurs der Nato« benenne. »Präsident Putin«, schreibt Richter, mache sich immer wieder für »Schutz und Genesung der russischen Gesellschaft« stark, »während er für die Auswüchse der westlichen ‹Werte›-Welt wie Gender-Wahn und staatliche Schwulenförderung bekanntlich wenig Verständnis hat«. Dass Voigt für die »dezidierte familienfreundliche Politik des Kremls anerkennende Worte« fand, habe ihm »lebhaften Beifall« beschert.

Hausverbot für Irving

Mit Hemd und Krawatte am Schreibtisch sitzend berichtet Voigt empört von einem Hausverbot, das ihn unerwartet ereilte. Am 16. Juni 2015 wollte er eine Pressekonferenz mit den Politikern Fjodor Birukow und Andrej Petrow von der russischen regierungsnahen Rechtspartei »Rodina« zur Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland ausrichten. Am Morgen der Konferenz wurde er aber unterrichtet, dass Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) den Gästen ein Hausverbot erteilt habe, da sie den Parlamentsbetrieb störten. Ein Hausverbot sprach Schulz auch aus, als Voigt anlässlich des 70. Jahrestags »des Kriegsendes« den Holocaustleugner David Irving ins Parlament einladen wollte.

Das Parlament als Bühne für ihre Politik, als Plattform der Selbststilisierung. Nicht nur Le Pen und Wilders wissen, was möglich ist. Voigt weiß ebenso, welche politischen Chancen auf der parlamentarischen Ebene bestehen. Ohne Umschweife führt er aus, dass die Hausverbote für ihn eine Bestätigung der Grenzen der Meinungsfreiheit innerhalb der EU sind. Und er erinnert gleich daran, Mitglied im »Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres« des EP zu sein, der sich auch für Meinungsfreiheit einsetze. Er sagt: »Wenn wir über Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan, Bangladesch und Aserbaidschan sprechen, dann müssen wir auch nach Europa schauen wo Menschenrechte verletzt werden«. Und routiniert ergänzt der 63-Jährige, um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, gleich noch deutlicher: In Griechenland würden die nationalen Kräfte der »Goldenen Morgenröte« verfolgt, säßen in Haft und auch in Deutschland würden »über tausend Patrioten wegen Meinungsfreiheitsdelikten in Gefängnissen sitzen«. Für den Fall, dass immer noch unverständlich sei, was er sagen will, betont er, dass Horst Mahler nur wegen seiner Meinung zwölf Jahre in Haft sei. Eine gezielte Zuspitzung, denn der Neonazi Mahler ist wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt. Seit 47 Jahren ist Voigt im Dienste der Partei unterwegs – er weiß genau, wann er etwas wie sagen will.

Allianz mit der NPD

Voigt kommt von sich aus auf die »Alliance for Peace and Freedom« (APF, » Allianz für Frieden und Freiheit«) zu sprechen. Am 4. Februar 2015 fand deren Gründung statt. Als Vorsitzender wurde Roberto Fiore von der italienischen Partei »Forza Nuova« gewählt. Zum Generalsekretär wurde Jens Pühse bestimmt, der Auslandsbeauftragte der NPD. In der APF sind zudem MandatsträgerInnen der »Nation« aus Belgien, der »Danskerner Parti«, der »Goldenen Morgenröte«, der »Democracia Nacional« aus Spanien und der »Svenskarnas Parti« aus Schweden mit dabei. Nick Griffin aus Großbritannien und Oliver Wyssa aus Frankreich schlossen sich ihr ebenfalls an. »Die APF versucht auf einer geistig-ideologischen Grundlage etwas aufzubauen«, sagt Voigt – und ergänzt in Anspielung auf Le Pen: »Das ist haltbarer«. Die früheren Konflikte zwischen den Beteiligten seien längst unbedeutend. »Wenn wir das Problem der Überfremdung nicht lösen, dann brauchen wir auch nicht das Problem der Grenzen lösen, dann wird das alles kein Thema mehr sein«, meint er. Die APF soll bald als eine Europapartei angemeldet sein, auch um EU-Mittel zu beziehen. In Brüssel will er die NPD als das darstellen, was sie im Bundesgebiet gerade nicht ist: ein aktiver Part, der politische Impulse im gesellschaftlichen Diskurs setzt. In Deutschland nutzt die NPD derweil Voigts Aktivitäten für sich. Breit wird in den Parteiorganen darüber berichtet.

Österreich: Die nächste Wende

Nach den Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark Ende Mai diesen Jahres steht die »Freiheitliche Partei Österreichs« vor dem neuerlichen Sprung in die Bundesregierung, zumal nun auch die »Sozialdemokratische Partei Österreichs« Bereitschaft zeigt, die »Freiheitlichen« salonfähig zu machen.

von Heribert Schiedel

In der Steiermark legte die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) über 16 Prozent auf 27,1 Prozent zu, im Burgenland stieg sie von 9 auf 16 Prozent. Die Erfolge kamen angesichts der aktuellen Stimmung jedoch nicht überraschend – auch in Österreich ist der (antimuslimische) Rassismus am Überkochen. Dementsprechend wurden von der Forschung »Ausländer/Asylanten« als Hauptmotiv für das Wählen der FPÖ benannt. Aber anstatt dieses Problem als solches zu benennen, wurden von einem Großteil der Medien und den konkurrierenden Parteien die rassistischen Motive als »berechtigte« und künftig ernster zu nehmende »Ängste« verharmlost.

Nach den Wahlen wurde Wirklichkeit, was von den beiden sozialdemokratischen Spitzenkandidaten vorher bereits angedroht wurde – das Ende der »Ausgrenzung« der FPÖ. Mit Regierungsehren geadelt wurde sie dann aber nur im Burgenland, was einen Verstoß gegen den SPÖ-Bundesparteitagsbeschluss von 2004 darstellt. Damals hatte die »Sozialdemokratische Partei Österreichs« (SPÖ) versprochen, »keine Koalitionen mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien« einzugehen, was 2013 erneuert und mit dem Zusatz »auf allen politischen Ebenen« versehen wurde. Zur Legitimation des Tabubruches hieß es nun, dass dieser Beschluss nur für die Bundespartei gelte. Und die burgenländische SPÖ ergänzte mit der abstrusen Behauptung, dass die freiheitliche Landespartei ja gar nicht so weit rechts außen stehe wie die restliche FPÖ. In der Aufregung über diesen Skandal etwas untergegangen ist die Tatsache, dass die SPÖ außerhalb Wiens mit der FPÖ in zentralen Politikbereichen mittlerweile Übereinstimmungen aufweist. Das zeigte sich auch in der Schnelligkeit, in welcher sich die beiden Parteien im Burgenland auf ein Regierungsprogramm einigen konnten. Dieses trägt tatsächlich eine »freiheitliche Handschrift«, wie der nunmehrige, ausgerechnet mit Sicherheitsagenden ausgestattete FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johannes Tschürtz freudig verkündete. Insbesondere der ausgerufene »Kampf gegen Kriminalität und Ostbanden – zum Beispiel durch temporäre Grenzkontrollen – sowie Vorrang für einheimische Arbeitnehmer und Firmen« entspricht voll und ganz freiheitlicher und offenbar nun auch sozialdemokratischer Programmatik.



^ *Der burgenländische SPÖ-Parteichef Hans Niessl (r.) und FPÖ-Landesparteichef Johann Tschürtz vor Beginn der Koalitionsverhandlung*

Wunsch und Wirklichkeit

Entgegen der sozialdemokratischen Schönfärberei der FPÖ hat diese auch in den letzten Monaten deutlich gemacht, wo sie politisch steht. Etwa wenn es in ihrem AkademikerInnenblatt »Die Aula« heißt, der Hitler-Stalin-Pakt sei ein »unorthodoxer Schritt« und Ausdruck einer »Politik zugunsten des eigenen Volkes« gewesen. Oder wenn dort der Nazi-Kriegsverbrecher Erich Priebke zustimmend zitiert wird: Dieser habe »die Existenz von Beweisen für das Bestehen von Gaskammern in deutschen KL zum Zwecke der Tötung von Juden bestritten und betont, im Mai 1944 als SS-Soldat das KL Mauthausen besucht und keine Gaskammern entdeckt zu haben. Wörtlich sagte er: ‹Es war notwendig, Deutschland bestimmte Verbrechen zuzuschreiben, um die Deutschen als Kreaturen des Bösen darzustellen.›« Im Mai durfte in der Zeitschrift Karl Richter mit der »Mär vom ‹christlich-jüdischen› Abendland« aufräumen. Dabei wärmte Richter die antisemitische Figur des »Talmud-Juden« auf: Im Talmud meint er »Zeugnisse einer unverhohlen ‹rassistischen› Denkungsart« zu erkennen. Dementsprechend würden »Juden (…) Nichtjuden sozusagen für Menschen zweiter Klasse« halten, was vieles erkläre, das »Nichtjuden an Juden bis heute sauer aufstößt – nicht nur im Gaza-Streifen.« In der »Normalbevölkerung« werde aber versucht, die offenbar berechtigte Abneigung gegen Jüdinnen und Juden zu vermindern: »Bevorzugtes Mittel dazu sei die Infiltration des globalen ‹Weltgewissens› mit dem Holocaust-Dogma«. Für Richter stellt das Holocaust-Gedenken eine »Wiederkehr des alten Auserwähltheitsanspruchs, nunmehr im säkularen, im geschichtlichen Gewand« dar.

Derartig offener Antisemitismus steht nicht nur im Widerspruch zu den aktuellen Verharmlosungen, sondern auch zu parteioffiziellen Distanzierungen. Erst Ende April verkündete etwa der Wiener Landtagsabgeordnete und Burschenschafter Udo Guggenbichler per Aussendung, dass »Antisemitismus keinen Platz in den Korporationen haben darf«. Um wen es sich bei den »anderen prominenten Vertretern von schlagenden Studentenverbindungen«, die Guggenbichlers Erklärung unterzeichnet haben sollen, handelt, war trotz wiederholtem Nachfragen nicht in Erfahrung zu bringen. Offenbar hat die ohnehin kosmetische Initiative weder bei den Burschenschaften noch bei einer relevanten Anzahl einzelner korporierter FPÖ-Kader Zustimmung gefunden – ein Beleg für die Mehrheitsverhältnisse im freiheitlichen Milieu.

»Einzelfälle«

AntifaschistInnen des Blogs »Heimat ohne Hass« dokumentieren die (meist rassistischen und oft auch zu Gewalt aufstachelnden) Ausfälle »Freiheitlicher« auf Facebook und bringen diese im Falle des Verdachtes des Verstoßes gegen österreichisches Recht zur Anzeige. Weil viele der unteren FPÖ-Chargen am virtuellen Stammtisch jede Zurückhaltung fallen

mancher FPÖ-Kader tauchte aus der Versenkung wieder auf, nachdem Gras über den Anlass für die personelle Frontbegradigung gewachsen oder die Strafe getilgt worden war.



Außerparlamentarische Entwicklungen

Der (antimuslimische) Rassismus schlägt sich auch nieder in den Versuchen von (extrem) Rechten, das Dresdner Erfolgsmodell PEGIDA nach Österreich zu importieren. Weil aber hierzulande rassistische und autoritäre Ressentiments bereits von der FPÖ abgedeckt werden, war diesen Versuchen wenig Erfolg beschieden. Nicht nur, dass die von freiheitlichen Lohnschreibern und nationalistischen Hooligans getragene PEGIDA in Wien, Linz und Begrenz jeweils nicht mehr als 500 Menschen auf die Straße brachte, die Demonstrationen waren auch geprägt durch neonazistische Provokationen und Gewalt. Interne Streitereien und Spaltungen gaben den »Patriotischen Europäern« dann auch in Österreich den Rest.

Verlierer scheint die organisierte Neonaziszene in Österreich zu sein. Diese erholt sich nur langsam von den behördlichen Schlägen gegen ihre Führungsebenen (Verhaftung (2011) und Verurteilung (2013) der »Alpen-Donau«-Macher Gottfried Küssel, Felix Budin und Wolfgang C. Anderele, Zerschlagung des kriminellen Neonazi-Netzwerkes »Objekt 21« und Verurteilung seiner Anführer rund um Jürgen Windhofer und Emanuel Spindler (2013). Dementsprechend desorientiert wirkt sie – zumindest außerhalb der Sozialen Medien. Daneben hat der Repressionsdruck die Differenzierung der Szene vorangetrieben: Ein Teil flüchtete – etwa in Form der »Identitären Bewegung« (IBÖ) – in die Legalität.

Die 2012 gegründete IBÖ rief Anfang Juni zu ihrem zweiten Aufmarsch nach Wien. Dabei zeigte sich, wie beschränkt die Mobilisierungsfähigkeit außerhalb des Internets tatsächlich ist: Gerade mal 300 (extrem) Rechte und Neonazis folgten dem Aufruf, wobei gut die Hälfte von ihnen aus dem Ausland anreiste. Zudem kam es zu massiven Übergriffen von Neonazis auf AntifaschistInnen, was dem Image der »Identitären« nicht gerade zuträglich war.

lassen, kann die antifaschistische NGO über zu wenig Arbeit nicht klagen. So hat Anfang Mai ein niederösterreichischer FPÖ-Lokalpolitiker gepostet: »Statt pragmatische und sinnvolle Lösungen (z. B. Rückverfrachtung nach Afrika) zu finden, plant sie (die EU, Anm. d. Verf.) Zwangsimport und -aufteilung, wohl wissend, dass dieses Menschenmaterial für Europa komplett wertlos (…) ist.«

Aber auch Heinz-Christian Straches Facebook-Auftritt gibt immer wieder Anlass zur Empörung. Zuletzt versuchte er Mitte Juni aus der Amokfahrt in Graz mit drei Toten und zahlreichen Verletzten politisches Kapital zu schlagen, indem er per Posting suggerierte, die Tat habe einen islamistischen Hintergrund – nur weil der Täter vor 22 Jahren mit seiner Familie aus Bosnien nach Österreich geflohen ist. Solch eine politische Skrupellosigkeit und offen vor sich her getragene ethische Störung provozierte einen Shitstorm, wie ihn der erfolgsverwöhnte FPÖ-Obmann noch nicht erlebte. Umgehend musste Strache zurückrudern: Er habe doch nur die Spekulationen der »Neuen Kronen Zeitung« wiedergegeben, womit er unfreiwillig verdeutlichte, wie das systematisch Hetze betreibende Boulevardblatt der extremen Rechten zuspielt.

Es gibt in Österreich aber keine kritische (mediale) Öffentlichkeit, die solche von der FPÖ als »Einzelfälle« verharmlosten Skandale zum Grund für anhaltende massenhafte Empörung und daran anknüpfende Konsequenzen nehmen würde. So bleiben die Grenzverwischungen zwischen der FPÖ und dem Neonazismus bei Wahlen folgenlos. Auch setzen die Freiheitlichen auf Zeit und die Vergesslichkeit des Publikums: Schon

Kriminalisierung und Normalisierung

Ergänzt wird das düstere Stimmungsbild durch die immer weiter angezogene Repressionsschraube gegen AntifaschistInnen: zuletzt wurde im April aus dem Innenministerium verlautet, dass gegen das antifaschistische Bündnis »noWKR«, welches seit gut fünf Jahren gegen den alljährlich in der Wiener Hofburg stattfindenden Burschenschafterball mobilisiert, Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer »terroristischen Vereinigung« eingeleitet worden seien. Hierin fand das Zusammenspiel zwischen Polizei und FPÖ einen weiteren Höhepunkt, waren es doch Anzeigen von extrem Rechten, welche die Kriminalisierung von AntifaschistInnen in Gang brachten. Dem gegenüber steht die Verharmlosung bis Leugnung des Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreich, wie sie seitens des Verfassungsschutzes verstärkt seit der Jahrtausendwende, als die FPÖ zu Regierungsehren kam, betrieben wird. Dass sich daran bis heute nichts geändert hat, verweist auf die wahre Dimension des Problems, das sich eben auch und gerade hierzulande nicht auf den Rechtsextremismus im engeren Sinn beschränkt, sondern auch die behördlichen wie politischen Reaktionen auf diesen umfasst. Vergrößert wird das Problem durch Nicht-Rechtsextreme, die genauso rassistisch sprechen. Oder, in den warnenden Worten des Wiener SPÖ-Bürgermeisters Michael Häupl, der es trotz des sozialdemokratischen Glaubwürdigkeitsverlusts im Herbst noch einmal mit einem Anti-FPÖ-Wahlkampf versuchen will: »Ein Sozialdemokrat sollte klingen wie ein Sozialdemokrat und nicht wie die PEGIDA.«

Das Ende einer Ära

Der französische »Front National« entledigt sich seiner ehemaligen Galionsfigur, Jean-Marie Le Pen.

von Bernard Schmid



^ *FaschistInnen-Familie Le Pen*

Selbst wenn der extrem rechte »Front National« (FN) ganz einen auf demokratisch machen möchte, haut es wieder nicht hin. Die Funktionsweisen einer »Führerpartei« sitzen einfach zu tief, um sie »mit den Wurzeln herauszuziehen«, selbst wenn es – was höchst unwahrscheinlich ist – denn gewünscht wäre. Dies wird auch bei der seit dem 19. Juni 2015 begonnenen innerparteilichen Urabstimmung bemerkbar, mit welcher insofern der Bruch mit der alt- oder neofaschistischen Vergangenheit vollzogen werden soll: Sie soll einen Schlussstrich unter die politische Ära von Jean-Marie Le Pen ziehen, also die des Mitgründers und (von 1972 bis 2011) Vorsitzenden der Partei. Nach heftigen innerparteilichen Konflikten sollen dem inzwischen 87-Jährigen die politischen Grundlagen entzogen werden.

Die Abstimmung soll bis zum 10. Juli ablaufen, also zu Zeiten, in denen in Frankreich das gesamte politische Leben während der einsetzenden Sommerpause weitgehend darniederliegt. Als »virtueller Parteitag« – welcher auf dem Postweg oder, weitgehend, im Internet abläuft – hat sie die Funktion, anstehende Satzungsänderungen abzusegnen. Im Kern geht es jedoch um die Rolle von Jean-Marie Le Pen: Am 4. Mai 2015 wurde er bereits von seiner Mitgliedschaft »suspendiert«, das heißt die Mitgliederrechte wurden ihm auf unbestimmte Dauer entzogen. Dieser Beschluss kann entweder unbefristet aufrechterhalten, oder aber durch eine Wiederaufnahme respektive einen definitiven Ausschluss abgelöst werden. Da Jean-Marie Le Pen dagegen gerichtlich vorging und per Gerichtsbeschluss vom 2. Juli sich wieder in die Partei einklagte und auch seine bisherigen Funktionen wieder übernehmen möchte, zog die Parteispitze unter Marine Le Pen, Louis Aliot und Florian Philippot noch weitere Register.

Ohne »Ehrenvorsitz«

Wie die amtierende Parteiführung am Abend des 12. Juni 2015 beschloss, soll das bislang von Jean-Marie Le Pen bekleidete Amt eines »Ehrenvorsitzenden« ersatzlos abgeschafft werden. Dieses war ihm auf dem vorletzten Parteitag im Januar 2011 im westfranzösischen Tours angetragen worden. Damals hatte Jean-Marie Le Pen nach jahrelangem Zögern endlich akzeptiert, den offiziellen Parteivorsitz an seine heute 46-jährige Tochter Marine Le Pen zu übergeben. Doch er ließ sich – formal auf Vorschlag der neuen Vorsitzenden hin, die per Akklamation im Saal »einstimmig angenommen« wurde – besagte Ehrenpräsidentschaft geben, welche er selbst stets als Posten »auf Lebenszeit« verstanden wissen wollte. Und er dachte sich dabei insgeheim, dass er hinter den Kulissen weiterhin die wahre Kontrolle über die Partei behalten werde.

Es kam anders, und nun soll ihm der Posten entzogen werden. Jean-Marie Le Pen sträubt sich dagegen und machte geltend, nur ein Parteitag könne das Votum eines anderen, vorangegangenen Parteitags ändern oder rückgängig machen. Deswegen forderten er und die letzten ihm verbliebenen AnhängerInnen, besonders sein »Ewiger Zweiter« Bruno Gollnisch, lautstark die Abhaltung eines neuen (außerordentlichen) Parteikongresses. Den werden sie nun bekommen – als »virtuelle Mitgliederversammlung«.

Um das Vorhaben nicht derart nackt hervortreten zu lassen, den Entzug des »Ehrenvorsitzes« des alten Patriarchen abzusegnen, wurde es in einen Wust von satzungsändernden Beschlüssen verpackt: Über die Hälfte der Artikel der Parteistatuten, 33 an der Zahl, sollen geändert werden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich allerdings um Formänderungen, die die hauptsächlichen Ziele verdecken sollen.

Normalerweise hätte man nun erwarten können, dass die einzelnen Veränderungen und ihre juristischen oder politischen Auswirkungen erklärt werden, so dass über die einzelnen Änderungsanträge abgestimmt wird, um dann in einer Schlussphase eventuell über das Gesamtpaket ‹en bloc› noch ein letztes Mal (dafür oder dagegen) zu entscheiden. Dies wäre in anderen Parteien das übliche Verfahren. Nicht jedoch beim FN. Dort läuft es so: Das Votum, ins Sommerloch und – mutmaßlich weitestgehend – ins Internet verlagert, betrifft alle Satzungsänderungen auf einmal, als geschlossenes Paket. Man kann nur zustimmen oder pauschal ablehnen. »Lebendige innerparteiliche Demokratie« hörten Sie dabei heraus, liebe Leserinnen und Leser? Nun ja... Jean-Marie Le Pen ruft nun in einer antisemitisch unterlegten politischen Erklärung zum Boykott dieser Urabstimmung auf. Auch sein Getreuer Bruno Gollnisch hat angekündigt, er werde nicht an dem Mitgliedervotum teilnehmen.

Zu viel des Schlechten: zu den Hintergründen

Das auf diese Weise betriebene Absägen des alten Chefs hängt mit den in heftiger Form ausgetragenen innerparteilichen Konflikten der letzten Monate zusammen.

Diese eskalierten besonders, nachdem Jean-Marie Le Pen in Interviews mit dem bürgerlichen Privatsender BFM TV am 2. April 2015 sowie in der Ausgabe der altfaschistischen Wochenzeitung »Rivarol« vom 9. April noch weniger als sonst ein Blatt vor den Mund genommen hatte. Im ersten Interview bekannte er sich unter anderem zu seinen seit September 1987 mehrfach getätigten Aussprüchen über die Gaskammern als angeblich offene »Detailfrage der Geschichte«, welche als abgeschwächte Version der »Auschwitzlüge« gelten müssen. Im zuletzt genannten Interview ließ er sich unter anderem über den Marschall Philippe Pétain – den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborationsregimes im Zweiten Weltkrieg – mit den Worten aus, der Oberkollaborateur sei »in meinen Augen nie ein Verräter« gewesen.

Strategische Positionsbestimmung zum Antisemitismus

Marine Le Pen platzte nunmehr der Kragen. Ihr und ihrer Umgebung liegt aus strategischen Gründen viel daran, nur nicht in den Verdacht einer Komplizenschaft mit dem Nazismus und dem historischen Faschismus zu kommen. Denn die aktuelle Führungsriege ist davon überzeugt, die Schlacht um eine Rehabilitierung dieser historischen Verbrecherregimes sei bereits geschlagen und verloren – man möge sich deshalb lieber auf »Zukunftsfragen« konzentrieren. Marine Le Pens Lebensgefährte und FN-Vizevorsitzender Louis Aliot (45) goss seine Auffassung dazu in folgende Theorie: »Unsere Verteufelung (diabolisation) hängt ausschließlich am uns unterstellten Antisemitismus. Diesen Riegel müssen wir aufsprengen«, um nicht auf Dauer von wirklichem politischen Einfluss und politischer Macht(teilhabe) ferngehalten zu werden. Außerhalb der Problematik eines offenen Bekenntnisses zum historischen Faschismus oder zum Antisemitismus kann die Partei sich, aus Sicht ihrer aktuellen Führung, hingegen alles erlauben – sei es Ethnonationalismus, Rassismus oder dick aufgetragene soziale Demagogie.

Hingegen ist Jean-Marie Le Pen wirklich ganz real der Auffassung, es sei ein strategischer Fehler, bei der Frage des Antisemitismus oder der zumindest teilweisen Verteidigung (jedenfalls Verharmlosung) des Faschismus von vor 1945 nachzugeben. Tue man dies vollständig, so sein Standpunkt, so bleibe man auf ewig ein Spielzeug in den Händen der wirklich Mächtigen (vulgo der »antinationalen Lobbys«) und dazu verdammt, ein politisches Schattendasein als »Büttel ihres Systems« zu führen.

Fraktion im Europaparlament

Auch die Schaffung einer neuen Fraktion im Europäischen Parlament ist unter anderem vor dem Hintergrund des nunmehr definitiv erfolgten Generationswechsels an der Spitze des französischen FN zu betrachten.

Am 15. Juni 2015 verkündete Marine Le Pen, die für den FN im Europaparlament sitzt, den Namen ihrer neuen Fraktion, »Europa der Nationen und Freiheitsrechte« (»Europe des nations et des libertés«). Die französische Partei stellt mit Abstand den größten Anteil an Mitgliedern dieser neuen Fraktion. Ihr gehören insgesamt 36 Abgeordnete an, darunter 21 des »Front National«. Für ihn wurden im Mai 2014 insgesamt 24 EuropaparlamentarierInnen nach Brüssel gewählt. Doch eine von ihnen, Joëlle Bergeron, lief damals kurz darauf zu den Nationalkonservativen um den Chef der britischen UKIP, Nigel Farage, über, nachdem sie wegen ihrer (befürwortenden) Position zum »Ausländerwahlrecht« angegriffen worden war. Jean-Marie Le Pen wurden am 4. Mai 2015 die Mitgliedsrechte beim FN entzogen, und er wird laut eigenen Worten zukünftig auch nicht mehr auf derselben Bank im Europäischen Parlament sitzen wie seine Nachfolgerin und Tochter Marine Le Pen. Bruno Gollnisch, langjährige »Nummer Zwei« hinter Jean-Marie Le Pen, kündigte an, in diesem Falle auch seinerseits nicht der neuen Fraktion angehören zu wollen. Er werde sein Abstimmungsverhalten im Europaparlament jedoch mit ihr in Einklang bringen.

Britischer und polnischer Zuwachs

Am Abend des 15. Juni 2015 verkündete Marine Le Pen triumphierend, nach mehreren vergeblichen Anläufen im Juni und Oktober 2014 habe ihre Partei es nun doch geschafft, eine Fraktion im Europaparlament zu konstituieren. Dazu werden mindestens 25 Abgeordnete aus sieben EU-Ländern benötigt. An der Mindestzahl an beteiligten Nationalitäten scheiterte die Fraktionsgründung bislang, da der FN nur über vier zuverlässige und hinreichend vorzeigbare Partner verfügte, wie die FPÖ aus Österreich und den »Vlaams Belang« aus Belgien. Zusammenschlüsse mit der deutschen NPD, »Jobbik« aus Ungarn oder der griechischen Partei »Goldene Morgenröte« schloss die französische Partei hingegen aus, da diese als taktisch und strategisch untragbar gelten.

Aus welchen zwei, bislang noch in ihren Reihen fehlenden EU-Staaten die neu hinzukommenden Abgeordneten für die Fraktion stammen, wurde erst am 16. Juni bekannt. Erstens handelt es sich um eine Überläuferin aus den Reihen der nationalistischen und rechtskonservativen britischen Partei UKIP. Diese Abgeordnete – Janice Atkinson – war von ihrer vormaligen Partei aus der von ihr angeführten Fraktion im Europaparlament geschmissen worden, nachdem herauskam, dass ihr Mitarbeiter wohl Abrechnungen gefälscht hatte. Darüber hinaus kommen die beiden Europaparlamentarier der polnischen Rechtspartei KPN – »Kongress der neuen Rechten« – hinzu, Michal Marusik und Stanislaw Zoltek.

Im Vorjahr 2014 galt diese den Anführern des französischen FN noch nicht als hinreichend vorzeigbar, da ihr damaliger Chef Janusz Korwin-Mikke offen antisemitisch, geschichtsrevisionistisch und ungeschminkt homophob auftrat. Doch er wurde zu Anfang dieses Jahres ähnlich wie Jean-Marie Le Pen als »Ehrenvorsitzender« vom Parteivorsitz abgesägt, was die Fraktionsbildung zusammen mit anderen Kräften im Europaparlament erleichterte. Eine Parallele, die auch ein – namentlich ungenanntes – Führungsmitglied des französischen FN in der Ausgabe der Pariser Abendzeitung Le Monde vom 17. Juni 15 zieht: »Die kümmern sich um ihren alten Chef, genau wie wir (uns um den unseren).«

Über eine Fraktion im Europaparlament zu verfügen, hat nicht nur einen hohen symbolischen Stellenwert, sondern bedeutet auch den Zugriff auf 17,5 Millionen Euro für die restliche Dauer der Legislaturperiode: für Infrastrukturkosten und Sitzungsgelder, sowie Möglichkeiten zur Erstattung von Reisekosten.

Endlich auf der Anklagebank

Die Neonazis der »Goldenen Morgenröte« stehen in Athen vor Gericht.

von John Malamatinas



> *Nikolaos Michaloliakos, der Anführer der neonationalsozialistischen griechischen Partei »Chrysi Avgi« bei seiner Verhaftung*

Am 20. April 2015 begann in Athen einer der wichtigsten Gerichtsprozesse der jüngeren griechischen Geschichte: das Verfahren gegen die mittlerweile weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte neonazistische Organisation »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«). Der Zeitpunkt fällt in eine für Griechenland wichtige Phase, in der die neue Linksregierung von Syriza mit den europäischen Institutionen über die Zukunft und den Verbleib des Landes in der Eurozone verhandelt. Zum ersten Mal in der Geschichte der griechischen Republik ist eine gesamte Parlamentsfraktion angeklagt. Nach dem Mord an dem antifaschistischen Rapper Pavlos Fyssas im September 2013 hatte die griechische Polizei Dutzende Führungsmitglieder der »Chrysi Avgi« verhaftet. Es begann die strafrechtliche Verfolgung der Neonazipartei mit dem Ziel, sie zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären und somit zu verbieten.

Eine Neonazipartei mit Geschichte

»Chrysi Avgi« als echte Neonazi-Partei konnte sich in Griechenland, »der Wiege der Demokratie«, innerhalb kürzester Zeit als stabile politische Kraft etablieren. Dies nahmen auch deutsche LeserInnen spätestens seit den griechischen Parlamentswahlen im Mai und Juli 2012 wahr, als die Partei knapp sieben Prozent der Stimmen erhielt: Große Artikel in deutschen und internationalen Tageszeitungen erschienen und exklusive Fernsehdokumentationen zeigten die Angriffe und Aufmärsche der Organisation. In Griechenland bedurfte es erst der Wahlen, damit sich Medien, Politik und ein großer Teil der Gesellschaft der Existenz einer Neonazipartei bewusst wurden. Es bedurfte eines ermordeten griechischen Antifaschisten, um endlich auf alle anderen vergessenen und »unsichtbaren« rechten Morde an MigrantInnen und Geflüchteten aufmerksam zu machen.

»Chrysi Avgi« erschien zum ersten Mal Anfang der 1980er Jahre als eine Zeitschrift neonazistischer Zirkel. Als Chef und Herausgeber der jungen Gruppe fungierte der im rechten Milieu nicht unbekannte Nikolaos Michaloliakos: Er war während der Militärdiktatur Mitglied der nationalistischen Organisation »4. August« des bekennenden Antisemiten Kostas Plevris gewesen. 1993 gründete Michaloliakos die Partei »Völkischer Bund Chrysi Avgi«. Die ersten Mobilisierungserfolge feierten die Rechten in den 1990er Jahren, als Fragen von nationaler Bedeutung die griechische Öffentlichkeit und Politik beherrschten: Es ging unter anderem um die Namensgebung von Mazedonien, den Jugoslawienkrieg und die Inselkonflikte mit der Türkei. Doch erst 2010, bei den Kommunalwahlen in Athen, erzielte »Chrysi Avgi« mit 5,29 Prozent einen nennenswerten Wahlerfolg. Michaloliakos wurde Stadtrat und provozierte bereits in der ersten Sitzung mit einem Hitlergruß.

Rassismus und Krise befeuern den Erfolg

Das bisherige extrem rechte Wahlpotential auf nationaler Ebene bediente bis Anfang der 2000er Jahre die konservative Partei »Nea Dimokratia«, später die rechtspopulistische »Laikós Orthódoxos Synagermós« (LA.O.S, »Völkisch-Orthodoxer Alarm«) von Giorgos Karatzaferis. Dies änderte sich 2012: Bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 erreichte »Chrysi Avgi« 6,92 Prozent, etwa 426.000 Stimmen, und zog mit 18 Mandaten ins Parlament ein. Und der Erfolg hielt an: Bei den Europawahlen im Mai 2014 erreichte die Neonazipartei 9,4 Prozent (530.000 Stimmen) und bei den Parlamentswahlen im Januar 2015 6,3 Prozent (388.000 Stimmen), obwohl die gesamte Parteiführung bereits in Untersuchungshaft saß. Viele KommentatorInnen analysieren den Aufstieg der extremen Rechten in ganz Europa als Folgeerscheinung der Krise und ihrer sozialen Verwerfungen. Andere ergänzen diese Theorie mit der Krise der klassischen Politik, also der Legitimationskrise der (Alt-)Volksparteien. »Chrysi Avgi« und andere extrem rechte Parteien präsentieren sich als die neue Alternative zum korrupten System, manchmal gar als die »reinen Demokraten mit den sauberen Händen«. Die Nationalismusexpertin Anna Fragoudaki spricht von der »Krise der nationalen Identität«, einer Identität, die vor allem im Bildungssystem vermittelt wird. Rassismus und Nationalismus in der griechischen Gesellschaft bilden den fruchtbaren Boden, auf dem die Propaganda der »Chrysi Avgi« reift. Der Rassismus entsteht hier nicht in der Krise, aber die Krise verschärft ihn.

Die aufeinander folgenden Wahlerfolge von »Chrysi Avgi« transformierten die kleine Organisation in eine konstant agierende Wahlpartei. Mit Hilfe von Parteigeldern und Spenden aus Teilen der griechischen Privatwirtschaft eröffnete sie griechenlandweit Büros, erweiterte ihr Angebot an »Fanmaterial«, Büchern und sonstigem Plunder und vergrößerte den Wirkungskreis ihrer Wochenzeitung. Täglich wurden tätliche Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen gemeldet, und es häuften sich »Besuche« linker Einrichtungen. Neben diesen Nacht-und-Nebel-Aktionen inszenierte sich »Chrysi Avgi« auf der Straße als vermeintlicher »Anwalt« der Unterschicht und der von der Wirtschaftskrise Betroffenen: Sie organisierte Märkte, auf denen Lebensmittel »nur an Griechen« verteilt wurden, sammelte Blut »nur für Griechen« und hielt in den Parteibüros Selbstverteidigungskurse ab – natürlich wieder »nur für Griechen«. Bald verankerte sich in Teilen der griechischen Öffentlichkeit das Bild der »netten hilfreichen Jungs mit den schwarzen T-Shirts«.

Plötzlich antifaschistisch

All das funktionierte bis zum Abend des 18. September 2013: Nach dem Besuch eines Fußballcafés im westlichen Athener Stadtteil Keratsi-



ni wurde der antifaschistische Musiker Pavlos Fyssas, genannt Killah-P, von Giorgos Roupakias, Mitglied der »Chrysi Avgi«, erstochen. Ein paar Meter weiter standen PolizeibeamtInnen, die erst später hinzukamen, um den Tod von Fyssas festzustellen. Was folgte, war ein regelrechter antifaschistischer Aufschrei der griechischen Gesellschaft. Nun berichteten die Medien nicht mehr über kleinere Affären einzelner Mitglieder der »Chrysi Avgi«, sondern ein Sturm der Empörung und Wut braute sich zusammen, der auch auf der Straße seinen Ausdruck fand: In jeder Stadt des Landes kam es zu Spontandemonstrationen, bei denen die Büros der »Chrysi Avgi« belagert und angegriffen wurden. Der Staat musste zum ersten Mal reagieren: Die gesamte Führungsriege samt Chef Michaloliakos, Parlamentsfraktion und einem Teil der Zellenführung wurde verhaftet. Abgehörte Telefongespräche gelangten an die Öffentlichkeit, Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt, bei denen Waffen und NS-Propagandamaterial beschlagnahmt wurden. Die Aktionen des plötzlich antifaschistischen Staates reichten bis zu kleineren Säuberungsaktionen bei der griechischen Polizei, die für ihre Sympathie zur neonazistischen Partei bekannt ist. Es wird geschätzt, dass bei den Parlamentswahlen 2012 über 50 Prozent der Athener PolizistInnen für sie gestimmt haben. Beamte wurden suspendiert, denen eine solche Nähe nachgewiesen werden konnte.

Ein Prozess mit Verzögerungen

Es dauerte allerdings fast zwei Jahre, bis der Prozess begann. Währenddessen mussten die Mitglieder der »Chrysi Avgi« wieder freigelassen werden, allerdings mit Auflagen wie Hausarrest und Meldung bei den örtlichen Polizeirevieren, da die maximale Dauer der Untersuchungshaft, die in Griechenland 18 Monate beträgt, abgelaufen war. Insgesamt sind derzeit 69 Neonazis angeklagt, darunter auch Michaloliakos. Die Vorwürfe lauten unter anderem auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, Totschlag, Körperverletzung, illegalen Waffenbesitz und Gewalt gegen EinwanderInnen. Im Fokus stehen die Morde an Pavlos Fyssas und an Shehzad Luqman aus Pakistan, Angriffe auf einen Plakatiertrupp der kommunistischen Gewerkschaft PAME und auf ägyptische Fischer. Der Prozess begann im Frauengefängnis in Korydallos, einem Stadtteil am Rande Athens. Der Ort wurde gewählt, damit es nicht durch Demonstrationen und Sicherheitsmaßnahmen zu großen Beeinträchtigungen des Innenstadtbetriebs kommt.

Und das war auch das große Thema am ersten Prozesstag. AnwältInnen, BeobachterInnen und JournalistInnen kritisierten die Wahl des Prozessorts, da auf diese Weise die Öffentlichkeit außen vor gelassen wird. Sogar der Bürgermeister von Korydallos wurde aktiv, weil sich viele BürgerInnen wegen der hohen Polizeipräsenz und den enormen Sicherheitsauflagen beschwerten. In direkter Nähe befinden sich nämlich zwei Schulen.

Am ersten Prozesstag kam es nur zum Verlesen der Anklagen und der Liste der Angeklagten. Der Prozess wurde dann allerdings vertagt, da einer der Angeklagten ohne Verteidiger erschien. Auch am zweiten Tag war weiterhin der Ort des Prozesses das beherrschende Thema. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Abiturexamina von etwa 400 SchülerInnen in andere Stadtteile verlegt werden müssten. Der Gegenvorschlag der Richterin lautete, die Prozesstage an einem Samstag zu halten, damit der Schulbetrieb nicht beeinträchtigt würde. Am vierten Prozesstag, dem 16. Mai, lösten inhaftierte Mitglieder der bewaffneten anarchistischen Gruppe »Verschwörung der Feuerzellen«, die ihre Haft auch in Korydallos absitzen, ein Handgemenge aus. Trotz der hohen Sicherheitsmaßnahmen hatten sie es geschafft, während ihres Transports zu einem Verfahren in den Gerichtssaal einzudringen. Die Verteidigung forderte unmittelbar nach dem Zwischenfall, den Prozessort zu verlegen.

Versuch der Entpolitisierung

An allen bisherigen Prozesstagen erschien nur ein kleiner Teil der Angeklagten, den Rest, vor allem die prominentesten Angeklagten, vertraten ihre VerteidigerInnen. Insgesamt versucht die Verteidigung, den NebenklägerInnen, die neben dem Staatsanwalt am Verfahren beteiligt sind, die Legitimation abzusprechen. Am 25. Juni wurde der Prozess ohne Ergebnis in der Diskussion um die Nebenklage auf den 29. Juni verschoben. An diesem Tag entschied das Gericht, die Nebenklage gegen die Führung der »Chrysi Avgi« (41 Angeklagte) abzuweisen. Dies gilt unter anderem für den Fall des Mordes an Pavlos Fyssas. Den Nebenklagen der Opfer der drei zentralen Angelegenheiten (Mord an Fyssas, Angriff auf Gewerkschafter von PAME und ägyptische Fischer), wo auch auf Basis des Paragraphen 187 (kriminelle Organisation) ermittelt werden kann, wurden stattgegeben. Die Parteiführung bestreitet bis heute eine Verwicklung in Gewalttaten und spricht von einer »politischen Verschwörung« durch ihre GegnerInnen. Schon in der Vergangenheit hat sie auf diese Weise bei kleineren Verfahren versucht, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Prominentester Fall war Ende der 1990er Jahre die Anklage von Antonis Androutsopoulos, genannt »Periandros«. Er war die rechte Hand von Michaloliakos und hatte einen Angriff der damaligen Stoßtruppe der »Chrysi Avgi« auf linke StudentInnen angeführt. Schon damals erteilte Michaloliakos die Order, Angriffe zu unterlassen und in der Öffentlichkeit weniger militant aufzutreten – in der Hoffnung die einzelnen StraftäterInnen in der Partei öffentlichkeitswirksam zu isolieren. Diese Taktik wendet die Parteispitze nun erneut an, flankiert durch eine Anbiederung an die linke Regierung. In einer Rede lobte Michaloliakos die neue Regierung als die einzig wahre Anti-Austeritätskraft, die Griechenland retten könne.

Viele in Griechenland und im Ausland fragen sich, weshalb eine solch gewalttätige Partei wie die »Chrysi Avgi« nicht einfach verboten werden könne. Der Athener Strafrechtsprofessor Christos Mylonopoulos wies allerdings darauf hin, dass in der griechischen Verfassung kein Parteiverbot vorgesehen ist. Deswegen bleibt die strafrechtliche Verfolgung die einzige Option. Dennoch verlaufen die Prozesstage schleppend, und es ist noch nicht vorauszusehen, ob es zu einem tatsächlichen Verbot der gesamten Organisation kommen wird.



Mit Bandera gegen Eurasien

Die Ostukraine ist zum Tummelplatz für extrem rechte Kämpfer geworden. Während auf Kiewer Seite ukrainisch-faschistische Milizen marodieren, suchen auf Seite des Donbass russische Faschisten und Monarchisten den Abwehrkämpfen ihren Stempel aufzuprägen.

von Jörg Kronauer

Will Cathcart und Joseph Epstein gaben sich überhaupt keine Mühe ihren Unmut zu verbergen. »Wie viele Neonazis unterstützen die USA in der Ukraine?«, fragten sie verärgert Anfang Juni auf der liberalen US-amerikanischen Online-Plattform »The Daily Beast«. Zugegeben: »Nicht alle Mitglieder der ultranationalistischen ukrainischen Milizen, welche die USA trainieren, haben SS-Tattoos, und nicht alle treten für den Faschismus ein«, schrieben sie; doch gebe es genügend Neonazis unter ihnen, »um sich Sorgen zu machen«. Cathcart und Epstein hatten sich zuvor bei den ukrainischen Freiwilligen-Bataillonen umgesehen, und wenigstens Cathcart kannte sich bestens aus in der Region: Er hatte eine Zeitlang als Medienberater für den georgischen Ex-Präsidenten Micheil Saakaschwili gearbeitet, einen prowestlichen Hardliner. Doch was er nun in der Ukraine sah, ging ihm ganz entschieden über die Hutschnur. »Die US-Regierung trainiert und bewaffnet neonazistische Angehörige ultranationalistischer paramilitärischer Truppen in der Ukraine gezielt und bei vollem Tageslicht«, wetterte er – und das »in einem instabilen Land mit einer unklaren Zukunft«. 19 Millionen Dollar müssten die US-SteuerzahlerInnen dafür aufbringen; dabei wisse man nicht einmal, was die US-trainierten rechten Kämpfer so alles vorhätten, sobald der Bürgerkrieg in der Ukraine beendet sei.

Kreuzzug der »Weißen Rassen«

Einige der Milizen, die in der Ostukraine für die Kiewer Regierung kämpfen, sind – und hier kann man Cathcart und Epstein nur zustimmen – klar faschistisch orientiert. Die wohl bekannteste von ihnen ist das Bataillon »Asow«, dessen Logo zumeist als Wolfsangel bezeichnet wird, das aber eigentlich einer gespiegelten SS-Rune ähnlicher sieht. Es wird von Andrij Bilezkij geführt, dem Chef der neonazistischen »Sozial-Nationalen Versammlung«. »Die historische Mission unserer Nation besteht in diesem kritischen Moment darin, die weißen Rassen der Welt in einem letzten Kreuzzug für ihr Überleben anzuführen«, hat Bilezkij einmal geäußert und erläuternd hinzugefügt, der »Kreuzzug« richte sich natürlich »gegen die Semiten-geführten Untermenschen«. Bekannt ist auch das Bataillon des »Rechten Sektors«, das zahlreiche militante Rechte vom Majdan aufgenommen hat. Sein Chef Dmitro Jarosch hat es recht rasch nach dem Kiewer Umsturz vom Februar 2014 gegründet, um gegen die im Osten der Ukraine erwarteten Unruhen vorgehen zu können. Laut Eigenangaben hat es rund 1.500 Kämpfer unter Waffen und verfügt über ein Mehrfaches an Reservisten. Das Bataillon »Dnipro 1« wiederum wird von Jurij Beresa geführt, einem ehemaligen Aktivisten des »Kongresses Ukrainischer Nationalisten« (KUN). Dieser versteht sich als parteiförmige Nachfolgeorganisation der alten »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) um Stepan Bandera.

Der traditionelle Faschismus der OUN ist der unumstrittene ideologische Hauptbezugspunkt der extrem rechten Milizen auf Kiewer Seite. Er basiert auf einem ukrainischen Ethno-Nationalismus, der nicht nur eine ukrainische Blutsgemeinschaft postuliert, sondern auch einen Ethno-Staat für sie fordert. »Du sollst den ukrainischen Staat erkämpfen oder im Kampf für ihn sterben«, heißt es in den bekannten »Zehn Geboten des ukrainischen Nationalisten« aus dem OUN-Gründungsjahr 1929, die die Aktivisten damals auswendig zu lernen hatten: »Du sollst Kraft, Ruhm, Reichtum und Gebiet des ukrainischen Staats mehren, auch wenn dafür Ausländer unterdrückt werden müssen.« Unter deutscher Besatzung machten sich ukrainische Milizen daran, die Voraussetzung für eine solche »ethnisch reine« Ukraine zu schaffen – und metzelten einige tausend Jüdinnen und Juden sowie über 90.000 nichtjüdische Polinnen und Polen dahin. Die Sowjets, beziehungeweise »die Russen«, griff die OUN ohnehin gemeinsam mit den Deutschen an. In der Praxis ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Vorgehen gegen Moskau, gegen alles Russische dominant geworden. Dabei ergeben sich allerdings Probleme: Jenseits der Westukraine spricht so mancher ukrainische Faschist eigentlich Russisch, bis heute die gängige Umgangssprache weiter Teile des Landes. Dies führt zu gewissen ideologischen Brüchen; doch welches faschistische Gedankengebräu ist schon frei von Brüchen?

Im Hochgefühl der Randale

Im Bürgerkrieg in der Ostukraine werden die faschistischen Milizen, insbesondere das Bataillon »Asow«, von Rechten aus dem Ausland unterstützt, was verschiedene Hintergründe hat. Kämpfer aus Georgien und aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien kommen vor allem mit antirussischen Motiven; umgekehrt hatten ukrainische Faschisten in den 1990er Jahren in den Bürgerkriegen in Georgien und Tschetschenien mitgemischt, jeweils auf der Seite, die gegen Russland kämpfte. Gemeinsam gegen Moskau – das ist das verbindende Moment. Zunächst überraschend mutet an, dass auch einige russische Faschisten auf Kiewer Seite kämpfen: Sie halten das »System Putin« für verrottet und wollen ihm gemeinsam mit ukrainischen Kameraden im Donbass eine Niederlage bereiten, um es anschließend zu stürzen. Für Neonazis aus Westeuropa haben zunächst die gewalttätig eskalierenden Proteste auf dem Majdan eine spürbare Faszination ausgelöst – schließlich konnte sich die extreme Rechte dort ganz ohne rechtliche Konsequenzen austoben und, mit einer klassischen Eskalationsstrategie, sogar einen Umsturz erkämpfen. Schwedische Neonazis etwa haben sich an den Protesten beteiligt – und nach ihrer Rückkehr, noch ganz im Hochgefühl der wüsten Randale, einen schwedischen Antifaschisten niedergestochen. Für die Majdan-Proteste hatten sich auch deutsche Neonazis interessiert; die »Jungen Nationaldemokraten« hatten einen Vertreter des Rechten Sektors zu ihrem »Europa-Kongress« am 22. März 2014 eingeladen, wenngleich dieser letztlich nicht kommen konnte, weil die deutschen Behörden ihm ein Einreisevisum verweigerten. In der extremen Rechten mehrerer westeuropäischer Staaten bemüht sich eine Organisation namens »Misanthropic Division« um Unterstützung und um das Anwerben von Bürgerkriegs-Freiwilligen für die Kiewer Seite. Zur Begründung heißt es, in der Ukraine tobe ein »nationaler Freiheitskampf« gegen mafiöse oder gar neosowjetische Kräfte, den man unterstützen müsse.

»Noworossija«

Extrem rechte Kräfte kämpfen auch auf Seiten der Donbass-Republiken. Die Unruhen, die sich im Osten und im Süden der Ukraine schon während der Majdan-Proteste abzeichneten und die nach dem Kiewer Umsturz vom Februar 2014 vor allem im Donbass eskalierten, hatten – und haben – einen signifikant antifaschistischen Hintergrund: Das Wüten der OUN-Faschisten im Zweiten Weltkrieg ist unter den Nachfahren russischer Opfer unvergessen. Allerdings sind die Unruhen, die bald in bewaffnete Auseinandersetzungen mündeten, auch ein willkommener Andockpunkt für russische Nationalisten – sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland – gewesen, die sie nutzten, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Die Hauptzutat war der Gedanke, große Teile im Osten und Süden der Ukraine, die relativ stark an Russland orientiert waren, als »Noworossija«, »Neurussland«, zusammenzufassen. Der Begriff bezeichnete historisch die Gebiete im Norden des Schwarzen Meers, die das Zarenreich unter Katharina der Großen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erobert hatte. Auch wenn er heute durchaus unterschiedlich gefüllt wird, bildet er doch – darauf hat Marlène Laruelle von der George Washington University hingewiesen – einen zentralen Rahmen für den ultrarechten Flügel der Milizen im Donbass. Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich das Konzept übrigens – das bestätigt Laruelle – nie zu eigen gemacht.

Eine herausragende Rolle spielt für viele ultrarechte Milizionäre im Donbass der extrem rechte russische Ideologe Alexander Dugin, der vor allem für sein spezielles »Eurasien«-Konzept bekannt ist, in welchem er den alten, auch außerhalb Russlands immer wieder vertretenen Gedanken, man müsse ein euroasiatisches Kontinentalbündnis anstreben mit zumindest impliziter Stoßrichtung gegen Großbritannien und vor allem gegen die Vereinigten Staaten, ideologisch überhöht. In seinen Schriften sieht Dugin die euro-asiatischen »Landmächte« in einem unüberwindlichen Widerspruch zu den atlantischen »Seemächten«, wobei er diesen Widerspruch auch auf das Innere der jeweiligen Gesellschaften bezieht: Während sich bei den »Seemächten« der Liberalismus durchgesetzt habe, entspreche den »Landmächten« eine antiliberale Ordnung. »Noworossija« bietet ihm zufolge auch die Chance, im Kampf um »Neurussland« eine »neue russische« Ordnung zu formen; seinen Gegner sieht er vor allem im Kreml, dem er ankreidet, er habe die Milizionäre, die für »Noworossija« kämpften, fallenlassen, weil er von einer »sechsten Kolonne« liberal orientierter Kräfte durchsetzt sei. Dugins »Eurasian Union of Youth« (ESM) hat Kämpfer für das Donbass rekrutiert. Dugins Ideologie ist bei zahlreichen Milizionären populär.

Soldaten Christi

Daneben spielen im Donbass Milizen eine Rolle, die sich in zaristisch-orthodoxer Tradition sehen, etwa die »Russisch-Orthodoxe Armee«. Sie hat die »Noworossija«-Fahne um ein orthodoxes Kreuz erweitert; ihre Kämpfer verstehen sich als »Kreuzritter«, als »Soldaten Christi«, die für ihren Glauben in den Krieg ziehen: »Die Orthodoxie ist die Religion der Starken«, schreibt die »Russisch-Orthodoxe Armee«. Aus der Strömung, für die sie steht, wird zuweilen die Forderung nach Einführung einer Autokratie erhoben; gestritten wird dabei, wie Laruelle berichtet, unter anderem darum, ob es eine Autokratie nach dem Modell der Zarenherrschaft vor oder aber lieber nach 1905 sein soll. Der ultrakonservativ-orthodoxen Strömung wird auch Konstantin Malojefew zugerechnet, ein reicher Geschäftsmann, der die Kämpfe im Donbass unterstützt. In Westeuropa hat er sich vor allem dadurch einen Namen gemacht, dass er Kontakte zur »Freiheitlichen Partei Österreichs« und zum französischen »Front National« unterhält.

Schließlich kämpfen auch offene Faschisten im Donbass – Faschisten aus Russland, die territoriale Zugewinne anstreben und im nächsten Schritt Präsident Putin stürzen wollen, aber auch Faschisten aus Westeuropa. Ein Beispiel bietet eine Reihe von Rechten aus Frankreich, die im Sommer 2014 Schlagzeilen machten: Die französische Tageszeitung »Le Monde« hatte recherchiert, wie sich vier Aktivisten aus dem Umfeld der »Identitären« ins Donbass aufgemacht hatten, um dort mit den Aufständischen gegen die Ukraine zu kämpfen. Wieso? Sie sähen die kontinentalen Landmächte im Machtkampf gegen die atlantischen Seemächte, las man auf ihrer Facebook-Seite – die Anklänge an Dugin, der auch in Westeuropa zunehmend Interesse weckt, waren nicht zu übersehen. An diesem Machtkampf jedoch wollten sie sich in der Ukraine beteiligen, wo er mit Waffen geführt werde, erklärten sie; »Unité Continentale« (»Kontinentale Einheit«), nannten sie ihr Projekt. Auch wenn nicht ganz klar ist, welche Rolle diese Gruppe wirklich spielt: Ihr Gedanke, angelehnt an Russland den USA »ins reinzuwürgen«, ist für die westeuropäischen FaschistInnen im Donbass das einigende Band.

Alte Feindschaften

Polens rechter Rand streitet über den Ukraine-Konflikt

von Filib Schaboński



^ Aufmarsch von AnhängerInnen der »Ruch Narodow«

In Polen verfolgt der rechte Rand mit Argusaugen die Vorgänge in der Ukraine. Die Mehrheit der großen Parteien und die Leitmedien fahren einen strikt antirussischen Kurs und unterstützen die prowestliche Regierung in Kiew. Ganz so eindeutig positionieren sich die Gruppen rechtsaußen jedoch nicht.

So positioniert sich der rechtskonservativ und marktradikal auftretende »Kongres Nowej Prawicy« (»Kongress der Neuen Rechten«, KNP) trotz ausdrücklicher Berufung auf kapitalistische Intellektuelle wie Friedrich von Hayek in außenpolitischen Fragen betont antiwestlich. Der KNP setzt häufig die EU, die UdSSR und das »Dritte Reich« gleich. In der Ukraine-Frage warf KNP-Chef Janusz Korwin-Mikke den USA und der EU vor, sich in innere Angelegenheiten der Ukraine einzumischen. Es werde Kriegshysterie geschürt, nur um sich vor dem Schuldenabbau zu drücken. Hinter dem Engagement des Westens vermuten viele AnhängerInnen und Mitglieder der KNP imperialistische Zwecke.

Streit beim »Ruch Narodowy«

Der »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN), ein Bündnis rechtsradikaler und erzkatholischer Organisationen, kritisiert einerseits die Politik Wladimir Putins, andererseits die Politik des Westens. Die polnische Regierung, so die RN-Führer Robert Winnicki und Krzysztof Boszak, unterwerfe sich Washington und Tel Aviv. Hier zeigt sich beispielhaft der Antisemitismus dieser Bewegung. Auf der Facebook-Seite des RN wird die Haltung der Bewegung zu Russland kontrovers diskutiert. Einige antirussisch eingestellte AnhängerInnen der Bewegung betrachten Putins Politik als Fortsetzung der Politik der UdSSR und lehnen sie daher scharf ab. Die Gegenseite argumentiert, dass für kommunistische Verbrechen hauptsächlich Jüdinnen und Juden und nicht Russen verantwortlich gewesen seien. Der RN dürfe nicht einfach die Thesen westlicher Medien übernehmen; stattdessen äußern sich viele RN-AnhängerInnen solidarisch mit Putin. Antisemitische Positionen vertritt allerdings auch der antirussische Flügel. So wirft die im RN aktive Organisation »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«, MW) der russischen Regierung vor, ebenfalls unter Einfluss Israels und der jüdischen Gemeinde in Russland zu stehen.

Ein anderes Argument gegen die Solidarität mit der Ukraine ist der große Einfluss ukrainischer NationalistInnen auf die neue Kiewer Regierung. Die Ursache dieser Aversion liegt in Ereignissen, die sich während des Zweiten Weltkrieges abspielten. In den Regionen Ostgalizien und Wolhynien eskalierte während der deutschen Besatzung der Konflikt zwischen ukrainischen und polnischen Nationalisten. Die von Stepan Kandera angeführte »Orhanizacija Ukrajinskych Nacionalistiv« (»Organisation Ukrainischer Nationalisten«, OUN) metzelte zwischen 1942 und 1945 bis zu 300.000 Polinnen und Polen nieder. Umgekehrt ermordeten Kämpfer der »Armia Krajowa« (»Heimatarmee«, AK) bis zu 40.000 UkrainerInnen. Für die ukrainischen NationalistInnen, aber auch für prowestliche PolitikerInnen der Ukraine, darunter Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko, ist der für seine antisemitischen und profaschistischen Einstellungen bekannte Bandera bis heute eine Identifikationsfigur. Aufgrund der Verbrechen der OUN lehnt die dem RN angehörende Gruppe »Obóz Narodowo-Radykalny« (»National-Radikales Lager«, ONR), jede Solidarität mit der neuen ukrainischen Regierung ab.

Neuheidnische und autonome NationalistInnen

Ein ähnlich widersprüchliches Bild bietet sich bei neuheidnisch orientierten Gruppen. So verurteilen mehrere Organisationen, darunter die Gruppe »Stowarzyszenie na rzecz Tradycji i Kultury ‚Niklot'« (»Vereinigung für Kultur und Tradition ‹Niklot›«) in einem Manifest das Vorgehen von Putin als friedensgefährdenden »russischen Nationalismus«. Allerdings ist auch im neuheidnischen Milieu die Stimmung nicht einheitlich. Auf dem »Blog Polski«, wurde ein Appell des »Komitet Słowiański« (»Slawisches Komitee«) veröffentlicht und zur Solidarität mit Russland aufgerufen. Dem Westen, insbesondere »USrael«, werden imperialistische Bestrebungen und, ähnlich wie anderen Gruppen, die Unterstützung ukrainischer NationalistInnen wie der »Swoboda«-Partei vorgeworfen. Die antirussisch agitierenden Medien seien von Jüdinnen und Juden finanziert.

Auf Seiten der Ukraine stehen die »Autonomen Nationalisten Polens«. Sie setzen sich für eine stärkere Zusammenarbeit von Polen und der Ukraine ein und fordern ein Ende der Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen. Ausführlich berichten die »autonomen Nationalisten« auf ihrer Homepage über das ukrainische Bataillon »Asow«, in welchem neben ukrainischen Nationalisten auch Kämpfer aus Finnland, Schweden, Italien, Estland und Russland aktiv waren.

**Das Dilemma des Nationalismus:
Gegen den Westen oder gegen Russland?**

In Polen und in ganz Europa sind sich die NationalistInnen uneins über die Haltung, die sie zur Ukraine-Krise einnehmen sollen. Dabei spielt auch das in den verschiedenen nationalistischen Organisationen und Milieus verbreitete Russlandbild eine große Rolle. Ist Russland die Heimat »arischer Brüder« oder Brutstätte »slawischer Untermenschen«? Verteidigt Russland die Werte des Abendlandes vor der Unterwerfung durch »USrael« oder ist der russische Staat selbst eine »postbolschewistische Marionette der Juden«? Je nach historisch-politischem Kontext wird die zunehmend aggressiv-nationalistisch eingefärbte Politik Putins von den Nationalisten entweder als Vorbild und Verheißung oder als Bedrohung empfunden.

NPD-Solidarität mit Syrien

Damaskus. Nach eigenen Angaben reiste der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt vom 3. bis 7. Juni 2015 in Begleitung von Florian Stein, Jens Pühse sowie Vertretern der extrem rechten »Alliance for peace and freedom« (APF) nach Syrien, um Gespräche »mit Regierungsvertretern, Ansprechpartnern der Syrischen Sozial-Nationalistischen Partei sowie Kirchenvertretern und Militärs« zu führen. Laut der »Syria News Press« wurden auch der ehemalige Chef der »British National Party« (BNP), Nick Griffin, und Roberto Fiore vom »Forza Nuova« (FN) empfangen. Dort seien, so Voigt, Dokumente übergeben worden, welche »die Rolle der USA, Saudi-Arabiens und anderer Länder bei der Unterstützung des Terrors in Syrien belegen« würden. Die extrem Rechte wolle sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen das Assad-Regime einsetzen, da man sich gemeinsam gegen die Ausbreitung des »Islamischen Staates« (IS) einsetzen müsse.

Dänemark wählt rechts

Kopenhagen. Bei den Parlamentswahlen in Dänemark am 18. Juni 2015 erlangte die EU-skeptische »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«, DF) 21,1 Prozent der Stimmen und verfügt nun über 37 Sitze im dänischen Parlament. Sie hatte im Wahlkampf einen Asyl-Stopp und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gefordert. Den neuen Ministerpräsidenten stellt die rechtsliberale »Venstre«, die 19,5 Prozent erlangte: Lars Løkke Rasmussen will die Minderheitsregierung anführen. Zusammen hatten die beiden rechten Parteien am 11. Juni 2015 in einer gemeinsamen Erklärung die Unterstützung David Camerons bei dessen Verhandlungen über EU-Reformen angekündigt, insbesondere bei seiner Forderung, Sozialleistungen für andere EU-BürgerInnen einzuschränken. Als erste Amtshandlung legte die neue Regierung einen Gesetzesentwurf für eine Verschärfung des Rechts auf Asyl vor.

Identitäre auf dem Balkon

Wien/Berlin/Hamburg. Etwa 20 Mitglieder der extrem rechten »Identitären« haben am 31. Mai 2015 kurzzeitig den Balkon der EU-Agentur für Grundrechte in Wien besetzt, um gegen »Masseneinwanderung« nach Österreich zu demonstrieren. Dabei hissten sie ihre Fahne und wandten sich mit Flyern und Megaphon-Durchsagen an die Umstehenden, um für einen Aufmarsch am 6. Juni 2015 zu werben. Dort erschienen rund 300 »Identitäre«, die ihre geplante Route aufgrund von Blockaden abkürzen mussten. Im Anschluss an den Aufmarsch unter dem Motto »Stoppt den Großen Austausch« kam es unter anderem zu Aschenbecher- und Besteckwürfen sowie teilweise bewaffneten Übergriffen auf antifaschistische Gruppen und JournalistInnen. Laut der Polizei Wien wurden sechs Personen verletzt, es gab keine Festnahmen. Bereits im letzten Jahr marschierten die »Identitären« in Wien auf. Am 28. Juni 2015 besetzten »Identitäre« für wenige Minuten den Balkon des Willy-Brandt-Hauses in Berlin sowie die SPD-Zentrale in Hamburg. Die Aktion der Gruppen richtete sich gegen Zuwanderung nach Europa. Die Polizei ermittelt wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und Hausfriedensbruchs.

Ungarn weiter rechts

Budapest. Der Umbau von Politik und Gesellschaft wird von der ungarischen Regierung konsequent fortgesetzt. Begleitet von völkischer Rhetorik wurde die Gesetzgebung für Asylsuchende verschärft. Außerdem soll ein Zaun von 175 km Länge zwischen Ungarn und Serbien errichtet werden. Vorab hatte Regierungschef Viktor Orbán mit seinen Gedankenspielen zur Wiedereinführung der Todesstrafe für ablehnende Reaktionen im Europäischen Parlament gesorgt. Die Regierung stellt nicht nur die Weichen für eine autoritäre, rechte Zukunft, auch die faschistische Vergangenheit wird bei jeder Gelegenheit glorifiziert. Nach einem gemeinsamen Termin mit dem ägyptischen Ex-General und derzeitigen Präsidenten Abdel Fatah el-Sisi lobte Orbán die ungarischen Militärs, welche »die Führung des Landes übernahmen. Sie retteten unsere Heimat vor viel Unglück.« eine Bezugnahme auf das Regime von Miklós Horthy zwischen 1920 und 1944. Derweil plant die »Fidesz«-Stadtregierung von Székesfehérvár die Errichtung eines Denkmals für Bálint Hóman, den Minister für »Religion und Bildung« von 1932 bis 1938 und von 1941 bis 1945, der in dieser Funktion die ungarischen Judengesetze mit geplant und umgesetzt hat.

Umdeutung und Relativierung

Zahlreiche Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Bücher und Filme widmen sich ausführlich dem 70. Jahrestag des Kriegsendes in Europa. Der 8. Mai ist als »Tag der Befreiung« mittlerweile auch im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit fest verankert. Bislang weitgehend unbeachtet geblieben sind jedoch die Versuche, mit dem 23. August einen weiteren Gedenktag mit dezidiert »antitotalitärer« Ausrichtung zu etablieren.

von Michael Sturm



^ *Blumen für die Befreier am 8. Mai in Berlin*

Im August vergangenen Jahres veröffentlichten Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und sein ungarischer Amtskollege László Kövér (Fidesz) eine Erklärung, in der sie an den Beginn der »friedlichen Revolution« in den Staaten Mittel- und Osteuropas im Sommer 1989 erinnerten. In diesem Zusammenhang verwiesen sie nicht nur auf die Ereignisse vor 25 Jahren, die das Ende der bipolaren Welt eingeleitet hatten, sondern auch auf die Bedeutung des 23. August 1939. An diesem Datum war der so genannte »Hitler-Stalin-Pakt« unterzeichnet worden, der, wie Lammert und Kövér in ihrer Erklärung hervorhoben, »unseren Kontinent zwischen sowjetischer und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft aufteilte und mit der Teilung Europas als Folge des Zweiten Weltkriegs über mehrere Jahrzehnte tief prägte.« Im Anschluss daran forderten die beiden, den vom Europäischen Parlament zum Gedenktag für die »Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen« deklarierten 23. August stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Tatsächlich hat der im April 2009 auf europäischer Ebene proklamierte Gedenktag in der Bundesrepublik bislang kaum Beachtung gefunden, obgleich der heutige Bundespräsident Joachim Gauck an dessen Etablierung maßgeblich beteiligt war. In dem jungen Gedenktag spiegeln sich tiefgreifende geschichtspolitische Deutungskämpfe, geht es doch um nichts Geringeres als um eine »umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte« unter totalitarismustheoretischen Vorzeichen. Gerungen wird demnach um die Paradigmen einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur, in der die Shoah mit den ‹staatssozialistischen Verbrechen› weitgehend gleichgesetzt werden soll. Ein Deutungsrahmen, der in der Bundesrepublik seinen Ausdruck in der nivellierenden Formel von den »zwei Diktaturen auf deutschem Boden« ebenso gefunden hat wie in der Zählebigkeit der aus der Totalitarismustheorie abgeleiteten Extremismusdoktrin.

Nazismus und Kommunismus – »gleich kriminell«?

Die Initiative, den 23. August zum »Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime« auszurufen, ging vor allem von ostmitteleuropäischen PolitikerInnen aus, deren Länder 2004 der Europäischen Union beigetreten waren.

So insistierte die damalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete anlässlich der Eröffnung der Leipziger Buchmesse im März 2004 darauf, dass »beide totalitäre[n] Regime – Nazismus und Kommunismus – gleich kriminell waren«. Es dürfe demnach »niemals eine Unterscheidung zwischen ihnen geben.« Zwar provozierte ihre Rede heftigen Widerspruch etwa von Samuel Korn, der als Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Eröffnungsveranstaltung demonstrativ verlassen hatte. Der Eklat verdeutlichte aber ganz grundsätzlich die Brisanz der erinnerungskulturellen Konfliktlinien, die nicht erst mit der Erweiterung der EU entstanden waren, sich gleichwohl aber verschärft hatten.

Diese geschichtspolitischen Absichten stehen nicht zuletzt in einem erkennbaren Widerspruch zu der von über 40 Regierungschefs im Januar 2000 unterzeichneten Deklaration des »Stockholm International Forum on the Holocaust«, in der die Einführung eines internationalen »Holocaust-Gedenktages« postuliert wird.

»Prager Erklärung«

Im Juni 2008 schließlich fand in Prag eine internationale Konferenz »Europas Gewissen und der Kommunismus« statt. Der tschechische Senator Martin Mejstřík hatte deren geschichtspolitische Stoßrichtung umrissen: »Solange Europa den Gedanken nicht akzeptieren wird, dass der Nationalsozialismus und der Kommunismus völlig gleichwertige verbrecherische Regime sind, wird es nicht einheitlich sein.« Diesem folgte schließlich auch die abschließend veröffentlichte »Prager Erklärung«, zu deren ErstunterzeichnerInnen der vormalige tschechische Staatspräsident Vaclav Havel sowie Joachim Gauck zählten. Konkret wurde in dem Papier gefordert, den 23. August zum Gedenktag für die Opfer der »totalitären Regime« des Nationalsozialismus und des Kommunismus auszurufen, »auf die gleiche Weise wie sich Europa am 27. Januar an die Opfer des Holocaust erinnert«.

Die »Prager Erklärung« lieferte die Vorlage für eine im September 2008 verabschiedete »Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus«. Die unterschiedlichen Kausalitäten und Hintergründe finden hier keine Erwähnung mehr. Ihre Fortsetzung fand diese »antitotalitäre« Agenda im April 2009, in der von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit angenommenen »Entschließung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus«. In dieser wird nicht nur erneut die Forderung erhoben, den 23. August zum »europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime« zu machen, sondern darüber hinaus zu einer »umfassenden Neubewertung der europäischen Geschichte« zu gelangen. Hierzu soll eine zu gründende »Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas« beitragen.

Indes: Die tatsächliche Implementierung des Gedenktages in die unterschiedlichen nationalen Geschichtskulturen vollzieht sich allenfalls schleppend. Von einer Vereinheitlichung des europäischen Gedächtnisses unter totalitarismustheoretischen Vorzeichen kann gegenwärtig somit nicht die Rede sein. Bislang haben lediglich die baltischen Staaten, Polen, Slowenien und Schweden den 23. August offiziell zu einem Gedenktag erhoben.

Theresienstadt

Nachdem die Deutschen im März 1939 die ehemalige Tschechoslowakei annektiert hatten, errichtete die SS in der früheren Garnisonsstadt Terezín (Theresienstadt) 1940 ein Gestapogefängnis und 1941 ein Lager.

von Margarete Schlüter



Der Weg nach Theresienstadt habe bei niemandem »ruhige Erinnerungen hinterlassen, aber jeder sollte einmal hier gewesen sein. Nicht, um traumatisiert zu werden, sondern sich bewusst zu werden, wozu Menschen fähig sind«. Diese Worte einer Schülerin sind am Morgen des 17. Mai 2015 an der ehemaligen Hinrichtungsstelle in der so genannten »Kleinen Festung« zu vernehmen. Dort wird derjenigen gedacht, die am 2. Mai 1945 während der letzten und größten Hinrichtung im Gestapogefängnis ermordet worden sind: mehrheitlich Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation »Předvoj« (»Vorhut«) und der illegalen KSČ (»Kommunistische Partei der Tschechoslowakei«). Einen Tag später, am 3. Mai 1945, übernimmt das Internationale Rote Kreuz das Lager und das Gestapogefängnis; am 5. Mai verlassen die letzten SS-Leute den Ort, der am 8. Mai von der Roten Armee befreit wird. In dem seit 1940 bestehenden Gestapogefängnis »Kleine Festung« waren diejenigen inhaftiert, die einer Widerstandsgruppe angehörten oder denen so genannte »reichsfeindliche Tätigkeiten«, wie das Hören von Radiosendern der Alliierten, vorgeworfen wurde. Insgesamt 27.000 Männer und 5.000 Frauen waren im Laufe der fünf Jahre Gefangene der Gestapo – viele von ihnen waren tschechische BürgerInnen, die gegen die NationalsozialistInnen aktiv waren. Mindestens 1.216 jüdische Häftlinge saßen im Gestapogefängnis ein, von denen 465 dort starben und 462 in Konzentrationslager deportiert wurden. Theresienstadt diente als Sammel- und Durchgangslager in die deutschen Vernichtungslager im Osten und nahm zudem die Funktion ein, »die Welt über die Absichten des Nationalsozialismus zu täuschen« – den Genozid an den Jüdinnen und Juden. Ungefähr 141.000 jüdische Menschen wurden nach Theresienstadt deportiert. Dort starben 33.500 Menschen, 88.000 wurden in die Vernichtungslager deportiert – 23.000 Inhaftierte wurden gerettet.

Am späten Morgen eröffnen Ehrengarde und Militärkapelle die öffentliche Gedenkfeier auf dem Nationalfriedhof vor der »Kleinen Festung«. Seit 1946 werden hier jedes Jahr am dritten Sonntag im Mai Totenfeiern für die Ermordeten und Verstorbenen abgehalten. Ungefähr 10.000 Menschen sind auf dem Friedhof bestattet – exhumierte Überreste von Häftlingen aus Theresienstadt, dem Gestapogefängnis und dem nahe gelegenen Konzentrationslager in Litoměřice. Militärmusik begleitet die anschließende halbstündige Kranzniederlegung. Dem Zeremoniell wohnen einige wenige Überlebende, VertreterInnen des Staates und jüdischer Organisationen bei sowie Gewerkschaften, Delegierte anderer Nationen und mehrere Hundert BesucherInnen, darunter viele Jugendgruppen.

Tagespolitische Interessen

Gedenkstättenleiter Jan Munk appelliert in einer eindringlichen Rede, dass die Erinnerung an die Toten des Zweiten Weltkrieges in der gemeinsamen Verantwortung liege. Jaroslav Vodička, Vorsitzender der »Czech Freedom Fighters Association«, hebt in seiner Rede hervor, dass im Vergessen der furchtbaren Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges die Gefahr der Wiederholung und der Nachahmung liege. In Bezug auf Konzentrationslager denke er, dass beim »Islamischen Staat« (IS) der Weg zu KZ-Genoziden nicht mehr weit sei. Noch deutlichere Worte findet der Präsident der Tschechischen Republik, Miloŝ Zeman: »Was ist der Unterschied zwischen der Verbrennung eines Menschen in einem Käfig oder der Enthauptung koptischer Christen und den Gaskammern?« Zeman beendet seine Rede, indem er die Anwesenden zum Kampf gegen den IS aufruft, um ein zweites Terezín zu verhindern. Bereits 2011 hatte Zeman MuslimInnen, AntisemitInnen und NationalsozialistInnen gleichgesetzt. Angesichts solcher instrumentalisierender Aussagen fällt es schwer, den Ausführungen und Gebeten des Landesoberrabbiners Karol Sidon und des katholischen Kardinals Dominik Duka zu folgen. Überlebende, die Zeugnis ablegen können von den Schrecken des Lebens in Theresienstadt, kommen leider nicht zu Wort.

Verglichen mit der offiziellen Gedenkfeier ist am Nachmittag eine angemessenere Form des Erinnerns gewählt worden: In der »Kleinen Festung« wird eine neue Ausstellung eröffnet, die den Titel »Czech Art against Fascism and War« trägt. In der früheren Reithalle des ehemaligen Lagers spielt das Orchester »Prague Modern« Stücke von 15 Komponisten, die in Theresienstadt inhaftiert waren und dort musikalisch gewirkt haben. Die erlaubten kulturellen Betätigungen in Theresienstadt waren im Rahmen der Täuschungsabsichten auf unterschiedliche Weise bedeutsam. Beispielhaft hierfür steht die »Verschönerung« des so genannten Ghettos in Vorbereitung eines Besuchs einer Delegation des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes im Juni 1941. Da das Lager heillos überfüllt war, deportierten die Deutschen innerhalb von neun Monaten über 17.500 Menschen nach Auschwitz und ermordeten sie dort. Außerdem schufen die Nazis eine Stadtkulisse, um der Delegation die wahren Lebensumstände zu verbergen. Kurze Zeit nach dem Besuch wurde im August und September 1944 auf Befehl der SS ein Propagandafilm gedreht. Wie auch bei der »Verschönerungsaktion« waren es die Inhaftierten, die Bereiche des Lagers vorzeigbar machen mussten und als ProtagonistInnen dienten.

Leider standen sie, die Überlebenden und die Ermordeten, nur bedingt im Fokus des 70. Jahrestages der Befreiung. Es wurde die Chance vertan, den wenigen überlebenden ZeitzeugInnen eine Stimme zu geben. Stattdessen wurde die Singularität des Holocaust durch antitotalitaristische Gleichsetzungen aufgehoben, um tagespolitische Interessen zu verfolgen.

Tarnname »Nazi-Emi«

Bei der Auswahl seiner Mitarbeiter war der Bundesnachrichtendienst in den 1950er Jahren nicht wählerisch. Mit Johann von Leers führte er einen fanatischen Antisemiten der NS-Zeit als Quelle, der im internationalen Netzwerk der extremen Rechten nach 1945 eine wichtige Rolle spielte.

von Martin Finkenberger

Über seine letzte Lebensstation geriet Johann von Leers schon bald nach seiner Ankunft ins Schwärmen: Im »wundervollen Ägypten«, wo er im Sommer 1956 durch die Vermittlung einflussreicher Funktionäre der »Arabischen Liga« heimisch geworden war, fühle er sich »sehr glücklich«, ließ er einen Gesinnungsgenossen wissen. Angetan zeigte sich der erfahrene Propagandist, der in der »Kampfzeit« der NSDAP zu den engen Weggefährten Joseph Goebbels in Berlin gehört hatte, jedoch weniger von den Kulturdenkmälern am Nil. Seine Lobeshymne stimmte er stattdessen auf das Säbelrasseln seiner Gastgeber während der Suez-Krise an. Unter Staatspräsident Gamal Abdel Nasser nämlich habe sich das Land zum »Bollwerk gegen jüdisch-zionistischen Imperialismus und Geldherrschaft« entwickelt.

Antisemitischer Propagandist

Ob Nasser erfahren hat, wer ihm hier Beifall zollte, ist nicht bekannt. Unstrittig ist dagegen, dass von Leers bis zu seinem Tod 1965 von Kairo aus seine antisemitische Propaganda ungehindert fortsetzen konnte. Dass er dies unter dem wachsamen Blick des amerikanischen Geheimdienstes CIA tat, ist seit vielen Jahren dokumentiert. Belegt ist jetzt allerdings auch, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) von Leers nicht nur beobachtet hat, sondern mehrere Jahre unter der Registriernummer V 12.859,1 mit dem Tarnnamen »Nazi Emi« und »Hannes« als »Politische Quelle« führte. Über seine Weltanschauung bestand beim BND kein Zweifel: »Nationalsozialist«, heißt es lapidar in der Akte über den promovierten Juristen, der sich 1929 der NSDAP angeschlossen hatte.

Seit dieser Zeit profilierte von Leers sich als Redner und Journalist, der mit einer Flut von Zeitungsartikeln und Büchern hervortrat. »Dem Weltfeind an den Kragen«, postulierte er in einem seiner ersten Artikel in Joseph Goebbels Zeitung »Angriff«. Da er zu diesem Zeitpunkt noch zu den Anhängern der Gebrüder Strasser zählte, erklären sich auch seine weiteren Ausführungen, wonach jeder »Sozialist« zugleich »Judengegner« sein müsse. 1936 wurde von Leers, gefördert durch Heinrich Himmler, zunächst Dozent an der Universität Jena. Kurz darauf erhielt er eine ordentliche Professur. Bis Kriegsende publizierte er zahlreiche Propagandaschriften. Die Titel seiner Traktate, in denen er in immer neuen Variationen seine wahnhaften Vorstellungen über eine jüdische Verschwörung gegen die »arische Rasse« wiederholte, waren dabei Programm – von »Forderung der Stunde: Juden raus« unmittelbar nach der Machtübergabe an Adolf Hitler bis zum Pamphlet »Die Verbrechernatur der Juden«, das 1944 im Schatten der »Endlösung« erschien und den Völkermord nicht verhüllte: »Die Stunde der großen Weltentscheidung ist da: für Juda und das Verbrechertum – oder für die Zukunft der ehrlichen Arbeit. Jeder muss wählen, jeder muss sich entscheiden. Es gibt keine Neutralität, wenn es um das Leben aller geht«, erklärte von Leers.

Flucht

An diesem Fanatismus hielt er auch nach 1945 fest. Nach seiner Flucht aus einem amerikanischen Internierungslager und einigen Jahren in der Illegalität setzte von Leers sich im Sommer 1950 nach Argentinien ab. Im Umfeld des dort beheimateten »Dürer-Verlags« und der Zeitschrift »Der Weg«, die zahlreichen völkischen Autoren und unbeirrten Nationalsozialisten eine geistige Heimat boten, knüpfte er an seine frühere Publizistik an. »Die Judenfrage wurde fast zu meinem Hauptstudium«, schrieb er über seine Obsession. 1956 siedelte er mit seiner Familie nach Ägypten über.

Um seine Publizistik, seine uferlosen Korrespondenzen mit Gesinnungsgenossen, vor allem in Nordamerika und Europa, sowie seine Auftraggeber in Kairo ranken sich bis heute zahlreiche Gerüchte. Zeitgenössische Presseberichte enthielten nicht selten groteske Übertreibungen. So berichtete die Wochenzeitschrift »Frankfurter Illustrierte« im August 1957 in schrillen Tönen über einen »SS-Treffpunkt Kairo«, dem ehemalige Angehörige des nationalsozialistischen Terrorapparats angehörten. Gemeinsam mit von Leers bildeten sie »eine Art kleine Filiale des Dritten Reiches« und beteiligten sich am »Aufbau eines ägyptischen Nationalsozialismus«. Der BND verfolgte deshalb unterschiedliche Motive, als er – vermutlich über einen Mittelsmann, der seinen nachrichtendienstlichen Auftrag nicht zu erkennen gab – mit von Leers Kontakt aufnahm. Im Februar 1957 wurde der umtriebige Propagandist als »Politische Quelle« unter dem Tarnnamen »Nazi Emi« in Pullach registriert. Durch eine »mögliche Abschöpfung als uneingewiesene Quelle« erhoffte sich der Geheimdienst Zugang zu Informationen über das weltweite Netzwerk der Antisemiten, in dem von Leers eine Schlüsselstellung einnahm. Ebenso wichtig war dem BND allerdings, Gefahren, die durch den überzeugten Antisemiten selbst drohten, rechtzeitig erkennen zu können. Der Kontakt sei auch unter dem Gesichtspunkt aufgenommen worden, so »über einen der prominentesten Nazis in Ägypten Bescheid zu wissen«, vermerkt der BND in seinen Unterlagen.

»Politischer Fanatiker«

Damit jedoch hatte der Nachrichtendienst den Bock zum Gärtner gemacht. Die fixe Ideenwelt, in der von Leers lebte, war selbst Mitarbeitern des BND nicht verborgen geblieben. Von einer Zusammenarbeit mit ihm hielt sie das aber nicht ab. Schon bald zeigte sich allerdings, dass der Informant die Erwartungen nicht erfüllte, die in ihn gesetzt worden waren. Als Quelle zeichne sich der »politische Fanatiker« durch »völlige Unergiebigkeit« aus, urteilte der BND. Ein Mitarbeiter äußerte sogar die »Befürchtung«, dass es sich »um einen Geisteskranken handeln könnte«. Was wie eine Pathologisierung klingt, die von Leers Agitation verharmlost, entbehrt nicht völlig den Tatsachen. Zwei Herzinfarkte, die



von Leers 1958 erlitt, zeichneten ihn nicht nur körperlich. Auch seine Gedanken waren zunehmend der Wirklichkeit entrückt, wie zahlreiche überlieferte Korrespondenzen belegen. Am 25. November 1959 schaltete der BND von Leers deshalb wieder ab – freilich nur vorübergehend. Aus dem Blick des Geheimdienstes geriet er nämlich nicht. Im Sommer 1961 entwickelte eine Dienststelle, offensichtlich in Unkenntnis der früheren Beziehung zum BND, erneut »Interesse« an von Leers. Seine »Ansprache und Anwerbung« löste allerdings eine kontroverse Diskussion in der Behörde aus. Da der »Verdacht der Geisteskrankheit«, der zuvor zur »Abschaltung« geführt hatte, »sicherheitsmäßig nach wie vor als belastend angesehen« wurde, empfahl ein Mitarbeiter zunächst eine »eingehende Personenklärung«. Suspekt war dem BND weniger, dass von Leers als antisemitischer Überzeugungstäter seine Pamphlete in alle Welt verschickte. In der Hochphase des Kalten Krieges irritierten stattdessen mutmaßliche Kontakte zu »östlichen Gesprächspartnern« und seine Haltung zur Sowjetunion: »Russland bleibt der gegebene Verbündete«, hatte von Leers 1960 einem Gesinnungsgenossen in der Bundesrepublik geschrieben, dessen Korrespondenzen in Abschrift beim BND gelandet waren. Die Bedenkenträger im BND setzten sich jedoch nicht durch. Ausweislich der lückenhaften Unterlagen im Archiv des BND wurde von Leers ein zweites Mal angemeldet – diesmal unter dem Tarnnamen »Hannes«. Obwohl er auch jetzt nur »unbefriedigende Leistungen« zeigte und der BND »keine Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeit« erwartete, schöpfte der Geheimdienst von Leers bis in sein letztes Lebensjahr ab. Eine »Abschaltmeldung« ist erst unter dem Datum 1. Juli 1964 dokumentiert – wenige Monate vor seinem Tod.

Eines solchen Kontakts zu von Leers hätte es freilich nicht bedurft. Über seine Aktivitäten in Kairo war der BND nämlich durch andere Quellen bestens informiert. Dafür sorgte unter anderem der Publizist und Nachrichtenhändler Nikolaus Ryschkowsky (1919 – 1996) in Frankfurt am Main. »Er kennt den Lebensweg des Herrn von Leers bis in die letzte Phase«, berichtete ein Zuträger dem Geheimdienst über diese schillernde Person. Der ehemalige hauptamtliche Funktionär der »Hitler Jugend«, der 1945 den Kampf als »Werwolf« im Untergrund fortsetzen wollte, hatte sich während seiner Internierung vom us-amerikanischen »Counter Intelligence Corps« (CIC) anwerben lassen. Seine Aufgabe bestand darin, für diesen Vorläufer der CIA Einzelpersonen zu überprüfen, wie er in seinen Memoiren erläuterte. Außerdem betätigte er sich als »Verbindungsbeamter« zu, wie er schreibt, »deutschen Behörden«. Spätestens Anfang der 1950er Jahre begann er damit, Informationen über Verbände der extremen Rechten und ihre Aktivisten zu sammeln und auszuwerten. Um seine Arbeit zu tarnen, gab er den Informationsdienst »Studien von Zeitfragen« heraus. Der zumeist sachliche Tonfall seiner Beiträge weckte das Vertrauen zahlreicher Rechter. Sie versorgten Ryschkowsky bereitwillig mit Informationen, weil sie sich eine wohlwollende Berichterstattung über ihre Person und ihr Anliegen erhofften.

Von Leers stellte dabei keine Ausnahme dar. Seit Anfang der 1960er Jahre korrespondierten er und seine Ehefrau mit Ryschkowsky. Ihre politischen Einschätzungen dürften allerdings wenig verwertbar gewesen sein. Was von Leers über »trotzkistische Juden« in der »Sowjetzonenregierung« oder »zionistische Spione« in Parteien der extremen Rechten phantasierte, wirft stattdessen ein bezeichnendes Licht auf seine Ideenwelt. Otto Strasser etwa hielt er nunmehr für einen »Agenten im Dienste der Juden« und Joseph Goebbels für einen »Jesuiten«. Aufschlussreich waren allenfalls Ausführungen über die Lebensumstände der Familie, die in Kairo in prekären finanziellen Verhältnissen lebte.

»Entnazifizierungsgauner«

Dies erklärt auch, weshalb der BND zwar Informationen über von Leers sammelte, ihn als Quelle aber weitgehend ungenutzt ließ. Er sei »verbittert, kränkelnd und nach einer Gehirnblutung hysterisch-verkrampft«, urteilte ein Beobachter 1962. Tatsächlich war von Leers nach den beiden Herzinfarkten in seinem Aktionsradius deutlich eingeschränkt. Umso mehr zeigte der Geheimdienst dagegen Interesse an der Tochter, die »über ausgezeichnete Verbindungen in Diplomatenkreisen« in Kairo verfüge. Durch ihren langen Aufenthalt in Argentinien und Ägypten beherrschte sie zudem Spanisch und Arabisch. »Ich weiß nicht, ob Sie in irgendeinem (sic!) Ihrer Unternehmungen Verwendung für die Dame haben«, setzte sich ein Gewährsmann des BND für die Tochter ein, die Anfang 1964 in die Bundesrepublik zurückgekehrt war. Später entwickelte ein Mitarbeiter in Pullach sogar einen detaillierten Plan, wie der BND eine direkte Ansprache vornehmen solle, um sich ihrer Mitarbeit zu vergewissern. Das Vorhaben wurde allerdings nicht in die Praxis umgesetzt.

Verglichen mit NS-Verbrechern wie Walther Rauff oder Klaus Barbie, die in den 1950er Jahren ebenfalls vom BND und seinem Vorläufer angeworben worden waren und gegen Bezahlung Aufträge ausführten, ist von Leers eine Randfigur. Im Gegensatz zum Erfinder der mobilen Gaswagen (Walther Rauff) oder dem »Schlächter von Lyon« (Klaus Barbie) stand er nach 1945 weder auf einer Fahndungsliste noch suchte er die Anonymität. Im Gegenteil: Seine Propaganda setzte er, von den Medien nicht nur in der Bundesrepublik aufmerksam beobachtet, ungeschmälert fort. Befremdlich mutet an, dass ausgerechnet »Der Spiegel« im November 1958 einen seiner Leserbriefe veröffentlichte, in denen er sich über »Millionen faulpelzender und schiebender Juden« ausließ und diese als »Entnazifizierungsgauner« beschimpfte. Dass der BND dennoch versuchte, sich der Mitarbeit dieses Antisemiten zu versichern, wirft eher ein Licht darauf, wie skrupellos der BND bei der Auswahl seiner Zuträger vorging.

Volles Programm

Seit Jahren ist Tommy Frenck ein wichtiger Aktivist und Organisator der Neonaziszene in Südthüringen. Der Bewegungsunternehmer baut nun in einem alten Gasthof einen neuen Treffpunkt auf und veranstaltet erfolgreich RechtsRock-Konzerte.

von Walther Fisch



^ *Tommy Frenck*

Als der Neonazi Tommy Frenck am 16. März 2015 die Bühne der Kundgebung von »SÜGIDA« (»Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes«) in Suhl betrat, wurde schnell klar, dass er nicht zu den begabtesten Rednern der Szene gehört. Sein Auftritt wirkte einstudiert, er wiederholte mehrfach dasselbe rhetorische Muster in seiner Rede: »Unsere Kinder dürfen jetzt von Kopftuchlehrern … öhm … ja … unterrichtet werden. Sauerei, oder? Wollen wir Kopftuchlehrer an unseren Schulen?«. Die anwesenden Neonazis und wenigen »besorgten Bürger« brüllten ihm ein lautes »Nein« entgegen. Doch sein fehlendes Redetalent dürfte dem 1987 in Suhl geborenen Frenck kaum Sorgen bereiten. Sein Feld ist weniger der öffentliche Auftritt oder die intellektuelle Arbeit. Vielmehr ist er Aktivist, Organisator und Bewegungsunternehmer. Egal ob Aufmärsche, »Zeitzeugen«-Gespräche mit Altnazis, RechtsRock-Konzerte oder sein Versandhandel – Frenck bedient über die Grenzen Thüringens hinaus die Neonaziszene mit allem, was zur Subkultur und ideologischen Festigung gehört. Ein großes und unübersehbares Tattoo am Hals zeigt seine Verbundenheit zur Szene: »Aryan«.

Kommunalpolitiker

Im Süden Thüringens gehört Frenck seit mehr als zehn Jahren zum festen Bestandteil der Neonaziszene, er war in zahlreichen Organisationen aktiv. Bereits 2006 leitete der gelernte Koch im Alter von 19 Jahren als Kreisvorsitzender den Verband der NPD Hildburghausen-Suhl mit rund 60 Mitgliedern. Schon damals galt er in der Region, besonders im Landkreis Hildburghausen, als zentrale Figur der Szene. Er versuchte auch durch die Gründung von Vereinen gesellschaftlich Fuß zu fassen. So wurde er 2007 stellvertretender Vorsitzender des Neonazi-Vereins »Sportgemeinschaft Germania e.V.« in Hildburghausen. In der Szene gehörte Frenck über Jahre zu den Verbündeten des damaligen Kreisvorsitzenden der NPD Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus. Im Machtkampf der Thüringer NPD 2008 hatte sich Frenck auf dessen Seite geschlagen, als dieser den Vorsitz des Landesverbandes anstrebte. Auch nachdem Trinkaus gescheitert war und aus der NPD ausgeschlossen wurde, hielt Frenck ihm die Treue. Er baute Anfang 2009 in Konkurrenz zur NPD die WählerInnen-Vereinigung »Bündnis Zukunft Hildburghausen« (BZH) mit auf, die bei der Kommunalwahl im Juni 2009 auf Anhieb mit 2,1 Prozent der Stimmen einen Sitz im Kreistag von Hildburghausen erringen konnte. Gemeinsam organisierten Frenck und Trinkaus in Südthüringen unter anderem Flugblattaktionen oder im Juni 2010 den »Thüringentag der DVU« unter dem Motto »Unsere Jugend ist national, sozial, sozialistisch und freiheitsliebend« in Hildburghausen. 2009 ließ sich Frenck dann auch als Beisitzer in den Bundesvorstand der Jugendorganisation der damaligen DVU, »Die Junge Rechte«, wählen. Spätestens als Ende 2012 Trinkaus als früherer Spitzel des Thüringer Inlandsgeheimdienstes enttarnt wurde, endete jedoch die politische Freundschaft. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnte das BZH sein Ergebnis auf 3,4 Prozent steigern und seinen Sitz im Kreistag halten. Seit 2009 nimmt Frenck das Mandat wahr.

»Division Thüringen«

Seit 2014 hat Frenck seine Rolle als Bewegungsunternehmer immer weiter ausgebaut. Mittlerweile tritt er nicht nur als Organisator von RechtsRock-Events auf, sondern auch mit einem eigenen Vertrieb für jegliche Art von rechter Kleidung und Musik. Gewiss dürfte die Wahl des Shop-Namens »Druck 18 Werbetechnik« kein Zufall gewesen sein. Sein Shop ähnelt anderen Versandangeboten: Neben Szene-Shirts, Fahnen und einschlägiger Musik vertreibt der Thüringer auch Teleskopschlagstöcke

und Pfefferspray. Für Kinder sind die passenden Shirts mit der Aufschrift »Arisches Kind« zu haben. Neben den einschlägigen Kleidungsstücken und Aufklebern reagiert Frenck aber auch immer schnell auf aktuelle Trends. In der Neonaziszene verbreiteten sich seine T-Shirts mit der Aufschrift »Division Thüringen« oder »Division Sachsen« in den letzten Monaten rasch. Es gibt kaum ein Bundesland, das Frenck nicht mit den entsprechenden Shirts beliefern kann. Und auch auf die zunehmende rassistische Hetze gegen Flüchtlinge reagierte Frenck mit seinem Angebot umgehend. In der Kategorie »Propaganda« seiner Website finden sich Aufkleber mit der Aufschrift »Refugees not welcome« oder »Bitte flüchten Sie weiter«. Die Aufkleber aus seinem Shop wurden unter anderem an der Tür eines Flüchtlingsheimes in Hofheim im Main-Taunus-Kreis gefunden, kurz bevor Unbekannte mit einem Luftgewehr mehrere Schüsse auf die Unterkunft abgaben. Der selbst wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte Neonazi Frenck kommentierte die Berichte auf Facebook wie üblich zynisch: »An allem ist immer der Tommy schuld ...«. Neben den von ihm offensichtlich selbst produzierten Materialien vertreibt er über seinen Shop auch Kleidung der Marke »Ansgar Aryan«, für die der Oberpfälzer NPD-Funktionär Patrick Schröder verantwortlich ist. Schröder und die Models des Labels gehören zum engen Umfeld des Südthüringers. Schröder und Frenck treten nicht nur in geschäftlicher Verbindung miteinander auf, sondern auch im aktionistischen Feld der Szene. So waren die beiden nicht nur bei dem neonazistischen Ableger von »PEGIDA« in Südthüringen »SÜGIDA« immer wieder zusammen unterwegs, sie arbeiten auch bei der Organisation von RechtsRock-Konzerten eng zusammen.

RechtsRock in Südthüringen

Ende Juli 2014 postete Frenck ein Bild von sich und Schröder vor dem Landratsamt Hildburghausen und versah es mit der Frage »Was hecken wir hier wohl gerade für euch aus?« Der Neonazi weiß genau um die Wirkung solcher Posts, nicht nur für seine AnhängerInnen, sondern auch für seine politischen GegnerInnen: Provokation als Teil der Inszenierung. Wenig später wurde klar, dass die beiden Nazi-Kader für den 23. August in Südthüringen ein RechtsRock-Konzert mit verschiedenen Bands und Rednern organisierten. Beteiligt war daran auch Axel Schlimper, ein Funktionär der antisemitischen und rassistischen »Europäischen Aktion«. Auf dem Programm standen unter anderem die Bands »Nahkampf«, »Nordglanz«, »Confident of Victory« und »Terroritorium«. Doch der erste Anlauf zu dem RechtsRock-Open-Air im südthüringischen Leimrieth war zunächst nur von geringem Erfolg geprägt. Lediglich 300 Neonazis reisten an. Die von Frenck und Schröder organisierte Nachfolgeveranstaltung knapp ein Jahr später, am 23. Mai 2015, wurde dagegen ein voller Erfolg. Rund 1.500 Neonazis aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Polen und Russland kamen zum »Rock für Meinungsfreiheit« nach Hildburghausen. Wie schon der Vorgänger fand auch dieses Event in einem großen Festzelt statt, was das Konzert von anderen RechtsRock-Konzerten unterscheidet. Ein weiterer Unterschied dürfte zweifelsohne der durch die Versammlungsbehörde genehmigte Konsum von Alkohol gewesen sein. Auch wurde die Veranstaltung mit keinem nennenswerten Protest konfrontiert. Damit fand eines der größten RechtsRock-Konzerte der letzten Jahre in der Bundesrepublik in Hildburghausen statt. Neben »Sleipnir«, »Faust« und »Ahnenblut« spielten auch »Killuminati« und »Überzeugungstäter«. Die Redner auf der Veranstaltung kamen aus unterschiedlichen Spektren der Szene. Mit David Köckert aus Greiz und Alexander Kurth aus Leipzig waren sowohl Vertreter der NPD als auch von der Partei »Die Rechte« als Redner angekündigt.

Immobilienerwerb

Ende Januar 2015 wurde bekannt, dass Frenck eine Gaststätte im Ort Kloster Veßra nahe Hildburghausen erworben hatte. Für 80.000 Euro kaufte der gelernte Koch den Gasthof »Goldener Löwe«. Der vormalige Besitzer hatte die Gaststätte aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben, Frenck sei der einzige Kaufinteressent für das Haus gewesen. Die politischen Einstellungen des Käufers seien dem Vorbesitzer egal gewesen. Der Kaufvertrag war im Dezember 2014 unterschrieben worden. Im Vorfeld des Immobilienerwerbs hatte Frenck mehrfach mit Provokationen und Desinformationen gearbeitet. So kündigte er nicht nur den Kauf eines Hauses an, sondern postete bei Facebook auch Anzeigen von Immobilien in der Region, um offenbar Verwirrung zu stiften. Im Februar 2015 teilte die Gemeinde mit, dass sie von ihrem Vorkaufsrecht für den Gasthof Gebrauch machen wolle, um die Ansiedlung des Neonazis zu verhindern. Doch der Ausgang des Verfahrens ist bisher offen. Frenck reagierte auf die Nachricht erneut mit einer Provokation und ließ über Facebook verlauten: »Und da die Gemeinde ja denkt, sie müsse mich herausfordern, wird es jetzt jede Woche coole Veranstaltungen und weitere Überraschungen geben!«

Drohungen

Und in der Tat: Die Zahl der Veranstaltungen, die Frenck nun in der Gaststätte organisierte, war enorm. Egal ob »Deutscher-Stammtisch-Abend«, ein Vortrag der »Europäischen Aktion«, ein »Balladenabend mit Lunikoff« oder ein Konzert der rechten Hooliganband »Kategorie C« – Frenck sorgte nahezu wöchentlich mit einschlägigen Veranstaltungen für volles Programm. Der »Goldene Löwe« schien schnell zu einem der wichtigsten neuen Veranstaltungsorte der Neonazis zu werden. Vorerst gestoppt wurde das Treiben Frencks Ende Juni 2015, als das Landratsamt Hildburghausen ihm aufgrund einer maroden Sickergrube die weitere Nutzung des Gasthofes untersagte. Der neue Eigentümer müsse geltende Vorschriften erfüllen, teilte das Amt mit. Der Neonazi-Gastwirt kündigte daraufhin juristische Gegenwehr an und initiierte innerhalb weniger Tage eine Solidaritätskampagne inklusive eines eigens entworfenen T-Shirts. Gleichzeitig drohte er mit Konsequenzen im Falle einer Schließung des Hauses: »Wie dem auch sei, egal was ihr euch noch aus dem Hut zaubert, weder mich noch den ‹Goldenen Löwen› bekommt ihr kaputt! (…) Für jeden geschlossen Tag wird es dafür in diesem Jahr noch eine Veranstaltung geben. Ihr habt damit also nicht´s gekonnt«, schrieb er auf Facebook. Auch wenn Frenck die Gaststätte derzeit bis zu einer Sanierung der Abwasserentsorgung nicht betreiben darf, befindet sich dort dennoch der Verkauf seines Vertriebes und sorgt so weiter für Einnahmen aus der Szene für die Szene. Südthüringen wird durch die Aktivitäten von Frenck weiter eine Schwerpunktregion von Neonazis sein.

Hass-Fest für die ganze Familie

Zum 5. Mal lud am 13. Juni 2015 die NPD Eichsfeld ins thüringische Leinefelde zum »Eichsfeldtag«.

von Silke Heinrich

Das Neonazi-Fest mit Rednern, Live-Bands, Kinderbetreuung und Verkaufs- und Infoständen ist ein fester Bestandteil im thüringischen Veranstaltungskalender. Nach dem Aus des »NPD-Thüringentages«, der 2013 letztmalig stattfand und dem Niedergang des ehemals größten thüringischen RechtsRock-Events »Rock für Deutschland«, das 2014 lediglich noch circa 300 TeilnehmerInnen mobilisierte, sind auch beim Eichsfeldtag die BesucherInnen-Zahlen leicht rückläufig.

Geschätzte 500 Neonazis kamen, um sich den Samstagnachmittag bei Bratwurst, RechtsRock und Politik zu vertreiben. In seiner Größe reicht die Veranstaltung nicht an reine Musik-Festivals, wie kürzlich in Hildburghausen, heran. Vielmehr bietet der Eichsfeldtag das Gesamtpaket für die ganze Familie. Bereits in den vergangenen Jahren war der Anteil an Familien mit Kindern unverhältnismäßig hoch gewesen. Und auch 2015 vergnügten sich wieder Kinder jeden Alters zwischen Hüpfburg, Bühne und Verkaufsständen bei verschiedenen Spielen und Aktivitäten. Organisator Thorsten Heise, früher Führungskader der verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), ist mittlerweile stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und selbst Vater von drei Kindern.

Ein hoher Metallstrebenzaun begrenzte den Veranstaltungsplatz. Dieser war mit zahlreichen NPD-Bannern von der letzten Wahl behängt, die nach außen als Sichtschutz gegen die unliebsame Öffentlichkeit wirkten. »Eltern stärken« stand auf vielen von ihnen, »Kindergärten statt Asylheime« oder »Globalisierung stoppen« auf anderen.

Die Besucher und Besucherinnen trugen ihre Gewaltaffinität auf ihren T-Shirts offen zur Schau. Schon die Ordner am Einlass und auf dem Gelände, Angehörige regionaler Kameradschaften, trugen einheitliche T-Shirts, auf denen schon von weitem zwei gekreuzte Stabhandgranaten unter dem Schriftzug »Arische Bruderschaft« zu erkennen waren. Eine Einlasserin trug die Aufschrift »Zahnfee« über der Abbildung eines großen pinken Schlagrings. Ein Mann mit der T-Shirt-Aufschrift »Abschiebespezialist« schob einen Kinderwagen, ein anderer mit der Forderung »Keine Gnade für Kinderschänder!« passte auf zwei halbwüchsige Mädchen und einen Jungen auf.

Auch wenn der von der Stadt zur Verfügung gestellte Platz während des Auftakts mit dem Liedermacher Frank Rennicke noch leer wirkte, füllte er sich im Laufe des Nachmittags doch zunehmend mit Männern, Frauen und Kindern. Der als »Urgestein« und »Fels in der Brandung« angekündigte 50-Jährige ließ seinen Liedern immer wieder lange Tiraden gegen die Presse, gegen Linke und die BRD im Allgemeinen folgen: »Die Bundesrepublik mit allem, was hier rumläuft, ist ein großer Haufen Scheiße (...). (Sie) ist das, was die DDR war – ein Staat der untergeht. (…) Das Schöne ist, wir werden es alle erleben, wir sind dabei.«

Programm

Während der Rede des NPD-Landesvorsitzenden Tobias Kammler durften Medien-VertreterInnen offiziell auf den Versammlungsplatz. Umringt von Ordnungsbehörde und Polizei sowie einer Traube von Neonazi-Ordnern war es den JournalistInnen dabei lediglich erlaubt, von einem bestimmten Standpunkt aus in Richtung der Bühne zu blicken und zu fotografieren. Die hanebüchene Begründung der Ordnungsbehörde lautete, dass sämtliche andere Aktivitäten – die Verkauf- und Infostände ebenso wie Hüpfburg und sonstiges Treiben nicht unter das Versammlungs-, sondern unter das Gewerberecht fallen und somit dem öffentlichen Interesse entzogen seien.



^ *Eichsfeldtag*

Es folgten weitere Redner wie der Greizer David Köckert (NPD, Thügida, Sügida). Er beschwerte sich über die hebräische Aussprache seines Namens in der Anmoderation, grenzte sich von »Werbefachmann« Lutz Bachmann und PEGIDA ab und fabulierte später, dass bald »Deutschland endlich wieder frei sein« werde. Der Trierer Safet Babic (NPD) forderte in seiner rassistischen Rede: »Scheinasylanten nach Uganda (…) als Fachkräfte für Baumwoll- und Bananenpflücken« und lobte den syrischen Diktator Assad dafür, dass dieser in der Vergangenheit »Flüchtlinge von Europa ferngehalten hat, indem er die Schiffe vor der syrischen Küste einfach im Meer versenkte.« Und Axel Schlimper von der »Europäischen Aktion« konstruierte eine Kausalkette, in der die jetzige »Überfremdung« Folge der »Besatzerpolitik von 1945« sei, mit dem Ziel, eine sogenannte »Neue Weltordnung« zu errichten.

Immer wieder wurde das Publikum von der Bühne aus zu Provokationen aufgerufen. Jens-Uwe Arpe, Sänger der mittlerweile im sachsen-anhaltinischen Burgenlandkreis beheimateten Band »Kraftschlag«, bedauerte gleich zu Beginn seines Auftritts, dass sie aufgrund ihrer Texte fast nur im Ausland spielen können. »Trotz Verbot nicht tot!« ist das Credo der Band aus dem Umfeld der verbotenen »Blood & Honour«-Organisation. Arpe sagte, dass »Kraftschlag« auch hier nicht alle eingereichten Lieder und Passagen singen dürfe. »Aber das könnt ihr ja machen!« und »Vergesst euren Teil nicht!« forderte er sein Publikum auf. Musikalisch rundeten der kanadische Liedermacher David Allan Surette (»Griffin«) sowie der ehemalige »Landser«-Sänger Michael Regener mit seiner »Lunikoff-Verschwörung« das Programm ab, das auch die Kleinsten auf den Schultern oder an den Händen ihrer Eltern verfolgen konnten.

Bedeutung

Heise schaffte mit dem Eichsfeldtag ein Event, das Neonazis aus NPD und »Die Rechte« sowie aus parteiungebundenen Strukturen und subkultureller Szene demonstrativ einen soll. Info- und Verkaufsstände spiegeln das gesamte Spektrum der Kameradschafts- und Parteienszene wider. Zudem wird auf derartigen Familienfesten öffentlich deutlich, welchen Einfluss gefestigte Neonazis auf die folgende Generation haben. Der Eichsfeldtag gibt einen kleinen Einblick in die Lebensrealität von Neonazi-Familien mit Kindern, denen mit viel ‹Heimatliebe› vermittelt wird, dass Gemeinschaftsidylle notwendigerweise mit Abgrenzung und ideologischem Hass einhergeht.

Sudetendeutsche

Revanchistische Gruppen wehren sich gegen den so genannten »Eigentumsverzicht« in der geänderten Satzung der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«. Beim »66. Sudetendeutschen Tag« in Augsburg wollten sie nun die Konfrontation suchen.

von Robert Andreasch und Lara Schultz



^ *Felix Vogt Gruber*

Zu den Zielen der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL), so dokumentiert es die Satzung seit den 1950er Jahren, gehörten bisher die »Wiedergewinnung« der Heimat (§ 3c) und die »Rückgabe« des konfiszierten »Eigentums der Sudetendeutschen« (§ 3d). In der »Sudetendeutschen Bundesversammlung«, dem obersten Organ des Vertriebenenverbands, folgten am 28. Februar 2015 in München 71 Prozent der Versammelten dem SL-Vorsitzenden Bernd Posselt und beschlossen eine Satzungsänderung. Darin wird eine »Mitverantwortung« der Sudetendeutschen »für die Verfolgung und Ermordung von Sudetendeutschen und Tschechen, die dem nationalsozialistischen System missliebig waren, sowie für den Holocaust an den Juden in Böhmen, Mähren und Sudeten-Schlesien« eingestanden. Zentrale Ziele des Verbands seien nun eine »grenzüberschreitende Zusammenarbeit« und »Partnerschaft mit den Tschechen«.

Posselt zog mit der Neuausrichtung die Konsequenzen aus Überalterung und personeller Auszehrung seines Verbands. Die Zukunftsfähigkeit der SL soll – wie eine ebenfalls am 28. Februar 2015 beschlossene »Grundsatzerklärung« bekräftigt – durch die Einladung der »jungen Generationen und aller Interessierten« gesichert werden, die sich statt der »Wiedergewinnung der Heimat« nun dem Erhalt der sudetendeutschen Kultur widmen. Aus der Politik bekommt Posselt Rückenwind: Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer lobte die Satzungsänderung in der »Prager Zeitung« als »wahrhaft historisch und einen großen Schritt in Richtung Zukunft«. Viele Gliederungen der »sudetendeutschen Volksgruppe«, darunter auch die »Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich« (SLÖ), bekämpfen dagegen den Modernisierungskurs der SL-Spitze.

Der revanchistische »Witikobund« um den Bundesvorsitzenden Felix Vogt Gruber (Gundelfingen) und dessen Stellvertreter Johann Slezak (München) forderte bereits im November 2014 in einer Resolution, »die Restitutionsforderungen der Vertriebenen ernst zu nehmen (...). An Diebesgut kann kein rechtmäßiges Eigentum erworben werden«.

Die »Witikonen« sind innerhalb der sudetendeutschen Landsmannschaft in führender Stellung aktiv. Reinfried Vogler (Kronberg), der aktuelle Präsident der SL-Bundesversammlung, war in den 1980er Jahren selbst Bundesvorsitzender beim Witikobund, Felix Vogt Gruber und Johann Slezak wirken aktuell als Bezirksobmänner bei der SL Schwaben beziehungsweise Oberbayern. Der »Witikobund«-Aktivist Ingolf Gottstein (Mönchengladbach) beantragte beim Vereinsgericht in München, die Satzungsänderung nicht eintragen zu lassen. Der Bundesvorstand der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« untersagte im Gegenzug dem »Witikobund« die Durchführung einer Veranstaltung auf dem »66. Sudetendeutschen Tag« am 23./24. Mai 2015 in Augsburg. Wegen »mangelnder Abgrenzung zum Rechtsextremismus« wurde der »Gesinnungsgemeinschaft«, die im letzten Jahr dort noch den rassistischen und homophoben Autoren Akif Pirincci auftreten ließ, erstmals auch ein Infostand und die Verteilung von Infomaterial verboten.

Auch beim Festakt in den Augsburger Messehallen dominierten dann neue Töne: Wo in den letzten Jahren beispielsweise die damalige bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer gegen die »Vertreibung« vom Leder zog, erinnerte nun ihre Nachfolgerin Emilia Müller zuerst an die Befreiung der Konzentrationslager vor 70 Jahren. Doch die vorgebliche Neuausrichtung hat ihre Grenzen: Der SL-Vorsitzende Bernd Posselt bezeichnete auf der Auftaktveranstaltung Reinfried Vogler betont freundlich als den »lieben Reinfried«. Auf dem offiziellen Bücherstand gab es auch 2015 revanchistische und revisionistische Literatur, zum Beispiel »Das tschechisch-deutsche Drama« von Gerd Schultze-Rhonhof oder Alfred E. Zips' »Kriegsursachen-Kriegsschuld« aus dem extrem rechten »Klosterhof-Verlag«; »Kirche in Not« agitierte gegen die »Gender-Ideologie«.

In der letzten Hallenecke hatten »Witikobund« und die »Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Lehrer und Erzieher« um Hans Mirtes ihre kargen Stände aufgebaut und diese »Gasse der Wahrheit« getauft. Die SL-Landesverbände Sachsen und Saarland, die SL-Bezirksgruppen in Oberbayern und Schwaben sowie Einzelpersonen wie der frühere Limburger Bischof Gerhard Pieschl organisierten als »Bündnis zur Wahrung sudetendeutscher Interessen« eine Unterschriftensammlung gegen den »verordneten Verzicht« auf die »geraubte Heimat Sudetenland«. Der »Witikobund« rief dazu auf, sich in der »Gasse der Wahrheit« am Samstag um 15 Uhr zu einer Protestaktion zu versammeln, auch die SL-Bezirksgruppe Oberbayern kündigte an, man würde »unübersehbar in Erscheinung treten«. Einzelne »Witikonen« liefen zwar in den Messehallen umher, aber als die Stunde gekommen war, stellten sich nur Einzelne zum wartenden Felix Vogt Gruber. Eine Protestaktion fand nicht statt. Dafür verteilten Unbekannte die Erfurter Nazizeitschrift »Die Rundschau« an verschiedenen Stellen in der Halle.

Nach der Abstimmungsniederlage in der Sudetendeutschen Bundesversammlung wurde damit erneut eine Mobilisierungsschwäche der offen revanchistischen Kreise innerhalb der SL deutlich. Auf juristischer Ebene errangen sie dagegen Ende Mai einen Etappensieg: Das Amtsgericht München erklärte die Änderung des Vereinszwecks der Sudetendeutschen Landsmannschaft für unwirksam, weil sie nicht mit Dreiviertelmehrheit beschlossen wurde.

Gute AfD Böse AfD

Der Flügelstreit ist ein Charakteristikum der »Alternative für Deutschland«. Spaltungsvorwürfe und Parteiausschlussverfahren machten vor dem Bundesparteitag die Runde. Wirtschaftsliberale und Nationalkonservative boten sich ein Duell um die Vorherrschaft, was in den Medien ein Zerrbild der Partei erzeugte.

von Sören Frerks

Mit den parteiinternen Kämpfen um den Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) und der Austrittswelle nach der Abwahl von Parteichef Bernd Lucke hat der Richtungsstreit einen neuerlichen Höhepunkt erreicht. Zuvor versuchten beide Flügel mit allerlei taktischen Manövern, ihre AnhängerInnen hinter sich zu vereinen und gegeneinander in Stellung zu bringen.

Die Inszenierung des Machtkampfes

Der von den zwei ostdeutschen Landtagsfraktionen in Sachsen und Brandenburg angeführte rechte Flügel ließ in den Monaten vor dem Bundesparteitag im Juli keine Gelegenheit aus, um Lucke zu attackieren und ging dabei von der Verteidigung zum Angriff über. Forderte die damalige sächsische AfD-Chefin und jetzige Bundesvorsitzende Frauke Petry im Streit um die Parteiführung eine dauerhafte Doppelspitze mit Lucke, reagierte sie im Mai auf dessen Initiative »Weckruf 2015« mit der Forderung nach einem Ausschlussverfahren gegen alle Unterzeichnenden. Der stellvertretende Parteivorsitzende und Chef der AfD in Brandenburg, Alexander Gauland, sprang Petry zur Seite. Auf einem Parteitag der Hessen-AfD stimmte er die Anwesenden ein: »Wir brauchen den liberalen Flügel, aber ohne Bernd Lucke«, um ihn zur ‹persona non grata› zu erklären. Nachdem Hans-Olaf Henkel im April zunächst vom stellvertretenden Bundesvorstand zurückgetreten war, wollte Gauland von einer Spaltung der Partei noch nichts wissen, doch vor dem Essener Bundesparteitag ließ er dann das Gegenteil verlautbaren. Umgekehrt wies Lucke die Anschuldigungen gebetsmühlenartig zurück. Spaltungstendenzen und Ausschlussforderungen wurden sich gegenseitig zugeschoben und die Konnotation war davon abhängig, welches Lager gerade den Angriff oder die Verteidigung inszenierte.

Nationalkonservative als skandalträchtige »Avantgarde«

Das Gleiche gilt für Björn Höcke, der als Vorsitzender der Thüringer Landtagsfraktion zu den »Neuen Rechten« im nationalkonservativen Flügel zählt. Er hat sich durchaus den Status eines Skandalpolitikers erworben. Im März wurde öffentlich, dass Höcke unter dem Pseudonym »Landolf Ladig« in NPD-Zeitschriften publiziert haben soll. Er selbst dementiert dies, weigert sich aber, juristisch gegen die Behauptung vorzugehen.

Zwei Monate später sprach er sich dafür aus, NPD-AnhängerInnen nicht per se als »extremistisch« einzustufen und damit früheren Mitgliedern einen Eintritt in die AfD zu ermöglichen. Außerdem habe Höcke in einer E-Mail an einen Parteikollegen gefordert, die Paragraphen 86 und 130 zur Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und zur Volksverhetzung aus dem Strafgesetzbuch zu streichen: »Wir brauchen keine Begriffstabuisierung, keine Antidiskriminierungsgesetze und keine politische Strafjustiz. Hinfort damit – und zwar schnell.« Anfang Juli wurde ihm dann die Immunität entzogen, da er Scheingehälter abgerechnet haben soll.

Bisher sind wegen seines Kurses drei Abgeordnete aus der AfD-Landtagsfraktion ausgetreten und Lucke wollte Höcke mit einem Amtsenthebungsverfahren loswerden. Die Retourkutsche folgte umgehend. Wenig verklausuliert drohte er, es würde ihn nicht wundern, wenn »Parteiausschlussverfahren gegen Bernd Lucke oder Hans-Olaf Henkel angestrengt würden«. Der Thüringer AfD-Chef wähnt sich sicher im Amt und schärft seine Position im eigenen Lager. Mit der »Erfurter Resolution«, die auch Gauland unterzeichnete, institutionalisierte Höcke im März die nationalkonservative Strömung als »Der Flügel« und dementierte seinerseits jegliche Spaltungsvorwürfe. In dem Papier wird die AfD zur »Bewegung unseres Volkes« gegen »Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit« und zur »Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands« erklärt. Auf dem »Kyffhäusertreffen« Anfang Juni schwor Höcke die AnhängerInnen vor dem Bundesparteitag nochmals ein: »Wir sind die Avantgarde dieser Partei« schallte es von der Bühne. Unter den Gästen auch Andreas Lichert vom »Institut für Staatspolitik« und der neurechte Verschwörungstheoretiker Jürgen Elsässer.

Eine Alternative zur Alternative?

Nach dem Sieg von Petry und Gauland in Essen wird eines deutlich: Die Nationalkonservativen setzten im Machtkampf auf eine Strategie der Abgrenzung. Doch nach den Austritten von Lucke, Henkel sowie weiteren 2.000 Mitgliedern und der angekündigten Gründung einer neuen wirtschaftsliberalen Partei, dürfte die jetzige AfD wenig Aussicht auf eine breiter werdende AnhängerInnenschaft haben. Petry wird als neue Parteivorsitzende perspektivisch auf Kompromisse angewiesen sein, will sie denn Erfolg haben. Und dann könnte die Luft für Höckes neu-rechten Hardliner-Kurs dünner werden. Denn die Frage ist, wieviel Rücktritte, Austritte und Spaltungen eine Partei verkraften kann.

In den Medien hat sich indes das Bild einer »guten« Alternative gegenüber den »bösen« Nationalisten eingeschliffen. So gab der mittlerweile aus der AfD ausgetretene Hans-Olaf Henkel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« im April ein Rücktrittsinterview, in dem er mit der zunehmenden parteiinternen Konkurrenz aus »Karrieristen, Rechtsideologen, Spinnern und Pleitiers« abrechnete. Dabei verschwimmt das politische Ansinnen der Wirtschaftsliberalen, die Rechtsausleger zugunsten einer marktradikal-rechtspopulistischen Diskurserweiterung in die gesellschaftliche Mitte hinein zu verdrängen (s. drr Nr. 153). Und diese Verschiebung ist – unabhängig von der Niederlage Luckes – bereits in vollem Gange.

»Lady Gaga des Rechtspopulismus«

Von der CDU bis zur »Jungen Freiheit« – die Journalistin Birgit Kelle ist ein Star unter Konservativen, Neu-Rechten und AntifeministInnen.

von Ernst Kovahl



^ *Flyer für Streitgespräch zweier Gaga-CDU Frauen*

Im »Bernhard Vogel Saal« der Thüringer CDU-Landtagsfraktion kam es zum Eklat. Am 22. April 2015 hielt die Journalistin Birgit Kelle dort einen Vortrag zum Thema »Erziehungsgeld – Quo vadis?!« Sie kritisierte die angeblich »grassierende Fremdbetreuung« von Kindern. Kindergärten seien schuld daran, dass Jugendliche später nicht ausbildungsreif seien. Größere Aufmerksamkeit erhielt der Vortrag eigentlich nur deswegen, weil zwei Mitglieder der feministischen Gruppe »hinterdenbruesten.de« gegen den Auftritt Kelles protestierten und vom Sicherheitsdienst des Parlaments aus dem Saal geführt wurden. Die beiden Aktivistinnen kritisierten: Kelle verbreite antifeministische Positionen und bewege sich mit ihren Vorträgen und Artikeln in einem rechtspopulistischen Umfeld. Sie sei die deutsche »Lady Gaga des Rechtspopulismus«.

Im Netz der »Neuen Rechten«

Kelle führt ein politisches Doppelleben zwischen bürgerlich-konservativem und neu-rechtem Milieu – und ist damit überaus erfolgreich. Einerseits tritt sie mit ihren konservativ-christlichen und antifeministischen Thesen regelmäßig in TV-Talkshows auf, schreibt Kommentare für große Blätter, wie »Die Welt«, »Focus«, »Brand Eins« oder die »Neue Westfälische« und bewegt sich als Referentin und Sachverständige im Umfeld der CDU/CSU. Ihre Bücher verkauft sie in hohen Auflagen, zuletzt etwa »Dann mach doch die Bluse zu: Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn« oder »GenderGaga«. Andererseits ist sie seit Jahren fest im publizistischen Netz der »Neuen Rechten« verankert. Dieter Stein, Chefredakteur der »Jungen Freiheit« (JF), des Zentralorgans der deutschen »Neuen Rechten«, ist begeistert: »Birgit Kelle gelingt es, ein sperrig-akademisches Thema humorvoll und gut verständlich aufzugreifen.« Sie rechne »auf fröhliche Art« mit der »zerstörerischen, totalitären Ideologie« des Feminismus ab, so Stein.
Die 40-jährige Kelle ist nach eigenen Angaben Mitglied der CDU und konvertierte zur katholischen Kirche. Seit Jahren schreibt sie regelmäßig für Blätter der deutschen Rechten. Ende 2006 wurde die JF offenbar erstmals auf Kelle aufmerksam. Das Blatt lobte das 2005 von Kelle gegründete christlich-konservative Monatsmagazin »Vers 1«. 2008 bat die JF Kelle dann, den auf der letzten Seite der Zeitung veröffentlichten »Fragebogen« auszufüllen. Mit dem kleinen, unauffälligen Interviewformat gelingt es dem Blatt immer wieder, einen ersten Kontakt zu möglichen künftigen AutorInnen und KooperationspartnerInnen herzustellen. Im November 2010 schrieb Kelle schließlich erstmals einen Text für das Blatt, in dem sie gegen den Präsidenten der »Bundeszentrale für politische Bildung« und dessen Arbeit für ein modernes Familienbild polemisierte. Seitdem greift sie bis heute regelmäßig für die JF zur Feder.

Gegen »Political Correctness«

Immer wieder forderte Kelle, Themen aufzugreifen und das auszusprechen, »was viele denken, sich aber schon lange nicht mehr trauen offen auszusprechen«. In einem Artikel in der Zeitschrift »The European« kritisierte sie im Februar 2013 ganz im Duktus von »Neue Rechte« und »Alternative für Deutschland« (AfD): »Die Political Correctness hat sich wie Mehltau über den normalen demokratischen Austausch gelegt. Man muss ja nicht jede Meinung teilen, geschweige denn gutheißen. Aber man muss doch darüber reden dürfen.« Dafür sei die neu-rechte Publizistik wichtig, erklärte sie im November 2013 im Interview mit dem Szene-Verleger Götz Kubitschek, in dessen Blatt »Sezession«: »Die Junge Freiheit ist wichtig als Medium, das sich nicht dem medialen Mainstream unterwirft. Wir brauchen für einen ernsthaften Diskurs in Deutschland widerstreitende Positionen gerade auch in den Medien.«
Wenge Tage nach dem Interview, am 23. November 2013, bekam Kelle in Berlin den »Gerhard-Löwenthal-Preis« überreicht, der von der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF) in Zusammenarbeit mit der JF verliehen wird. Vorsitzender des Stiftungsrates ist JF-Chefredakteur Stein. Begeistert schrieb das marktradikale, anti-egalitäre und anti-emanzipatorische Blättchen »eigentümlich frei« über die Preisverleihung: »Der mit 5.000 Euro dotierte Preis geht mit Birgit Kelle an eine Publizistin, die als Mutter von vier Kindern gegen den immer totalitärer sich gebärdenden Feminismus streitet.« Die Laudatio hielt der österreichische Journalist Andreas Unterberger. Er sah Kelle »an der Spitze einer ganz zentralen Auseinandersetzung« mit der »Diktatur des immer aggressiver werdenden Feminismus«.

Antifeminismus

»Eine ganze Nation gendert sich gerade Richtung Wahnsinn und verschleudert dabei zielsicher Steuergelder, die sich kaum mehr beziffern lassen. (...) Gender funktioniert als Sesam-öffne-dich für mehr Budgets, mehr Lehrstühle und noch mehr Stuhlkreise. Natürlich alles im Namen von Frauenförderung, Gleichstellung und Toleranz. Und obwohl darauf beharrt wird, daß das biologische Geschlecht keine Rolle mehr spielen sollte, entscheidet der Besitz einer Gebärmutter neuerdings über die Vergabe von Posten. Logik war gestern«, schrieb Kelle Ende Februar 2015 im Nachrichtenmagazin »Focus«. In ihren regelmäßigen Kommentaren, ganzseitigen Artikeln, Interviews und Vorträgen geht es immer um dieselben Themen: Gegen die Frauenquote, gegen sexuelle Vielfalt, gegen die angebliche »Frühsexualisierung« von Kindern in Schulen, gegen Betreuung von Kindern in Kitas, gegen die »Diktatur des Feminismus« oder gegen das »Gutmenschentum in Deutschland«.

Arier, Patriarchen, Übermenschen – Die extreme Rechte in den USA

von Fabian Kunow

Für AntifaschistInnen ist die Beschäftigung mit der US-amerikanischen (extremen) Rechten von Interesse, da von dieser immer wieder Impulse ausgehen und Ideen und Entwicklungen von extrem Rechten in Europa übernommen werden.
Zu einzelnen Aspekten der amerikanischen Rechten (»Tea-Party-Bewegung«, »Ku-Klux-Klan«) gibt es mittlerweile deutschsprachige Literatur. Veröffentlichungen hingegen, die kurz und bündig die extreme Rechte in den USA in ihrer Gesamtheit darstellen, sind rar.
Dieses ist nun anders: Der US-Blogger Matthew N. Lyons und seine Übersetzer haben es geschafft, ein lesbares Einführungsbändchen abzuliefern, welches knapp, gut strukturiert und übersichtlich ist. Der Autor erleichtert der LeserInnenschaft den Einstieg, indem er einführend die wichtigsten Begriffe, US-Spezifika und historische Hintergründe systematisch erklärt. Er definiert den Arbeitsbegriff »extreme Rechte« als politische Kräfte, die menschliche Ungleichheit als naturgegeben und unvermeidbar ansehen und dabei die Legitimität des herrschenden politischen Systems infrage stellen. Ideologische Aspekte wie Anti-Interventionismus, Regierungsskepsis oder Survivalism werden geklärt, bevor sich Lyons die einzelnen Bewegungen wie extrem-rechte ChristInnen, die »Patriot«-Bewegung oder »Nationale AnarchistInnen« vornimmt.
Die extreme Rechte in den USA ist eine Gegenbewegung respektive Reaktion weißer US-BürgerInnen auf den Kampf für die Durchsetzung von BürgerInnenrechten für Schwarze und andere Minderheiten. Zu Hause sind die in dem Bändchen vorgestellten Gruppierungen vor allem jenseits der Metropolen an den Küsten. Auffälliger Unterschied zu europäischen Formationen der extremen Rechten ist die Ablehnung bundesstaatlicher Institutionen. Für diese steht »Washington« als Synonym. Diese fast paranoide Angst vor dem Zentralstaat eint fast alle Fraktionen der US-amerikanischen Rechten mit Ausnahme des »LaRouche«-Netzwerks. Dieses tritt in Deutschland als »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo) auf und setzt auf starke Nationalstaaten als Grundpfeiler einer »gesunden Zivilisation«. Die Bandbreite der extremen Rechten wird deutlich, da sich Lyons darüber hinaus im selben Kapitel dem »Nationalen Anarchismus« widmet, der kleine Gemeinschaften und Selbstversorgung propagiert.
Für ein schnelles Nachschlagen findet der/die LeserIn einen Anhang mit Glossar, graphischer Darstellung der Bewegungen sowie einer Bibliographie.

Matthew N. Lyons: Arier, Patriarchen, Übermenschen Die extreme Rechte in den USA. Hamburg: Unrast-Verlag, transparent – rechter rand, Band 15, 2015, 88 Seiten, 7,80 Euro.

(Anti)-Diskriminierung in Fußball-Fankulturen

von Sascha Schmidt

Als vor dreizehn Jahren das »Bündnis aktiver Fußballfans« die Wanderausstellung »Tatort Stadion« präsentierte, nahmen Ausstellung und das gleichnamige Begleitbuch in Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Thematisierung von »Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball« ein. Mit dem Sammelband »Zurück am Tatort Stadion« liegt nun eine Art Nachfolgeband vor.
In 30 kurzweiligen Artikeln auf rund 380 Seiten widmen sich die AutorInnen den Veränderungen im Umgang mit verschiedenen Diskriminierungsformen in deutschen und europäischen Stadien und Fankulturen des Profi- und Amateurfußballs. Anhand zahlreicher Beispiele wird auf weiterhin vorhandene »verdeckte und offene Ausdrucksformen« von Neonazismus und Diskriminierung im Kontext Stadion verwiesen.
In Interviews lassen die Herausgeber die von Rassismus betroffenen ehemaligen Fußballprofis Pablo Thiam und Lilian Thuam sowie den Amateurfußballer Steffen Gloges aus Brandenburg zu Wort kommen.
Ein Schwerpunkt liegt auf den seit einigen Jahren zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen progressiven Ultragruppen und rassistischen und extrem rechten Hooligangruppen sowie den Aktivitäten der »Hooligans gegen Salafismus«. Darüber hinaus werden die Zustände und Entwicklungen im Fußball der vergangenen Jahre in Italien, Frankreich, England und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien sowie der Türkei beschrieben.
Vorgestellt werden zudem zahlreiche Fanaktivitäten und Initiativen im Kontext der Antidiskriminierungsarbeit, darunter die Initiative »Fußballfans gegen Homophobie« und die »Bundesbehindertenfanarbeitsgemeinschaft«. Die Aufnahme beider Initiativen verdeutlicht, dass sich der Fokus gegenüber dem Vorgängerband, analog zu den gesellschaftlichen Debatten, erweitert hat. Eine ebenso begrüßenswerte Erweiterung stellt die von Juliane Lang vorgenommene Darstellung der Entwicklungen und Akzeptanzprobleme des Frauenfußballs dar.
Mit Gerd Dembowski, Jonas Gabler, Ronny Blaschke, Juliane Lang, Michael Weiss und anderen ist die AutorInnenschaft des Sammelbandes geprägt von langjährigen KennerInnen der Szene. Insgesamt handelt es sich um eine lohnenswerte Lektüre, für die es allerdings auch einer gewissen Fußballaffinität bedarf.

Martin Endemann, Robert Claus, Gerd Dembowski, Jonas Gabler (Hg.): Zurück am Tatort Stadion – Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 2015, 384 Seiten, 19,90 Euro.

»Neue Rechte«

von Margarete Schlüter

»Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?«, so lautet der Titel des vorliegenden Buchs, das im Rahmen der Reihe »Attac Basis Texte« erschienen ist. Intention dieser Publikationen ist es, auf der Grundlage von »längeren Essays (…) Menschen zum Weiterlesen und vor allem zum Handeln zu motivieren«.
Aufgrund der Komplexität des hier bearbeiteten Themas handelt es sich um ein ambitioniertes Vorhaben der AutorInnen Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl. Auf knapp 100 Seiten wollen sie die Ideologie der »Neuen Rechten« nachzeichnen, die wichtigsten AkteurInnen und Netzwerke im deutschsprachigen und europäischen Raum betrachten und deren Strategien beleuchten. Darüber hinaus werden Gegenstrategien aufgezeigt.
Zunächst wird die »Neue Rechte« überblicksartig in ihrer Historie dargestellt: Ausgehend von der Krise der traditionellen Rechten in Frankreich und in Opposition zur 1968er-Bewegung gründete sich Anfang 1968 die extrem rechte französische Vereinigung »Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne« (GRECE). Ihr Anliegen war es, die Schwäche der Rechten zu überwinden, ihre Inhalte wieder diskursfähig zu machen und im so genannten vorpolitischen Raum gesellschaftliche Hegemonie zu erreichen. In den 1970er Jahren adaptierte ein Teil der deutschen Rechten das französische Konzept – jedoch mit nur geringem Erfolg.
Das Buch betrachtet die deutsche und österreichische »Neue Rechte« nicht von ihrer historischen Entstehung aus, sondern fokussiert sich auf die um das Jahr 2000 einsetzenden Neuorientierungen und Neugründungen innerhalb der extremen Rechten. Die Bedeutung von Gruppen und Organisationen wie die »Konservativ Subversive Aktion«, das »Institut für Staatspolitik«, die »Identitären« und die Zeitschriften »Sezession« und »Zuerst!« werden analysiert. Vernetzungen untereinander sind nicht nur im realen, sondern auch im virtuellen Raum auszumachen. Aktuelle rechte Bewegungen auf deutschen Straßen, wie die Montagsmahnwachen, »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA) oder »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) werden der »Neuen Rechten« zugerechnet. Insgesamt bietet das Buch einen schnellen Einstieg in das Thema. Allerdings wird der Begriff der »Neuen Rechten« zu pauschal auf verschiedene aktuelle Strömungen der Rechten angewendet, ohne dies an neurechter Ideologie und Tradition orientiert zu begründen.

Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl: Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute? Hamburg: VSA Verlag, 2015, 96 Seiten, 7 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Felix Huesmann (Titelbild, Seiten 3, 32)
Roland Geisheimer/attenzione (Seite 7)
dpa (Seite 8)
APA (Seite 14)
Reuters (Seiten 16, 20)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seite 24)
Margarete Schlüter (Seite 25)
Kai Budler (Seite 28)
Robert Andreasch (Seite 31)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.